Berlin, 20. Januar 2024 www.das-parlament.de 74. Jahrgang | Nr. 4-5 | Preis 1 € | A 5544

#### **KOPF DER WOCHE**

# Erfolgreiche Petentin

Marie von Schnehen Während diese Woche vor dem Brandenburger Tor die Bauern mit ihren Traktoren demonstrierten, beriet



onsausschuss die Belange der Landwirtschaft. Das hatte Bio-Landwirtin Marie von Schnenen erreicht. Ihre Petition wurde auf der Petitionsplattform des Bundestages innerhalb we-

niger Tage mehr als 75.000 Mal mitgezeichnet. Sobald eine Bundestagspetition mehr als 50.000 Unterstützer erreicht, wird sie in einer öffentlichen Ausschusssitzung beraten. Dort betonte die Petentin jetzt, dass die Landwirte auf Diesel angewiesen seien. Das Getreide könne "nur mit dem Traktor gesät und mit dem Mähdrescher geerntet werden". Ein Lenkungseffekt sei also mit den Belastungen der Landwirte derzeit nicht erzielbar.

### **ZAHL DER WOCHE**

28.700

Betriebe mit ökologischem Landbau gab es im Jahr 2023 in Deutschland, was im Vergleich zu 2020 einem Anstieg von rund zehn Prozent entspricht. Der Anteil der ökologisch bewirtschafteten Fläche an der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche beträgt aktuell rund elf Prozent

# ZITAT DER WOCHE

# »Landwirtschaft ist ein wichtiger Teil in ländlichen Räumen.«

Cem Özdemir, Bundeslandwirtschaftsminister, in der Agrardebatte im Bundestag.

# **IN DIESER WOCHE**

WIRTSCHAFT UND FINANZEN

Bürgerrat Gremium legt Empfehlungen zur Ernährungspolitik vor Seite 4

**INNENPOLITIK** 

Verteidigung Interview mit der Wehrbeauftragten Eva Högl Seite 7

# **IM BLICKPUNKT**

**Erinnerung** Staatsakt für verstorbenen Seite 9 Wolfgang Schäuble im Bundestag

# **EUROPA UND DIE WELT**

**USA** Turbo-Sieg für Donald Trump bei Vorwahl-Auftakt in Iowa Seite 10

# MIT DER BEILAGE



**Das Parlament** Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG 64546 Mörfelden-Walldorf



# Branche in Bedrängnis

AGRAR Minister Cem Özdemir wirbt für parteiübergreifende Lösungen für die Landwirtschaft

nter dem Eindruck massiver Proteste von Landwirten und der am Freitag gestarteten Internationalen Grünen Woche hat der Bundestag am Donnerstag über die Zukunft der Landwirtschaft debattiert. Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir (Grüne) unterstrich die Notwendigkeit, die Landwirtschaft zukunftsfest zu machen. Die Branche befinde sich infolge aktueller Krisen - wie Klimakrise, Artensterben sowie Kriegen und Konflikten – in einer sehr herausfordernden Situation. "Die Politik muss deshalb verlässliche Rahmenbedingungen und Planungssicherheit schaffen", sagte Özdemir und verwies auf die Ergebnisse im Agrarpolitischen Bericht 2023 (20/9100). Er wandte sich an die Opposition, um in der Agrarpolitik "gemeinsam und konstruktiv" zusammenzuarbeiten. "Wir können sofort damit anfangen", sagte er. Der Minister warb vor allem für eine Abgabe auf Fleisch, aus deren Einnahmen Landwirte beim Umbau ihrer Ställe unterstützt werden sollen. Es handle sich um nur "wenige Cent pro Kilo mehr". Mit seinem Vorschlag baue er auf das, was die Borchert-Kommission (siehe Seite 3) erarbeitet habe, und auf die Empfehlungen des von der Regierung einberufenen Bürgerrats.

Generalkritik Heftige Kritik ernteten Özdemir und die Regierung, deren übrigen Ministerinnen und Minister der Debatte ferngeblieben waren, von Friedrich Merz on nutzte die Debatte zu einem Generalangriff auf die Bundesregierung. Nicht nur die Agrarpolitik, sondern auch die Finanzpolitik, die Energiepolitik oder die Einwanderungspolitik hätten in der Bevölkerung keine Mehrheit mehr, sagte Merz. Damit gefährde die Regierung "immer weiter die Zustimmung zu den Institutionen des Rechtsstaates". Er habe sich in der Debatte zur Agrarpolitik zu Wort gemeldet, um die Regierung "dringend und in größter Besorgnis" zu bitten, den Protest der Landwirte und den Widerspruch in der Bevölkerung ernst zu nehmen, sagte Merz.

Er warf der Regierung eine Politik gegen den ländlichen Raum vor. Mit Blick auf die Bauernproteste sagte er, die Demonstrationen seien bislang friedlich verlaufen. Auch die Vermutung, dass sie von rechtspopulistischen Kräften unterwandert werden könnten, hätten sich als "haltlos" erwiesen. "Aber sie waren Teil Ihrer politischen Kampagne gegen die Landwirtschaft", sagte Merz an die Adresse der Ampel-Koalition. Dem widersprach Matthias Miersch (SPD)



re Tierhaltung wollten und

vehement. Er kritisierte Merz dafür, "eine Debatte zur Agrarpolitik dazu zu nutzen, um das Thema Migration zu spielen, ob-(CDU). Der Vorsitzende der Unionsfrakti- wohl wir wissen, dass vor wenigen Tagen bekannt wurde, dass Fantasien von Deportationen von Ausländern bekannt geworden sind". Merz' Verhalten sei deshalb

> "mehr als befremdlich", sagte Miersch. Die Ampelfraktionen hätten nun einen Antrag (20/10057) vorgelegt, mit dem bis zum Sommer ein Gesetzespaket ausgearbeitet werden soll. Eine Mehrheit stimmte für die Vorlage. Dazu sollen Maßnahmen erstellt werden, um gegen stark gestiegene Bodenpreise vorzugehen und den Umbau der Tierställe zu finanzieren.

"Wir sind dialogbereit", sagte Gero Hocker (FDP). Die Bauernproteste zeigten überdeutlich, wie sehr der ländliche Raum in den letzten Jahrzehnten "vernachlässigt" wurde. Weder Infrastruktur noch Digitalisierung seien ausgebaut worden, stattdessen habe man nicht nur Landwirten immer mehr Bürokratie aufge-

bürdet. Diese Probleme wolle man nun angehen. Mit dem nun vorliegenden Antrag der Koalitionsfraktionen solle der "Bürokratieabbau effektiv" gelingen.

Umfragen Renate Künast (Grüne) betonte, dass 94 Prozent der Bevölkerung eine besse-

»Keine konkreten Vorschläge für die **Landwirt**schaft.« Alexander Dobrindt (CSU)

87 Prozent wünschten sich mehr Ökolandbau. "Packen wir diese Aufgaben doch endlich an!", forderte die frühere Bundeslandwirtschaftsministerin. Es gebe in manchen Bereichen eine verbale Aufgeschlossenheit bei gleichzeitiger Verhaltensstarre, sagte Künast in Anlehnung an den Soziologen Ulrich Beck. Den Bau-

ern reiche die verbale Aufgeschlossenheit nicht, wenn gleichzeitig an jeder Stelle, an der Punkte aus der Borchert Kommission umgesetzt würden, Blockadepolitik betrieben werde. "Das ist eine Farce", entgegnete Alexander Dobrindt, Vorsitzender der CSU-Landesgruppe im Bundestag, seiner Vorrednerin. Weder von der Bundesregierung noch in

dem Ampelantrag fänden sich "konkrete Vorschläge" oder "konkrete Unterstützungen" für die Landwirtschaft. Das einzige, was der Antrag enthalte, seien "sieben Fragen" an die Ampelregierung, das sei ein "Insolvenzantrag".

Rote Karte Peter Felser (AfD) kritisierte, dass den Landwirten 400 Millionen Euro mit der Streichung des Agrardiesels "genommen" werden, damit setze die Regierung die falschen Prioritäten. Die Idee der Tierwohlabgabe sei nichts anderes als "eine Fleischsteuer", das Geld komme bei den Landwirten "nie an", sagte Felser.

Der Agrarpolitik sei die "rote Karte" gezeigt worden, sagte Ina Latendorf (fraktionslos). Das gelte für sämtliche Regierungen, die in der Vergangenheit Verantwortung trugen. "Aus der Nummer kommen Sie von der CDU/CSU nicht heraus" auch nicht mit deren Antrag (10/10050), so Latendorf. Zu lange seien in diesem Land Ankündigungen für die Landwirtschaft gemacht worden. Der Agrarpolitische Bericht (20/9100) wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft überwiesen. Der Antrag der CDU/CSU-Fraktion blieb ohne Mehrheit. Nina Jeglinski 🛮

# **EDITORIAL**

# Stimmung im Land

**VON CHRISTIAN ZENTNER** 

Der Bundestag wird in diesem Jahr 75 Jahre alt. Am 7. September 1949 kam er in Bonn zur ersten Sitzung zusammen. Deutschland war wieder eine Demokratie. Das war weder damals noch ist es heute selbstverständlich. Die Demonstrationen der Landwirte seit Jahresbeginn haben im Bundestag nicht nur die Agrarpolitik nach oben auf die politische Agenda gesetzt. Es ging auch um den Zustand des demokratischen Diskurses im Land.

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) mahnte nach den ersten Protesten in einer Videobotschaft, Maß und Mitte zu halten. Zwar sei Demokratie ohne Streit nicht denkbar und der dürfe auch laut auf der Straße ausgetragen werden; zur Demokratie gehöre aber auch der Kompromiss. Aufrufe zu Gewalt und Bedrohungen hätten in der Demokratie dagegen nichts verloren. Das griff im Bundestag Oppositionsführer Friedrich Merz (CDU) auf. Der Bauernprotest sei friedlich verlaufen. Doch es werfe ein Schlaglicht auf die Stimmung im Land, wenn Protest gegen die Regierung regelmäßig "unter den Verdacht der Demokratiefeindlichkeit gestellt" würde. Das gefährde die Zustimmung zu den demokratischen Institutionen.

Trotz vieler berechtigter Warnungen: Der Bundestag als die zentrale demokratische Institution steht in seiner nun 20. Wahlperiode viel besser dar, als es manchmal erscheinen mag. Es gibt wieder einen harten Schlagabtausch zwischen Mehrheit und Minderheit, die Debatten sind lebendig. Immer wieder versucht das Parlament auch in Sachen Bürgernähe neue Wege zu gehen, wie vor Jahren mit dem digitalen Petitionsportal, das übrigens auch die Landwirte nutzten, oder aktuell mit dem Bürgerrat, der den Abgeordneten jetzt neun Empfehlungen zum Thema "Ernährung im Wandel: zwischen Privatangelegenheit und staatlichen Aufgaben" erarbeitet hat (siehe Seite 4).

Auch die Wochenzeitung "Das Parlament" geht seit dieser Woche einen neuen Weg. Mit neuer Optik und neuem Konzept hat die Redaktion das digitale Angebot barrierefrei und so gut bedienbar ausgebaut, wie Sie es auch von anderen Zeitungen gewohnt sind. Es ist ein Angebot für alle, die eine gedruckte Zeitung nicht mehr abonnieren (Seite 12). Egal wie Sie uns lesen: Das parlamentarische Geschehen zu verfolgen, lohnt sich. Das wussten schon die Bonner, als sie am 7. September 1949 zu Tausenden zum Bundeshaus strömten, um über Lautsprecher das Geschehen im Plenarsaal zu verfolgen.

# Höhere Ausgaben, höhere Neuverschuldung

ETAT 2024 Haushaltsausschuss beschließt Bundeshaushalt 2024. Die Schuldenbremse hält

Der Bund kann in diesem Jahr Ausgaben in Höhe von 476,81 Milliarden Euro tätigen. Die Nettokreditaufnahme soll bei 39,03 Milliarden Euro liegen und damit im Rahmen der Schuldenbremse des Grundgesetzes. Das hat der Haushaltsausschuss am Donnerstagabend nach rund 9,5-stündiger Bereinigungssitzung beschlossen. Gegenüber dem Vorjahressoll steigen die Ausgaben damit um 3,4 Prozent. 2023 lag das Soll bei 461,2 Milliarden Euro, die Nettokreditaufnahme bei 27,4 Milliarden Euro.

Für den Etatentwurf stimmten im Ausschuss SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP gegen die Stimmen von CDU/CSU und AfD. Die finale Abstimmung im Bundestag ist in der Woche vom 29. Januar 2024 bis 2. Februar 2024 geplant.

Der im Ausschuss beschlossene Ausgabenansatz liegt 31,12 Milliarden Euro über dem Regierungsentwurf für 2024. Die Nettokreditaufnahme fällt um 22,47 Milliarden Euro höher aus. Einnahmenseitig werden die Steuereinnahmen nunmehr mit 377,61 Milliarden Euro taxiert, 2,27 Milliarden Euro mehr als im Regierungsentwurf. Die sonstigen Einnahmen liegen mit 60,17 Milliarden Euro um 6,38 Milliarden Euro über dem Regierungs-



Christian Haase, haushaltspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, kritisierte das Haushaltsverfahren 2024 als "Farce"

entwurf. Grund hierfür ist unter anderem eine höhere Entnahme aus der Rücklage. Diese war möglich geworden, weil der vorläufige Haushaltsabschluss für das Vorjahr positiv ausgefallen war.

Der eigentlich im November 2023 vorgesehene Beschluss des Haushalts 2024 hatte sich nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zum Nachtragshaushalt 2021 verzögert. Die Regierung schnürte ein Konsolidierungspaket (siehe Seite 5). Dazu legte sie ein Zweites Haushaltsfinanzierungsgesetz (20/ 9999) vor, um die nötigen gesetzlichen Anpassungen vorzunehmen.

**Erste Reaktionen** Der haushaltspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Christian Haase, kritisierte das Haushaltsverfahren 2024

am Freitag als "Farce". "Das gesamte Haushaltskonstrukt ist so unsolide, dass man es hätte komplett neu aufsetzen müssen", so der Christdemokrat.

Peter Boehringer (AfD), nannte den Etat mit Blick auf den Umgang mit den Sondervermögen "verfassungswidrig". Da die Union wohl nicht klagen werde, werde es wahrscheinlich "ein ungesühnter Verfassungsbruch bleiben". Die AfD selbst kann eine solche Klage mangels Quorum nicht anstreben.

Erwartungsgemäß positiver äußerten sich Vertreter der Koalition. Die Koalition setze "klare Schwerpunkte auf soziale Gerechtigkeit, wirtschaftliche Anreize auch in der Steuerpolitik, Investitionen in Klimaschutz, Stärkung der Demokratie und internationalen Zusammenhalt". Der Subventionsabbau leiste einen "Beitrag zur Haushaltskonsolidierung", erklärten die Koalitionshaushälter am Donnerstagabend nach der Bereinigungssitzung. scr ■





# **GASTKOMMENTARE**

**MILLIARDENGRAB AGRARSUBVENTIONEN?** 

# Mehr Freiraum bitte

**PRO** 



Anne Kokenbrink, »Frankfurter Allgemeine Zeitung«

Tür die deutschen Bauern geht es in diesen Tagen um alles oder nichts. Die Zukunft der Landwirtschaft stehe auf dem Spiel, sagte Bauernpräsident Joachim Rukwied. Der Wegfall der Agrardieselbeihilfe ist dabei nach Einschätzung von Agrarökonomen nicht existenzbedrohend, auch wenn das oft behauptet wird. Vielmehr beklagen Landwirte das Hin und Her in der Agrarpolitik, fühlen sich von Gesetzen und Verordnungen gegängelt. Dabei stecken sie in der Subventionsfalle, und viele von ihnen sind nicht glücklich über die Summen, die neben dem Agrardiesel fließen. Denn sie bedeuten nicht zuletzt viel Agrarbürokratie. Einige Betriebe denken bereits darüber nach, auf die Direktzahlungen zu verzichten, um wieder flexibler wirtschaften zu können. Dennoch beziehen Haupterwerbsbetriebe noch immer etwa die Hälfte ihres Einkommens aus Staatshilfen. Auch nach der jüngsten Agrarreform in Brüssel bemisst sich die Höhe der Zahlungen vor allem nach der Betriebsgröße, solange die Bauern gewisse Auflagen einhalten

Eine Veränderung der Agrarsubventionen ist daher überfällig. Die Politik sollte den Bauern weniger, aber klare Leitplanken setzen. Für öffentliche Leistungen wie Landschaftspflege oder Umweltschutz sind maßvolle und gezielte Subventionen sinnvoll. Es braucht aber mehr Anreize, um etwa ökologische Leistungen attraktiv zu machen. Dann gäbe es auch mehr Akzeptanz für die Zahlungen. Bisher haben sich die Bauernvertreter aber erfolgreich gegen tiefgreifende Änderungen gewehrt, auch in Nachbarländern. Sicherlich bräuchten die Betriebe Zeit, sich auf den Wegfall der Hilfen einzustellen. Brüssels jüngste Reform zeigt aber, dass eher ein schleichender als abrupter Ausstieg aus den Direktzahlungen wahrscheinlich ist.

# Hilfen sind nötig

**CONTRA** 



freier Journalist

ein Wirtschaftszweig wird mit so unterschiedlichen Ansprüchen konfrontiert wie die Landwirtschaft. Sie soll die Ernährungsgrundlagen sichern, die Landschaft schützen, auf dem Weltmarkt bestehen, preisgünstige Lebensmittel erzeugen, für mehr Tierwohl sorgen, Umweltschäden in Grenzen halten oder ländliche Räume am Leben halten. Schon allein die Fülle der gesellschaftlichen Ansprüche an die Bauern legt nahe, dass sie zu Recht eine erhebliche Förderung beanspruchen können.

Es kann daher nicht um die Frage gehen, ob die Landwirtschaft subventioniert werden sollte, sondern darum, was und wer unterstützt wird. Die Debatte darüber wird indes stark von politischen Wertvorstellungen überlagert. Dazu tragen die Bauernverbände gehörig bei. Zumindest der größte davon hat in erster Linie das Wohl leistungsstarker Agrarbetriebe im Blick, zeichnet öffentlich aber gerne das Bild der bäuerlichen Hoflebens.

Hier liegt ein erster Ansatz für eine Reform der Subventionspraxis. Große Betriebe mit weiten Flächen sind oft auch ohne Staatshilfe profitabel. Hier bietet sich ein beträchtliches Einsparpotenzial, wenn es keine oder nur gering an die bewirtschaftete Fläche gekoppelte Förderung mehr gäbe. Aus so gewonnenen Spielräumen ließen sich gezieltere Leistungen für andere gesellschaftlich erwünschte Aufgaben der Bauern finanzieren. Da hier vor allem Europa bestimmt, sind die Chancen darauf indes zumindest absehbar nicht sehr hoch.

Doch national ließe sich eine bessere, auch transparentere Förderung organisieren. Wege zu einem Interessenausgleich müssten auch nicht erst gesucht werden. Die Zukunftskommission Landwirtschaft hat sie schon vor Jahren beschrieben.

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 3. Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

#### Herr Auernhammer, seit Wochen demonstrieren die Landwirte. Woher kommt die Wut?

Bei den Landwirten hat sich über Jahre etwas aufgestaut. Frust über immer mehr Auflagen, die die Politik in immer kürzeren Zeitabständen aufgegeben hat, verbunden mit einer enormen Bürokratie – die jetzigen Kürzungsbeschlüsse der Regierung haben das Fass zum Überlaufen gebracht. Die geplante, aber zurückgenommene Kürzung der Kfz-Steuer hätte einen enormen bürokratischen Aufwand bedeutet, das wäre vor allem für kleine und mittlere Betriebe schwer gewesen. Der Wegfall der Agrardieselrückvergütung betrifft nicht nur die Landwirte, sondern jeden Produktionszweig in der Nahrungsmittelversorgung.

Die Bundesregierung will die Kürzungen beim Agrardiesel nicht zurücknehmen. Was halten Sie von den Vorschlägen, eine Tierwohlabgabe einzuführen und Bürokratie abzubauen?

Das ist überhaupt nichts Neues! Nichts Innovatives, nichts, was den Berufsstand und den ländlichen Raum nach vorne bringt! Die Konzepte der Borchert-Kommission und der Zukunftskommission Landwirtschaft liegen auf dem Tisch und müssten nur umgesetzt werden.

2022 erhielt die Landwirtschaft sieben Milliarden Euro von der Europäischen Union sowie 2,4 Milliarden Euro aus dem Bundeshaushalt. Werden die Mittel falsch verteilt? Kommt der Mittelstand zu kurz?

Die jetzige GAP-Förderperiode, von 2021 bis 2027, nimmt die Größe der geförderten Betriebe zu wenig in den Fokus. Kleine und mittlere Betriebe müssten mehr Unterstützung erhalten. Großbetriebe brauchen nicht die Unterstützung pro Hektar gerechnet, so wie es derzeit läuft. Ich bin für eine stärkere Degression, je größer ein Betrieb, desto geringer die Mittelzuweisung.

Sind die Proteste nicht überzogen, die Branche ist doch hochsubventioniert? Man muss die Subventionen vor dem Hintergrund betrachten, dass dieses Land eine eigene Nahrungsmittelproduktion bereitstellt, um die Bürger zu versorgen. Zudem werden mit der landwirtschaftlichen Tätigkeit zwei Drittel der Flächen bewirtschaftet, egal, ob Acker, Felder oder Wald. Das alles hat Auswirkungen auf die Kulturlandschaft, auf Biodiversität und den Naturschutz. Diese Leistungen kann die Landwirtschaft nicht zum Nulltarif erbringen. Zudem ist es mehr als fraglich, dass wir uns abhängig machen von Lebensmittelimporten aus Ländern, in denen Produktionsmethoden äußerst fragwürdig sind.

# Warum ist der Erhalt der Landwirtschaft in Deutschland so wichtig?

Gerade der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine hat überdeutlich gezeigt, wozu Abhängigkeit - in dem Fall der Energieversorgung - führt. Es gab die große Sorge, wie dieses Land über die nächsten Winter kommt. Das Gleiche kann mit der Nahrungsmittelversorgung passieren, dazu reicht eine internationale Krise. Deutschland hat heute bereits in vielen Bereichen keine Selbstversorgung mehr, beispielsweise bei Obst und Gemüse. Bei Milch, Fleisch und Getreide sind wir noch gut versorgt, deshalb sollte die eigenständige Versorgung mit Lebensmitteln beibehalten werden. Keiner würde beispielsweise auf den Gedanken kommen, dass wir keine eigene Gesundheitsversorgung mehr haben.

In den vergangenen Jahren hatten die Landwirte immer mehr Vorgaben in Sachen Klimaschutz und Nachhaltigkeit umzusetzen. Dazu kamen die Wünsche der Verbraucher nach mehr Tierwohl. Wie ist das auf eine Reihe zu bringen?

# » Borchert eins zu eins zu eins zu eins zu eins umsetzen«

ARTUR AUERNHAMMER Die Bundesregierung soll Konzepte, die zum Umbau der Landwirtschaft vorliegen umsetzen, meint der CSU-Politiker und Landwirt



© Tobias Koch

Gerade bei der Tierhaltung hat die Gesellschaft gewisse Anforderungen an die Produktion, die nicht immer mit der Realität übereinstimmen. Tierhaltung hat das Tierwohl im Auge, aber immer auch wirtschaftliche Aspekte. Es gilt auszutarieren, was uns die heimische Produktion wert ist. Eine Alternative wäre, wir hätten keine heimische Fleischproduktion mehr und das Fleisch käme als Importe aus anderen Ländern. Zum Beispiel das Schweinefleisch aus den Hochhausfabriken Chinas. Das ist von niemandem gewollt, deshalb braucht es ei-

nen Ausgleich für den Preis, der durch höherwertig produzierte Produkte entsteht.

# Wie soll das aussehen?

Acht von zehn Verbrauchern geben bei Umfragen an, sie seien bereit, mehr für höherwertig produziertes Fleisch zu zahlen. Wenn die zehn dann aber in den Supermarkt gehen, kann oder will nur ein sehr geringer Teil das teurere Produkt kaufen und für die Mehrkosten zahlen. Beim Umbau zu mehr Tierwohl ist deshalb eine zusätzliche Finanzierung notwendig. Dazu

hat die Borchert-Kommission zusammen mit der gesamten Branche Vorschläge erarbeitet und zur Finanzierung gemacht. Das kann zum einen durch eine konkrete Abgabe, aber auch durch den Bundeshaushalt finanziert sein. Alleine durch die Entscheidung der Verbraucher kommen wir allerdings nicht zu mehr Tierwohl.

Die Borchert-Kommission hat 2020 Vorschläge für einen Umbau der Tierhaltung in mehreren Stufen bis zum Jahr 2040 vorgelegt. Sind die Borchert-Vorschläge überhaupt zu finanzieren und mit dem EU-Recht vereinbar?

Wir müssen die Ergebnisse der Borchert-Kommission 1:1 umsetzen! Es geht dabei auch um die Erhaltung der Vielfalt der landwirtschaftlichen Struktur. Beim Umbau der Tierhaltung müssen gerade kleine und mittlere Betriebe unterstützt werden. Die Regierung muss im Hinblick auf Haushaltsfragen abwägen, ob für eine souveräne Lebensmittelproduktion zusätzliche Finanzmittel ausgegeben werden sollen.

Hat die Wut der Bauern etwas mit dem Umgang der Politik mit den Ergebnissen der Borchert Kommission zu tun?

Die Vorschläge liegen vor, und es wäre an dieser Regierung gewesen, sie umzusetzen. Die Ergebnisse sind durch Diskussionsprozesse innerhalb der Branche, der Politik, des Umwelt- und Verbraucherschutzes entstanden, die öffentliche Hand muss das unterstützen. Ein Beispiel: Ein Nebenerwerbsbetrieb mit 15 Kühen im Allgäu, der seinen Stall umbauen will, kann das derzeit nicht mehr finanzieren. Er würde schließen müssen. Doch dieser Betrieb sorgt dafür, dass das Grünland gepflegt wird, dass die Flächen freigehalten werden, dass Artenvielfalt stattfindet. Der Betrieb leistet viel für die Allgemeinheit, deshalb sollten wir das auch weiter unterstützen.

Ein Streitpunkt sind die Ziele des Ökolandbaus. Der Green Deal der EU und der Koalitionsvertrag der Bundesregierung sehen vor, dass bis zum Jahr 2030 der Anteil der Öko-Landwirtschaft bei 25 bzw. 30 Prozent liegen soll. Sind solche festen Zielvorgaben sinnvoll?

Gewisse Vorgaben machen Sinn, um eine Motivation zur Veränderung anzuschieben. Ich als Landwirt und Praktiker sehe aber auch, welche realen Möglichkeiten gegeben sind, um diese Ziele zu erreichen. Der Ökolandbau merkt derzeit sehr deutlich, dass die Absatzmöglichkeiten beschränkt sind. Der Verbraucher hat weniger Geld zur Verfügung, das er für Lebensmittel ausgeben will. Wir merken, dass der Ökomarkt Absatzschwierigkeiten hat. Derzeit ist beispielsweise die Getreidesorte Dinkel kaum mehr absetzbar. Aktuell liegt eine komplette Jahresernte, das sind etwa 300.000 Tonnen, unverkäuflich im Lager.

#### Die Proteste der Bauern sollen weitergehen. Was ist für die nächsten Wochen zu erwarten?

In den nächsten Wochen wird die Landwirtschafts- und Agrarpolitik weiter im Fokus stehen, auch auf der Grünen Woche. Bei der Frage um die Landwirte geht es nicht nur um die Zukunft der Höfe, sondern um die gesamte Zukunft des ländlichen Raums, um die Frage: Wie soll die Struktur dieser Regionen aussehen, auch im Hinblick auf die Daseinsvorsorge? Das muss sehr viel stärker in den Blick genommen werden, sonst wandern immer mehr Menschen in die Ballungsräume ab, und dort entstehen dann neue Probleme, wie beispielsweise unbezahlbarer Wohnraum.

Das Gespräch führte Nina Jeglinski.

Artur Auernhammer (CSU) ist Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft.

# **Das Parlament**

Herausgeber **Deutscher Bundestag** Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage **Aus Politik und Zeitgeschichte** ISSN 0479-611 x (verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

(außer Beilage) Platz der Republik 1, 11011 Berlin Telefon (0 30) 2 27-3 05 15 Telefax (0 30) 2 27-3 65 24

Anschrift der Redaktion

http://www.das-parlament.de E-Mail: redaktion.das-parlament@ bundestag.de

Chefredakteur Christian Zentner (cz) V.i.S.d.P.

Stellvertretender Chefredakteur Alexander Heinrich (ahe)

Redaktion
Dr. Stephan Balling (bal)
Lisa Brüßler (lbr)
Carolin Hasse (cha) (Volontärin)
Claudia Heine (che)
Nina Jeglinski (nki)
Claus Peter Kosfeld (pk)
Johanna Metz (joh)
Elena Müller (emu)

Sandra Schmid (sas)

Helmut Stoltenberg (sto)

Redaktionsschluss 19. Januar 2024

**Druck und Layout** Frankfurter Societäts-Druckere GmbH & Co. KG

64546 Mörfelden-Walldor

Leserservice/Abonnement Fazit Communication GmbH c/o Cover Service GmbH & Co. KG Postfach 1363 82034 Deisenhofen

82034 Deisenhofen Telefon (0.89) 858 53-832 Telefax (0.89) 858 53-62832 E-Mail: fazit-com@cover-services

Anzeigenverkauf, Anzeigenverwaltung, Disposition

Fazit Communication GmbH c/o Cover Service GmbH & Co. KG Postfach 1363 82034 Deisenhofen Telefon (089) 85853-836 Telefax (089) 85853-62836 E-Mail: **Abonnement** Jahresabonnement 25,80 €; für

Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten) Alle Preise inkl. 7% MwSt. Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums. Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion. Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

"Das Parlament" ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e. V.

Für die Herstellung der Wochenzeitung "Das Parlament" wird Recycling-Papier



Wir vermeiden CO₂ durch den Versand mit der Deutschen Post

# PARLAMENTARISCHES PROFIL

# Die Optimistin: Zoe Mayer

as Grauen brachte sie in die Politik, aber ihren Optimismus hat Zoe Mayer noch nicht verloren. Es ist 12:30 Uhr, sie ruft kurz an. Die Bauern mit ihren Traktoren unweit auf der Straße des 17. Juni hört man nicht. Was Menschen Tieren antun dürfen – das Entsetzen darüber brachte die damals 14-jährige Karlsruherin zur Grünen Jugend. Heute, wiederum 14 Jahre später, ist sie Bundestagsabgeordnete und Mitglied im Landwirtschaftsausschuss, hat sich mit den Bauernprotesten vor ihrer Tür auseinanderzusetzen – und mit dem Zustand der Ampelkoalition, die einigen Zeitgenossen als ein Zustand der Zerrüttung vorkommt. Und Mayer?

"Ich bin froh, wie sich die Debatte entwickelt hat", sagt sie mit Blick auf den Streit um die Agrardiesel-Subventionen und Kfz-Steuerbefreiungen. "Die Vorschläge wurden nicht komplett durchargumentiert. Eine Korrektur ist gut und gehört zur Demokratie." Es gebe bessere Instrumente, um die Tragfähigkeit der Landwirtschaft zu fördern. "So haben sich viele überfahren gefühlt."

Und sie auch? Mayer antwortet sofort. "In der Politik muss man mit allem rechnen, aber diese Entscheidungen waren der Haushaltsnot geschuldet, die rasch gelöst werden musste." Bei einem normalen Etat, fügt sie hinzu, "wäre es nicht so abgelaufen und nicht zu solchen Protesten gekommen". Aber geht es den Bauern nicht auch um Anderes? "Klar, dass Landwirtinnen und Landwirte sich in ihrer Existenz bedroht sehen, wenn eine einzelne Subvention wegfällt, zeigt ein strukturelles Problem auf." Eines, an dem die Ampel arbeiten wolle. "Jahrzehntelang wurde ein Wachs-

tumsdogma verfolgt, das die Landwirtschaft zu rasant steigender Produktivität nötigte", sagt sie. "Die Bauern arbeiten in einem kranken System."

Überhaupt, das Regieren: Früher hätten Regierungen mehr hinter den Kulissen agiert und einen Reformstau produziert, "wir aber haben uns nun viel vorgenommen, und ein Dreierbündnis kann allein wegen der normalen Unterschiede zwischen den beteiligten Parteien nicht so hinter verschlossenen Gardinen agieren." Das



»Dass Landwirte sich in ihrer Existenz bedroht sehen, wenn eine einzelne Subvention wegfällt, zeigt ein strukturelles Problem auf.«

sei gut für die Demokratie, die Ampel besser als ihr Ruf. "Ich bin immer optimistisch." Ein Blick auf die Koalition, der seltener wird. Auf ihrer Website steht der Satz "Ich will meine Zeit nutzen, um..." nicht nur einmal. Mayer hat also einiges vor, und damit ist sie 2021 für die Grünen im Bundestag gelandet – mit einem direkt im Wahlkreis gewonnenen Mandat. 2014 wurde sie jüngstes Stadtratsmitglied in der Geschichte Karlsruhes, 2019 dort Frakti-

onsvorsitzende; die städtischen Gremien, in der sie die Fraktion vertrat, sind nicht wenige. Parallel studierte sie am Karlsruher Institut für Technologie Wirtschaftsingenieurwesen, machte ihren Master mit Auszeichnung und promovierte zu Klimaschutz im Gebäudesektor. Das alles klingt grundsätzlich und eilig zugleich. "Ich bin kein Fan des Müßiggangs", sagt die 28-Jährige. Mal nichts machen, das falle ihr schon schwer. Aber sie koche gern, mache Kraftsport; da bleibt für Nichtstun kaum Zeit.

Letztendlich zur Politik kam Mayer, weil sie sich in ihrer frühen Kindheit über mangelnden Tierschutz in der Landwirtschaft "emotionalisierte", über die kleinen Ställe, die Massenhaltung. "Das sind absurde und perverse Systembestandteile." In der neunten Klasse hörte sie mit dem Fleischkonsum auf. Zuhause sei Parteipolitik nicht großes Gesprächsthema gewesen, sagt sie. Aber im Südwesten Deutschlands gibt es viele Ortsgruppen der Grünen Jugend und nicht Wenige, die im jungen Alter ähnlich durchstarten wie Mayer.

Im Reichstag angekommen scheint sie jedenfalls zu sein. "Politik ist Timing", sagt sie über ihren Alltag und klingt eher wie eine erfahrene Managerin. Bis zur Rente werde sie bestimmt nicht im Bundestag sitzen, aber kann sich vorstellen, in der kommenden Legislatur noch einmal zu kandidieren. "Ich würde mich indes auch freuen, wieder in der Wissenschaft zu arbeiten." Nüchtern ihr Ausblick: "Wenn wir die Klimakrise nicht gebacken kriegen, werden viele politische Probleme zweitrangig." Aber sie ist ja immer optimistisch.



In Berlin und in der ganzen Republik ließen die Landwirte die Ampel ihren Unmut spüren. Die teilweise Rücknahme der geplanten Kürzungen reicht den Protestierenden nicht aus.

© picture-alliance/dpa/Sebastian Gollnow

# Die Wut der Bauern

# PROTESTE Landwirte beklagen einen agrarpolitischen Schlingerkurs, der weit zurückreicht

ern demonstrieren in Berlin gegen die Agrarpolitik Bundesregierung. Veranstalter sprechen von 40.000 Teilnehmern - und die Polizei zählt 8.600 Trecker, mit denen die Bauern das Zentrum der Hauptstadt lahmgelegt haben. So stand es in den Nachrichten vom 27. November 2019. Etwas mehr als vier Jahre später, im Januar 2024, demonstrieren die Landwirte in Deutschland mehr als eine Woche lang, bundesweit sollen nach Angaben des Bauernverbandes dafür "über 100.000 Trecker und zigtausende Landwirtinnen und Landwirte auf der Straße gewesen sein". Die Bauern sind wütend über die Agrarpolitik der Bundesregierung. Sie beklagen Haushaltskürzungen, aber vor allem die mangelnde Planungssicherheit im Umbau für mehr Tierwohl und Klimaschutz sowie die geringe Wertschätzung für ihre Arbeit.

ehrere Tausend Bau-

Protestwelle Den Adressaten in der Ampel-Regierung ist die Anspannung anzusehen. Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir (Grüne) und Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) hatten sich auf verschiedenen Protestaktionen den Landwirten gestellt. Angespannt stand Özdemir auf der Bühne am Brandenburger Tor und hörte sich fast 90 Minuten lang die Kritik an der Agrar- und Sparpolitik der Bundesregierung an. Minister Lindner brüllte Anfang dieser Woche bei einer Großkundgebung in Berlin minutenlang gegen laute Buh-Rufe, Hupen und Pfiffe der Landwirte an und wurde als "Lügner" und "Heuchler" beschimpft. Obwohl sich die Ampel-Koali-

tion dafür entschieden hatte, dass es doch keine Streichung der Kfz-Steuerbefreiung für die Landwirtschaft geben wird und die Abschaffung der Steuerbegünstigung beim Agrardiesel in mehreren Schritten bis 2026 vollzogen werden soll, nimmt der Protest kein Ende. Der Bauernverband will die Demonstrationen mit Beginn der Internationalen Grünen Woche an diesem Freitag fortsetzen. Um den Agrardiesel allein geht es den Landwirten längst nicht mehr. Als Antwort auf die Proteste von 2019 hatte die damalige Bundeskanzlerin Angela Mer- der Landwirte, die weder ökologisch noch kel (CDU) die Einsetzung der Zukunfts-

# **STICHWORT**

Landwirtschaft in Zahlen

- Höfe Die Zahl der Agrarbetriebe ist laut Statistischem Bundesamt auf 255.000 gesunken, 7.800 weniger als 2020.
- Einkommen Laut Agrarbericht der Regierung gibt es große Schwankungen beim jährlichen Einkommen, bei Haupterwerbsbetrieben waren es 26.900 Euro (2015/16) und 46.100 Euro (2021/22).
- **Boden** Die Pachtpreise stiegen zwischen 2010 und 2022 im Bundesschnitt um 67 Prozent an und lagen bei 380 Euro/ha.
- **Tierhalter** 161.700 Betriebe halten in Deutschland Tiere. In Ställen oder auf Weiden standen 10,9 Mio. Rinder, 22,4 Mio. Schweine, 1,8 Mio. Schafe und 167,3 Mio. Stück Geflügel, das sind 4 Prozent weniger als 2022.

kommission Landwirtschaft (ZKL) auf den Weg gebracht. Das Gremium bestand aus 31 Mitgliedern. Wissenschaftler und gesellschaftliche Akteure haben zusammen mit Praktikern Empfehlungen für eine praxistaugliche Transformation hin zu einer nachhaltigeren Landwirtschaft zusammengetragen. Der 170-seitige Abschlussbericht wurde der Bundeskanzlerin im Juli 2021 übergeben. In dem Papier ist von einer ökonomischen Krise der Landwirtschaft die Rede und von einer Wirtschaftsweise ökonomisch oder sozial zukunftsfähig sei.

Fleischkonsum Doch für die Handlungsanweisungen zu einem Umbau der Tierhaltung, weniger Fleischkonsum, mehr pflanzlicher Nahrung und Klimaschutz fanden sich weder finanzielle Mittel, noch zogen alle Vertreter aus der Landwirtschaft mit. Die Zukunftskommission hatte einen Finanzbedarf von sieben bis elf Milliarden Euro pro Jahr errechnet. Nach dem Regierungswechsel hatte Minister Özdemir zwar angekündigt, die Arbeit der ZKL fortzusetzen, doch bei der Ankündigung blieb es.

Ebenfalls 2019 wurde von Özdemirs Amtsvorgängerin, der CDU-Politikerin Julia Klöckner, das Kompetenznetzwerk Nutztierhaltung eingesetzt. Auftrag des Expertengremiums war die Ausarbeitung eines Handlungskonzepts für den ökologischen Umbau der Nutztierhaltung in Deutschland. Geleitet wurde das Gremium von dem ehemaligen Landwirtschaftsminister Jochen Borchert (CDU), weshalb das Netzwerk auch Borchert-Kommission genannt wurde. Anfang 2020 stellte die Borchert-Kommission ihre Empfehlungen vor. Sie sahen den Umbau der Nutztierhaltung bis

bis 2030 zunächst der gesetzliche Standard für die Nutztierhaltung auf die erste Stufe des staatlichen Tierwohlkennzeichens erhöht werden. Bis 2040 sollte dann die zweite Stufe des Kennzeichens zum Mindeststandard werden. Doch auch diese Vorhaben hätten viel Geld gekostet. Die Experten hatten zwischen 2,9 bis 4,3 Milliarden

löste sich im August 2023 auf. Das Expertengremium teilte damals mit, weder die vorherige noch die aktuelle Bundesregierung hätten die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Umsetzung ihrer Empfehlungen geschaffen.

Noch immer favorisieren Teile der Landwirtschaft die Ergebnisse der Borchert-Kommission. Und nun hat vor wenigen Tagen auch Minister Özdemir die

Einführung einer Tierwohlabgabe in die Debatte eingebracht. Allerdings haben Kritiker bereits kurz nach Bekanntwerden der Borchert-Pläne davor gewarnt, dass mögli-Mehrwertsteuererhöhungen zwar denkbar seien, aber eine strikte Zweckbindung der Einnahmen rechtlich problematisch sein könnte. "Tierwohlabgaben kollidieren mit EU-Bestimmungen. Sie würden bei ihrer Umsetzung auch auf Importe erhoben, von den Rückflüssen sollen aber nur Produzenten in Deutschland profitieren. Das ist eine Diskriminierung, die grundlegenden EU-Prinzipien widerspricht", schreibt der Agrarökonom und

2040 vor. So sollte in einem ersten Schritt langjährige Landwirtschaftspolitiker Hermann Onko Aeikens in seinem aktuellen

**Planungssicherheit** Trotz der Kritik von Landwirtschaftsverbänden und aus dem politischen Bereich haben vor allem jüngere Bäuerinnen und Bauern längst begriffen, dass es einen Wandel in ihrer Branche ge-Euro pro Jahr für den Umbau der Tierställe ben müsse. Dazu brauche es allerdings Plaveranschlagt. Die Borchert-Kommission nungssicherheit. "Die Politik muss aufhö-

»Die Politik

muss auf-

hören, nur in

Legislatur-

perioden zu

denken.«

Theresa Schmidt, Vor-

ren, nur in Legislaturperi-Theresa Schmidt, Vorsitzende des Bundes der Deutschen Landjugend.

Doch statt damit zu beginnen, wenigstens Teile der Ergebnisse der ZKL und der Borchert-Kommission umzusetzen, blieb der Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung zum Umbau und zur Zukunft der Tierhaltung sowie zu deren Finanzierung vage. Dabei

hatten sich vor allem Landwirte und Agrarpolitiker klare Bekenntnisse zur ZKL und zu Borchert gewünscht.

Albert Stegemann, agrarpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, schrieb kurz nach der Vereidigung der Ampel-Regierung: Der Koalitionsvertrag enthalte "Leerformeln, gerade, wenn es um eine Gesamtstrategie für den gesellschaftlich gewollten Umbau der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung geht". Stegemann stellte fest: "Die Empfehlungen der Borchert-Kommission werden auf 170 Seiten Koalitionsvertrag mit keinem Wort erwähnt." Für den Umbau der Tierställe sind im Ko-

alitionsvertrag für vier Jahre insgesamt eine Milliarde Euro vorgesehen. Bei Akteuren und Betroffenen hinterließen solche "lee-Formulierungen Enttäuschung", schreibt Hermann Onko Aeikens. Die Bundesregierung bleibe damit "weit hinter den von Wissenschaftlern und Kommissionen als notwendig ermittelten Werten zurück". In der Tierhaltung legte die Bundesregierung den Fokus stattdessen auf die Einführung eines Tierhaltungskennzeichens. Doch in seiner Halbzeitbilanz resümierte oden zu denken", fordert Bundeslandwirtschaftsminister Özdemir im Dezember vergangenen Jahres, aus seiner Sicht sei die Einführung der beschlossenen Haltungskennzeichnung für frisches Schweinefleisch ab 2024 zwar ein "erster Erfolg", aber es müsse gelingen, dass auch der Transport und die Schlachtung in das Label einbezogen würden und andere Tierarten dazukämen. Auch die Forderungen der Landwirte und deren Organisationen, angesichts der Auswirkungen des Ukraine-Krieges Vorhaben der Bundesregierung und der EU-Kommission aufzuweichen oder zu verschieben, fanden in Berlin und in Brüssel bisher wenig Gehör.

> Ampelvorschläge Nach den Protestwochen ist nun auch wieder Bewegung in die Finanzierung für mehr Tierwohl gekommen. Die Koalitionsfraktionen haben Mitte dieser Woche einen Vorschlag vorgelegt, wie die heimische Landwirtschaft zukunftsfähig gestaltet werden soll. Bis zur Sommerpause sollen Maßnahmen dazu vorgestellt werden. Die Kundgebungen der Landwirte könnten schon am Montag weitergehen. "Der Ball liegt im Spielfeld der Koalitionäre", heißt es in einer Mitteilung des Bauernverbands. Nina Jeglinski 🏾

# Ökonomen geben Ampel-Koalition bei Agrardiesel Rückhalt

**SUBVENTIONEN** Wirtschaftswissenschaftler zeigen wenig Verständnis für Finanzhilfen für Bauern, kritisieren aber Regulierung

Für ihre Proteste ernteten die Landwirte in den vergangenen Wochen durchaus Zustimmung in der Bevölkerung. Ökonomen gehören aber eher nicht zu den Unterstützern der Bauern. Nahezu einhellig plädieren sie für die Abschaffung des Privilegs für Agrardiesel. "Berlin ist zu schnell umgekippt", kritisiert etwa Jan Schnellenbach, Inhaber des Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Mikroökonomik, an der Brandenburgischen Technischen Universität in Cottbus, auf Anfrage. Sein Nachgeben hatte Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) auf der Demonstration der Bauern vor dem Brandenburger Tor selbst eingestanden: "Ihr Protest war bereits erfolgreich", rief er der wütenden Menge entgegen.

Die Ampel-Koalition hat ihren ursprünglichen Plan, zur Haushaltskonsolidierung die Subventionen für Agrardiesel und die Kfz-Steuerbefreiung für Landwirte zu streichen, rasch wieder kassiert, nachdem die Bauern deutschlandweit ihre massiven Proteste gestartet hatten. Jetzt soll die 440 Millionen Euro schwere Diesel-Subvention erst schrittweise bis 2028 vollständig abgebaut werden, die Steuerfreiheit für Kfz wird nicht angetastet.

Dabei hatte der Sachverständigenrat Wirtschaft bereits in seinem Jahresgutachten 2019 ein Ende der Subventionen für Agrardiesel gefordert. Auch Friedrich Heinemann, Wirtschaftsforscher am ZEW - Leibniz-Zentrum in Mannheim, mahnt, dass "die exklusive Förderung" von Agrardiesel "eine energieintensive umweltschädliche Produktionsform" fördere. Heinemann war auf Vorschlag der SPD-Fraktion am 15. Januar als Sachverständiger bei einer öffentlichen Anhörung des Finanzausschusses. Er sieht Möglichkeiten zur Diesel-Einsparung etwa "bei der Wahl der Anbaupflanzen, der Entscheidung über die Bodenbearbeitung und Pflanzenschutztechniken bis hin zur Gewichtung des Dieselverbrauchs bei der Fahrzeugauswahl".

Allerdings ist es nicht so, dass die Landwirte auf keinerlei Verständnis bei Ökonomen stießen. "Ich kann die Bauern verstehen, wenn sie sich gegen die immer stärkere Regulierung wehren", sagt Ökonom Schnellenbach. "Es kommt vor, da hat ein Landwirt gerade einen neuen Stall gebaut, und dann kommt sofort eine neue Regulierung, und er muss seinen Stall wieder umbauen." Der Volkswirt fordert: "Aus ordnungspolitischer Sicht ist mehr Kontinuität geboten. Außerdem müsste die deutsche Politik ihre Ambitionen ändern, oft das strengste Regulierungsniveau in der Europäischen Union zu haben."

Landschaftsschutz kein Argument Auch Subventionen für öffentliche Güter seien aus wirtschaftswissenschaftlicher Sicht gerechtfertigt, erklärt Schnellenbach. Wenn Bauern Leistungen im Bereich Landschaftspflege und Umweltschutz erbringen, sei das durchaus ein Grund dafür, dass sie öffentliche Finanzhilfen erhalten. "Aber dafür gibt es bereits Fördertöpfe, und das ist sicher kein Argument für die Steuerfreiheit des Agrardiesels", sagt Schnellenbach. Der Sachverständige Heinemann sagt dazu: "Eine Dieselsubvention oder eine pauschale Hektarprämie haben Effekte wie höhere Land- und Pachtpreise, sie führen zu Verhaltensänderungen in Richtung eines größeren Dieseleinsatzes, die Landschaft hat aber erstmal nichts davon."

Hohe Subventionen, hohe Regulierung und dazu noch hohe Zölle für die Abschottung der Landwirtschaft vor internationaler Konkurrenz - diesen Weg geht seit Jahrzehnten die Schweiz. Ein Vorbild für Deutschland? "Bloß nicht", sagt Patrick Dümmler von der Denkfabrik Avenir Suisse auf Anfrage. "Für die Steuerzahlenden und Konsumenten ist unsere Agrarpolitik eine der teuersten der Welt." Dümmler zufolge stammen bei den eidgenössischen Bauern knapp 50 Prozent der Einnahmen aus Subventionen. "In der EU sind es im Mittel weniger als 20 Prozent, in den USA rund zehn und in Neuseeland und Australien etwa ein Prozent", sagt der Ökonom. Laut Berechnungen von Ian Mitchell und Arthur Baker vom Think Tank Center of Global Development für das Jahr 2017



Minister Lindner bei der Bauern-Demo

- aktuellere Daten gibt es nicht - erhalten deutsche Landwirte im Schnitt 14 Prozent ihrer Einnahmen aus Staatshilfen. In Frankreich sind es 19 Prozent, in Polen 21 und in Österreich 23 Prozent, in Belgien allerdings nur elf und in den Niederlanden gar nur sieben Prozent.

Wie in Deutschland, so würden auch in der Schweiz die hohen Agrarsubventionen mit dem Argument der Versorgungssicherheit verteidigt. "Aber das ist schlicht Unsinn", schimpft Dümmler und verweist auf die Kriegsjahre 1943 und 44: "In dieser Zeit musste die Schweiz bis zu 20 Prozent der nötigen Kalorien für die Versorgung der Bevölkerung importieren, das klappte, obwohl um uns herum der Krieg tobte."

Auch Ökonom Schnellenbach sieht keinen Grund für deutsche Autarkie-Gedanken: "Wir haben die Europäische Union und damit einen Binnenmarkt mit 27 Ländern, von denen wir Agrarprodukte beziehen können.". Im Welthandel gebe es keine Abhängigkeit von bestimmten Ländern. "Das ist anders als beim russischen Gas", sagt Schnellenbach und ergänzt: "Wenn es effizienter ist, Getreide andernorts in der Welt zu produzieren, dann nutzen wir doch einen Teil unserer Flächen hier anders, vielleicht ökologischer." Stephan Balling

ine Woche lang haben Landwirtinnen und Landwirte in ganz Deutschland gegen die Regierung demonstriert. Im Mittelpunkt der Kundgebungen standen die von der Ampel-Koalition geplanten Einsparungen von Steuerbegünstigungen für den Agrardiesel (siehe Seiten 1 bis 3). Doch auf zahlreichen Plakaten haben die Demonstrierenden die Politik auch dazu aufgefordert, mehr auf den Willen der Bürgerinnen und Bürger zu hören, und nicht über die Köpfe der Menschen hinweg zu bestimmen.

Ein Gremium, das eine solche Teilhabe an der politischen Arbeit und Entscheidungsfindung ermöglichen will, tagte zeitgleich zu den Kundgebungen am vergangenen Wochenende in der Halle des Paul-Löbe-Hauses im Bundestag: der erste auf Bundesebene eingesetzte Bürgerrat.

Dieser hat seit vergangenem September Handlungsempfehlungen für den Bundestag zum Thema "Ernährung" ausgearbeitet. Es ist eine Thematik, die alle Menschen beschäftigt: So trifft eine Person pro Tag rund 200 Entscheidungen, die allein die Ernährung betreffen. Nach drei Monaten der Zusammenarbeit hat das Gremium neun konkrete Vorschläge und Anregungen dazu vorgelegt, wie sich die Ernährungspolitik in Deutschland ändern

Auf Platz eins wählte der Bürgerrat die Forderung nach einem kostenfreien und gesunden Mittagessen in Kitas und Schulen. Und obwohl ein solches Vorhaben in die Verantwortung der Länder fallen würde, soll der Bund mindestens die Hälfte davon finanzieren. Ein Teilnehmer des Bürgerrates erklärt: "Kinder sind unsere Zukunft, das ist eine Investition". Eine weitere Forderung ist ein verpflichtendes staatliches Label für Lebensmittel. Dieses soll Verbraucherinnen und Verbraucher beim Einkauf schnell zum Tierwohl oder den Nährwerten eines Produktes informieren und so dazu beitragen, dass sich Konsumentinnen und Konsumenten für einen gesünderen Einkauf entscheiden können. Auch eine verpflichtende Weitergabe von genießbaren Lebensmitteln durch den Einzelhandel an gemeinnützige Organisationen wie die Tafel oder die Anhebung der Altersgrenze für Energydrinks von 16 auf 18 Jahre wird vom Bürgerrat gefordert.

Die Ausarbeitung von neun Empfehlungen war eine komplexe Aufgabe, die auch mit einem enormen zeitlichen Engagement der Teilnehmenden einherging: Zu sechs Onlinesitzungen, die insgesamt 18 Stunden dauerten und an drei Wochenenden in Präsenz in Berlin trafen sich die 160 Mitglieder des Bürgerrates. Damit die Gruppe einen Querschnitt der Gesellschaft darstellt, wurden vor der Auswahl verschiedene Kriterien wie Geschlecht, Alter, Bildungshintergrund und die Einstellung zu veganer oder vegetarischer Ernährung abgefragt. Am Ende entschied das Los. Von den 20.000 zufällig über die Melderegister ermittelt und kontaktierten Personen bekundeten rund 2.200 Interesse an einer

Sichtwechsel auf die Politik Einer von ihnen ist Karim Kaabi. Er erzählt, dass er sehr erstaunt war, zum Bürgerrat eingeladen worden zu sein. Nach drei Monaten als Mitglied des Gremiums resümiert er: "Es wurde hart gearbeitet". Und auch sein Blick auf die Abgeordneten hat sich verändert, er habe nun mehr Verständnis für ihre Arbeit, sagt er. Auch Maud Baumgartens Sicht auf die politische Willensbildung ist durch die Arbeit im

# Einsatz für Ernährung

PARTIZIPATION Der Bürgerrat legt neun Empfehlungen zur Verbesserung der Ernährungspolitik vor. Im Plenum und in den Ausschüssen soll über



Die 160 Teilnehmenden des Bürgerrates haben am vergangenen Wochenende ihre Empfehlungen an die Politik zum Thema "Ernährung" vorgestellt. © DBT/Mehr Demokratie/Liane Haug

fen werden können".

Während der Sitzungen des Gremiums wurde jedoch nicht nur gemeinsam diskutiert. Vorträge von Fachleuten standen genauso auf dem Programm wie gemeinsame Ausflüge: zur Tafel, in die Großküche oder in einen Milchviehbetrieb.

Eingesetzt wurde der Bürgerrat im Mai 2023 auf Antrag der Ampel-Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP sowie der damals noch bestehenden Linksfraktion.

Bild davon zu bekommen, welche Maßnahmen die Bürgerinnen und Bürger für eine gesündere und nachhaltigere Ernährung wünschen, oder welchen Beitrag sie selbst dafür bereit sind zu leisten", heißt es im Beschluss zur Einsetzung.

Die Union und AfD standen dem Bürgerrat skeptisch gegenüber und kritisierten die hohen Kosten. Drei Millionen Euro standen dem Haushalt im Jahr 2023 für Bürgerräte zur Verfügung. Momentan werden die Emp-

gelernt, dass Politik doch ziemlich vielschich- "Der Mehrwert des Bürgerrates für den Deutten zusammengefasst. Dieses soll am 20. Febwünschen, dass die Empfehlungen am Ende tig ist, dass Entscheidung nicht leicht getroffen werden können"

schen Bundestag besteht darin, ein genaues
Rild davon zu bekommen, welche Maßnahanschließend im Plenum und in den zustänanschließend im Plenum und in den zustänanschließend im Plenum und in den zustänanschließend im Plenum und in den zuständigen Fachausschüssen diskutiert werden.

> Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) lobte am vergangenen Sonntag bei der Vorstellung der Ergebnisse bereits die "Detailtiefe" und dass es Finanzierungsvorschläge für einzelne Empfehlungen gebe. Auch verspricht sie: "Wir werden im Deutschen Bundestag dieses Bürgergutachten sehr ernst nehmen, Ihre Entscheidungen sehr intensiv diskutie-

Bürgerrat eine andere geworden: "Ich habe Partizipation fördern Die Idee dahinter: fehlungen des Gremiums zu einem Gutach- Obwohl sich die Bürgerinnen und Bürger auch Renate Achatz: Da die meisten der Empfehlungen Geld kosten und es der Regierung daran gerade mangele, müsse man schauen, was am Ende realisiert werden könne, sagt sie. Ein Großteil der Teilnehmenden scheint an diesem letzten Sitzungswochenende des Bürgerrates jedoch positiv gestimmt. Hengwin Chammo sagt: "Ich hoffe, dass die Empfehlungen vom Bundestag durchgesetzt werden und etwas Positives für Deutschland bewirken." Carolin Hasse

# **Union will** Bioenergie stärken

ERNEUERBARE Die Union wirft der Regierung vor, die Bioenergie stiefmütterlich zu behandeln. Sie bremse sie künstlich aus und setze die falschen Rahmenbedingungen. Am Mittwoch debattierte der Bundestag erstmals den Antrag (20/9739) der Unionsfraktion, in dem sie die Bundesregierung auffordert, der Bioenergie eine klare Zukunftsperspektive zu geben und Hemmnisse abzubauen. Die Vorlage wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Klimaschutz und Energie überwiesen.

"Es ist schon etwas irritierend, dass im Kontext der erneuerbaren Energien ständig nur von Wind, von Photovoltaik gesprochen wird", sagte Andreas Lenz (CSU) zum Auftakt der Debatte. "Wir als Union wollen alle Erneuerbaren, eben auch Wasserkraft, auch Geothermie und auch den Alleskön-

Nina Scheer (SPD) erklärte daraufhin, es gebe da "in der Tat Schnittmengen, über die wir unbedingt ins Gespräch kommen müssen." Das werde man auch tun, kündigte sie an und stellte in Aussicht, dass die Ampelkoalition es noch in diesem Jahr eine Biomasse-Strategie vorlegen werde. Den Vorwurf, die Regierung benachteilige aktiv die Bioenergie, wies Scheer zurück.

Für die AfD-Fraktion stellte Steffen Kotré fest: "Biogasanlagen haben Vorteile: Sie sind grundlastfähig, und es gibt mit ihnen kurze Transportwege. Aber es gibt eben auch die Nachteile, die wir betrachten müssen: Das sind ein ganz hoher Flächenverbrauch und die Setzung falscher Anreize für die Pflanzung von Energiepflanzen."

Katrin Uhlig (Grüne) hielt der Union vor, ihre Forderungen stünden alle unter dem Vorbehalt "im Rahmen der bestehenden Haushaltsmittel". Nur kenne sie gar kein Konzept von der Union zum Haushalt. Also stelle sich schon die Frage, von welchen bestehenden Haushaltsmitteln die Union ausgehe, woher diese kommen, wie sich diese im Gesamthaushalt darstellen lassen und auf was man verzichten würde.

Konrad Stockmeier (FDP) fand den Haushaltsvorbehalt, anders als seine Vorrednerin, zwar "anerkennenswert", kritisierte aber, dass die Union in ihrem Antrag wenige Zeilen später sich beispielsweise für die Anhebung von Gebotshöchstwerten ausspreche, für zusätzliche Flexibilitätszuschläge und unter Umständen auch für kostenträchtige Quotierungen. "Genau diese Ansätze sind es, von denen wir fundamental wegkommen müssen", sagte Stockmeier.

# **PFAS-Verbot** verhindern

CHEMIKALIEN Sie kommen in Outdoor-Kleidung vor, in Leder- und Textilbeschichtungen, Teppichen, in Verpackungen, Skiwachs oder Boden- und Autopflegemitteln: Per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen, kurz PFAS, werden aufgrund ihrer wasserund fettabweisenden Eigenschaften sowie ihrer Stabilität und Langlebigkeit breit ein-

Doch seien viele PFAS toxisch und reicherten sich über die Nahrungskette an, schreibt das Umweltbundesamt (UBA). "Alle PFAS sind, wenn sie einmal in die Umwelt ausgebracht wurden, kaum oder nur mehr sehr schwer wieder entfernbar." Deshalb sollen in Zukunft - mit Ausnahmen - die Herstellung, Verwendung und das Inverkehrbringen aller PFAS beschränkt werden. Das UBA hat zusammen mit Behörden aus Deutschland, den Niederlanden, Dänemark, Schweden und Norwegen einen Vorschlag zur EU-weiten Beschränkung von PFAS bei der Europäischen Chemikalienagentur eingereicht.

Gegen diesen Vorstoß geht die Unionsfraktion im Bundestag nun mit einem Antrag (20/9736) vor, der am Donnerstag erstmals im Plenum debattiert und anschließend zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz überwiesen wurde.

Die CDU/CSU-Fraktion fordert die Bundesregierung darin auf, gegenüber der Europäischen Union gegen ein PFAS-Verbot und stattdessen "für einen differenzierten, risikobasierten Regulierungsansatz auf europäischer Ebene einzutreten". Dies sei im Interesse der Funktions- und Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft und der Verbraucher, schreibt die Unionsfraktion. Man solle sich zudem auf europäischer Ebene auf ein differenziertes Regulierungsvorgehen einigen, um Planungssicherheit für Produzenten und Verbraucher herzu-

Die Bundesregierung solle sich bei der EU dafür stark machen, dass der Einsatz von PFAS nur dort beschränkt wird, wo technisch geeignete und ökonomisch machbare Alternativen verfügbar sind und der sachgemäße Umgang über den gesamten Lebenszyklus nachweislich nicht sichergestellt werden kann. Elena Müller I

# Regierung forciert Wasserstoffhochlauf

INFRASTRUKTUR Gesetzentwurf soll Rechtsrahmen für Ausbau eines Netzes schaffen

Die Bundesregierung will die Entwicklung einer nationalen Wasserstoffinfrastruktur vorantreiben. Um einen Rechtsrahmen zu schaffen, der einen schnellen und kostengünstigen Hochlauf des Wasserstoffmarktes ermöglicht, hat die Bundesregierung den Entwurf (20/10014) eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) vorgelegt.

Damit solle nicht nur künftig die Versorgungssicherheit gewährleistet werden, "sondern es sollen auch maßgebliche Schritte hin zu sauberer, bezahlbarer und sicherer Energie gemacht werden", heißt es in dem Entwurf. Der Hochlauf des Wasserstoffmarktes diene dabei vor allem der Dekarbonisierung.

Dafür ist es laut Regierung erforderlich, auf die vorhandenen privatwirtschaftlichen Strukturen aufzubauen, um das Know-how und Fachkräftepotenzial nutzen zu können. Insbesondere solle damit ein hoher Anteil von Umstellungen vorhandener Leitungsinfrastruktur ermöglicht werden.

Netzaufbau Aufbauend auf der geplanten Schaffung eines Wasserstoff-Kernnetzes als erster Stufe enthält der Gesetzentwurf zudem die zweite Stufe mit dem Ziel, über das Wasserstoff-Kernnetz hinaus weitere Verbraucher und Erzeuger sowie Wasserstoffspeicher anzubinden und ein flächendeckendes, engmaschiges Wasserstoffnetz aufzubauen.

Am Donnerstag befasste sich der Bundestag in erster Lesung mit dem Gesetzentwurf, der anschließend in die Ausschüsse überwiesen wurde. Bei den weiteren Beratungen soll der Ausschuss für Klimaschutz und Energie die Federführung übernehMarc Bernhard (AfD) warf der Bundesregierung in der Debatte vor, ihre Nationale Wasserstoffstrategie sei "der verzweifelte Versuch, das völlige Scheitern der Energiewende zu vertuschen. Das "Wall Street Journal" habe ausgerechnet, sagte Bernhard, dass die Energiewende bis 2030 rund 1.900 Milliarden Euro kosten werde.

Michael Kruse (FDP) hielt dagegen, dass kein anderes Land der Welt soweit wie Deutschland sei, wenn es darum gehe, den gesetzlichen Rahmen für den Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft zu organisieren: "Da sind wir in Deutschland meilenweit vor anderen Ländern".

Mit ironischem Unterton stellte der fraktionslose Abgeordnete Ralph Lenkert fest, jetzt fehlten für eine erfolgreiche Energiewende "ja nur noch ein Speichergesetz, ein



Wasserstoff für den Tank

Ersatzkraftwerkgesetz, ein neues KWK-Gesetz, eine abgestimmte Strom-Gas-Wärme-Netzplanung, ein Netzentwicklungsplan Strom, der Versorgungssicherheit auch im Jahr 2045 garantiere, eine Lösung für den Verteilernetzausbau und so weiter...

Die Reden der Abgeordneten Ingrid Nestle (Grüne), Mark Helfrich (CDU), Andreas Rimkus (SPD) und Bengt Berg (SPD) wurden zu Protokoll gegeben, das bis zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe noch nicht

Weiterer Gesetzentwurf Bereits früher am Donnerstag hatte der Bundestag in zweiter und dritter Lesung den Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des EnWG (20/9094;20/10094) verabschiedet. Für den Gesetzentwurf stimmte die Mehrheit der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/ Die Grünen und FDP. Gegen das Gesetz votierten die Unions- und die AfD-Frakti-

Mit der Änderung wurden nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine beschlossene Maßnahmen zur Energieversorgungssicherheit verlängert - unter anderem, bis zum 1. April 2027 die Füllstandsvorgaben für Gasspeicheranlagen und die Vorschriften zur temporären Höherauslastung des Höchstspannungsnetzes.

Durch einen Änderungsantrag der Ampelfraktionen wurde der ursprüngliche Entwurf dahingehend geändert, dass zum EnWG die Mindestfüllstände der Gasspeicheranlagen auf den europäischen Standard abgesenkt wurden, die erforderlichen Berichtspflichten der Betreiber von Gasspeicheranlagen verringert wurden und der

# Bilanz zur Nachhaltigkeit

**UN-AGENDA** Bundesregierung legt Zwischenbericht vor

2015 hatte die UN-Vollversammlung die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung beschlossen. Für 17 Ziele wurden Zielmarken aufgestellt, von Armutsbekämpfung über Umweltschutz bis zu Frieden und Gerechtigkeit. Jetzt zur Halbzeit hat die Bundesregierung eine Zwischenbilanz vorgelegt (20/8719). Darin benennt sie Bereiche, in denen "besonderer Bedarf für weitere Fortschritte für eine nachhaltige Entwicklung" bestehe. Dazu sollten etwa Energiewende und Klimaschutz durch Mindeststandards bei öffentlichen Beschaffungen vorangebracht werden. Für die Abscheidung, Nutzung und Speicherung von Kohlenstoffdioxid will die Bundesregierung eine Strategie erarbeiten.

Bekämpfung von Fluchtursachen In der Debatte über den Bericht am Freitag nahm die Staatsministerin beim Bundeskanzler Sarah Ryglewski (SPD) für die Regierung in Anspruch, bei der Nachhaltigkeit vorangekommen zu sein. So werde mittlerweile mehr als die Hälfte des Strombedarfs aus regenerativen Quellen erzeugt. Auf die Verknüpfung von nationaler und internationaler Dimension der Agenda 2030 wies die Staatssekretärin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Bärbel Kofler (SPD) hin. Entwicklungshilfe sei "gut investiertes Geld, auch für uns selbst". Dies gelte für den Kampf gegen den Klimawandel, aber auch für die Bekämpfung der Armut. Denn dies führe zur Befriedung der Länder und zu weniger Flucht.

Dagegen warf Rainer Kraft (AfD), der Regierung vor, sie würde "die Früchte der Arbeit von Angestellten, Arbeitern und Unternehmern freigebig in der Welt verteilen, während Sie für die Fleißigen in Deutschland ständig neue Härten schaffen". Kraft beklagte die Belastung etwa von Landwirten und Spediteuren unter dem Vorwand der Nachhaltigkeit.

Für Anja Weisgerber (CDU) bedeutet Nachhaltigkeit, "Wirtschaft, Soziales und Umweltschutz unter einen Hut zu bekommen". Dazu aber brauche es weiterhin Wachstum, das die Regierung aber mit hohen Energiepreisen und "immer mehr Bürokratie" behindere.

Hemmnis Ein Hemmnis für nachhaltige Entwicklung lokalisierte Knut Gerschau (FDP) in langwierigen Genehmigungsverfahren für nachhaltige Produkte und nachhaltiges Bauen. "Wir müssen die Unternehmen, die Menschen nur lassen, indem wir Freiräume schaffen, nicht zusätzliche Vorschriften, und die Chancen im technischen Fortschritt sehen", sagte Gerschau.

Johannes Wagner (Grüne) lobte Erfolge der Bundesregierung auf internationaler Ebene. So habe sie viel dazu beigetragen, dass die jüngste Weltklimakonferenz die Abkehr von fossiler Energie beschlossen habe. Durch die ganze Debatte zog sich aber auch die Klage, dass man noch weit vom Erreichen der 17 Nachhaltigkeitsziele entfernt sei.

Die Halbzeitbilanz wurde zur weiteren Beratung an mehrere Ausschüsse überwiesen. Zudem nahm das Plenum eine Unterrichtung des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung (20/10100) zur Kenntnis, in dem es um dessen Weiterentwicklung geht. Der 2004 vom Bundestag eingesetzte Beirat soll nach dem Vorschlag seiner Mitglieder als "wichtige Schnittstelle zwischen Parlament und Gesellschaft" aus-Peter Stützle gebaut werden.



Umfang des Ausspeicherverbots entschärft Michael Schmidt

### **KURZ NOTIERT**

#### Zwei Oppositionsanträge zur **Rohstoffpolitik abgelehnt**

Zwei Anträge der CDU/CSU- und der AfD-Fraktion zur Rohstoffversorgung Deutschlands wurden vom Bundestag am Donnerstag mit jeweils breiter Mehrheit abgelehnt. Sowohl zu dem Antrag der CDU/CSU, der für neue "neue Rohstoffpartnerschaften" warb (20/4042), als auch zu dem Antrag der AfD für eine "Rohstoffsicherung ohne ideologische Scheuklappen" (20/4065) lagen Beschlussempfehlungen des Wirtschaftsausschusses vor (20/7010, 20/9793). Die Unionsfraktion hatte gefordert, neben dem Ausbau der Kreislaufwirtschaft auch das Engagement Deutschlands bei der Gewinnung von Rohstoffen im Inund Ausland auszubauen. Eine "störungsfreie und krisenfeste" Rohstoffbelieferung Deutschlands forderte die AfD-Fraktion in ihrem Antrag. Dies könne durch eine Diversifizierung der Lieferbeziehungen geschehen.

#### **AfD will Lieferkettengesetz** abschaffen

Das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz abzuschaffen fordert die AfD-Fraktion in einem Antrag (20/10062). Das bestehende Gesetz missachte die Grundsätze des freien Handels, "da es freiwilligen Güteraustausch von Unternehmen und so die Schaffung von Wohlstand international behindert", schreibt die Fraktion. Die Bundesregierung solle daher frühestmöglich einen Gesetzentwurf zum Beschluss vorlegen, der das seit dem 1. Januar 2023 gültige Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz in seiner aktuellen Fassung aufhebt und sich im Rahmen des EU-Trilogs unmissverständlich gegen die Umsetzung der EU-Lieferkettenrichtlinie aussprechen. Bei den weiteren Beratungen soll der Wirtschaftsausschuss die Federführung übernehmen.

### **Gemeindefinanzreformgesetz** soll geändert werden

Die Höchstgrenzen bei der Verteilung von Mitteln aus der Einkommensteuer auf die Kommunen sollen von 35.000 Euro für einzeln veranlagte Steuerpflichtige und 70.000 Euro für zusammenveranlagte Steuerpflichtige auf 40.000 und 80.000 Euro steigen. Das sieht der Entwurf eines Neunten Gesetzes zur Änderung des Gemeindereformgesetzes vor, den der Bundestag am Freitag in erster Lesung debattiert hat (20/9872). Nach der Debatte wurde die Vorlage zur federführenden Beratung in den Finanzausschuss überwiesen.

#### **Unionsfraktion scheitert** mit Antrag zur Inflation

Der Bundestag hat einen Antrag der Unionsfraktion mit dem Titel "Eine europäische Antwort auf das US-Gesetz zur Inflationsbekämpfung geben – Standort Europa stärken, transatlantische Partnerschaft ausbauen" (20/5352) abgelehnt. Die Ampel-Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und die AfD-Fraktion stimmten gegen die Forderung der Union an die Bundesregierung, eine mit den europäischen Partnern abgestimmte Antwort auf das milliardenschwere US-Gesetz zur Inflationsbekämpfung zu geben.



Etat bereinigt: Der Vorsitzende des Haushaltsausschusses, Helge Braun (CDU, Mitte) eröffnete am Donnerstagmorgen die finale Ausschusssitzung zum Haushalt 2024.

© picture-alliance/Flashpic/Jens Krick

# Verspätet beschlossen

# **ETAT 2024** Nach Monaten des Streits setzt die Koalition einen Haushalt durch

m Donnerstagabend, um 19.27 Uhr, war es vollbracht. Nach monatelangen Querelen und Gezanke in der Koalition sowie einer veritablen Haushaltskrise hat der Haushaltsausschuss den Weg für den Bundeshaushalt 2024 freigemacht. Die Zustimmung des Bundestages und des Bundesrates Anfang Februar vorausgesetzt, wird

der nun im Ausschuss verabschiedete Etat (siehe Seite 1) auch die Zeit der vorläufigen Haushaltsführung be-

Nach den 9,5-stündigen Beratungen im Gremium zeigten sich die Chef-Haushälter der Koalitionsfraktionen zufrieden, ließen aber auch Differenzen durchscheinen: unterschiedlicher "Trotz Blickwinkel, vor dem Hintergrund multipler Krisen",

und der Folgen des Haushaltsurteils des Bundesverfassungsgerichts sei es gelungen, einen "ausgewogenen" Bundesetat aufzustellen, erklärten Dennis Rohde (SPD), Sven-Christian Kindler (Grüne) und Otto Fricke (FDP) nach der Sitzung. Diese "unterschiedlichen Perspektiven" hatten das ganze Haushaltsverfahren durchzogen. So verfahren war die Situation inner-

halb der Bundesregierung, dass Bundesfi-

nanzminister Christian Lindner (FDP) da-

rauf verzichtete, im Frühjahr vergangenen

Jahres Eckwerte des Haushalts und der Finanzplanung öffentlich vorzustellen. Schließlich einigte sich die Bundesregierung auf einen Entwurf, der Streit über Kürzungen, Kindergrundsicherung und Elterngeld blieb aber virulent. Zur Umsetzung mancher Kürzungen legte die Bundesregierung extra ein Haushaltsfinanzierungsgesetz auf.

Finanzierungsgesetze Es sollte nicht das einzige Haushaltsfinanzierungsgesetz bleiben. Denn Schon die Aufstellung

des Haushaltes

belastete das

Klima in der

**Koalition** 

erheblich.

am 15 November 2023 ließ das Bundesverfassungsgesche Bombe platzen. Die Karlsruher Richterinnen und Richter gaben der Klage der Union gegen den Zweiten Nachtragshaushalt 2021 Recht. Damit hatte die Koalition seinerzeit nicht benötigte Kreditermächtigungen in Höhe von 60 Milliarden Euro aus dem Krisen-

iahr 2021 in den Klima- und Transformationsfonds (KFT) übertragen - und wollte sie in den nächsten Jahren nutzen.

Karlsruhe erklärte dieses Haushaltsmanöver für verfassungswidrig und nichtig. Damit fehlten der Koalition plötzlich 60 Milliarden Euro im KTF. Mehr noch: Das Urteil stellte auch die bisherige Haushaltspraxis in Bund und Ländern, insbesondere den Umgang mit Notlagenkrediten und Sondervermögen, auf den Kopf. Es folgte eilig ein Nachtragshaushalt für das vergangene Jahr, um insbesonde- Bei einigen Ideen machte die Ampel allerre die Zahlungen für die Strom- und Gaspreisbremse rechtlich abzusichern.

Durchbruch, um den Haushalt noch rechtzeitig vor dem Jahreswechsel zu verabschieden, gelang der Koalition nicht. Die Differenzen waren zu groß, etwa mit Blick auf ihr während der Corona-Pandemie vom ein erneutes Aussetzen der Schuldenbremse, das bei der FDP auf wenig

Dank eines

Überschusses

im Haushalt

**Ampel tiefer** 

in die Rück-

lage greifen.

Kürzungen Schließlich eiricht eine haushaltspoliti- nigte sich die Ampel auf ein Maßnahmenpaket: Beim internationalen Engagement, bei Agrarsubventionen (siehe Seiten 1 bis 3), im Bildungsbereich und beim Bürgergeld soll gekürzt werden, teilweise im parlamentarischen Verfahren beschlossene Mehrausgaben sollen rückgängig gemacht

Gegenliebe stieß.

werden. Mehreinnahmen soll etwa die Erhöhung der Luftverkehrssteuer bringen. Zudem wird der Zuschuss an die Rentenversicherung reduziert. Diese Änderungen hat der Ausschuss nun in Etatform gegossen. Auch die Planungen für den Klima- und Transformationsfonds wurden deutlich angepasst. Die gesetzlichen Anpassungen in Form eines Zweiten Haushaltsfinanzierungsgesetzes (20/9999) passierten den Ausschuss ebenfalls am Donnerstag.

dings noch einen Rückzieher. Die Ausnahme der Kfz-Steuer für Landwirte bleibt be-Klar war auch: Der Haushalt 2024 musste stehen. Zudem muss die Bundesagentur für ebenfalls angepasst werden. Ein schneller Arbeit dem Bund doch nicht Milliarden in diesem und den nächsten Jahren überweisen. Eigentlich war vorgesehen, dass die BA Zuschüsse beziehungsweise Darlehen, die

> Bund gezahlt worden waren, nun wieder zurückzahlt. Daran hatte in einer Anhörung vergangene Woche einige Sachverständidenken angemeldet. Die Union dachte laut über eine Verfassungsklage 2023 kann die nach.

Dieses Risiko geht die Ampel nun nicht ein, der Vorschlag wurde gestrichen. Möglich machte das auch der positiv ausgefallen, vorläufige Haushaltsabschluss für das Vorjahr, der der Am-

pel in 2024 einen tieferen Griff in die Rücklage ermöglicht. Damit ist auch die in Koalitionskreisen diskutierte Ausnahme von der Schuldenbremse für die 2,7 Milliarden Euro, die als Ahrtal-Hilfen im Etat veranschlagt sind, vom Tisch.

In der nächsten Sitzungswoche soll der Haushalt dann beschlossen werden. Dass die Opposition von dem Etatplänen nichts hält, machten sie schon am Mittwoch bei der ersten Lesung zum Zweiten Haushaltsfinanzierungsgesetz deutlich. Vertreter von Union und AfD äußerten unter anderem Kritik an den da noch im Entwurf stehenden Rückzahlungen der BA, aber auch an den geplanten Subventionskürzungen sowie Steuererhöhungen.

Harte Kritik an Sparplänen Für die AfD-Fraktion warb Peter Boehringer etwa dafür, statt im Landwirtschaftsbereich an anderer Stelle zu kürzen: "Mit einer Streichung der Förderung allein von Projekten mit Genderbezug nur für Pakistan, Senegal und Kolumge verfassungsrechtliche Be- bien aus dem deutschen Haushalt kommen Sie schon sehr weit." Kritik übte Boehringer zudem an der Minderung der Zuschüsse an die Rentenversicherung. Damit würden die Beiträge hochgetrieben. Insgesamt seien die in dem Gesetzentwurf vorgesehenen Sparpläne "ein asoziales Schauspiel", meine Boehringer.

> Stephan Stracke (CSU) warf der Koalition vor, dass Bauern und der Mittelstand die Zeche zahlen müssten "für eine vollkommen verkorkste und verfassungswidrige Haushaltspolitik". Stracke sah die Kürzungen der Zuschüsse an die Rentenversicherung ebenfalls kritisch: "Haushaltssanierung zulasten der Beitragszahler, das ist grundfalsch." Als in die richtige Richtung gehend befand er die mit Entwurf vorgesehene Verschärfung beim Bürgergeld für "Totalverweigerer".

> Für die Ampel-Koalition steht unterdessen der nächste Perspektiventest an. Das Aufstellungsverfahren für das Jahr 2025 beginnt zeitnah. Sören Christian Reimer

# **Neues Warnportal**

# **KATASTROPHEN** Aufgaben des Wetterdienstes erweitert

Ab dem Sommer dieses Jahres soll das neue Naturgefahrenportal des Deutschen Wetterdienstes (DWD) verfügbar sein. Mit der Novellierung des DWD-Gesetzes (20/ 10032) will die Bundesregierung dafür den Weg frei machen. Der DWD als nationaler Wetterdienst der Bundesrepublik untersteht als Bundesbehörde dem Bundesministerium für Digitales und Verkehr. Nach der ersten Lesung im Bundestag am Donnerstagabend wird sich nun der Verkehrsausschuss federführend mit der Vorlage be-

Die Initiative zu der Aufgabenerweiterung des DWD kam von den Ländern – auch vor dem Hintergrund der Flutkatastrophe in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen 2021. Sie hätten im Bund-Länder-Beirat des DWD als zuständigem Gremium den Deutschen Wetterdienst beauftragt, ein Naturgefahrenportal einzurichten und zu betreiben, heißt es in dem Gesetzentwurf. Bislang hat der DWD lediglich ein Mandat für Wettervorhersagen wie beispielsweise Starkregen

In einer ersten Ausbaustufe soll das Naturgefahrenportal nach Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens zur Verfügung stehen. Zunächst liegt der Fokus dabei auf dem Bereich Wetter- und Hochwassergefahren. Geplant ist, sukzessive das gesamte Spektrum

der Naturgefahren wie Sturmfluten, Waldbrände oder Lawinen abzudecken.

Ziel ist laut Gesetzentwurf die Herausgabe von allgemeinverständlichen Frühwarnungen, Lage- und Vorsorgeinformationen über Naturgefahren an die Bevölkerung. Dies solle bundesweit an zentraler Stelle in einheitlichem und barrierefreiem Format erfolgen. Die Informationen sollen dem Entwurf zufolge "mit allen Inhalten, die zum Verständnis der Informationen und Warnungen erforderlich sind", veröffentlicht werden. Ganz wichtig dabei: Das soll so früh wie möglich vor einem bevorstehenden Ereignis geschehen, "so lange noch keine akute Gefahrensituation der höchsten Warnstufe besteht und Vorsorgemaßnahmen möglich sind".

Die bestehenden Warnsysteme für Akutwarnungen bleiben laut Bundesregierung von der Novellierung unberührt. Insbesondere sollen den Angaben zufolge keine Doppelstrukturen zu dem bestehenden Warnsystem des Bundes (MoWaS) aufgebaut werden. Die Herausgabe von Frühwarnungen, Lage- und Vorsorgeinformationen soll entgeltfrei gestellt werden. Eine umfassende Evaluierung des vom DWD entwickelten und betriebenen Naturgefahrenportals ist spätestens nach fünf Jahren Götz Hausding

# Neue Aufgaben für die Netzagentur

**DIGITALES** Verschärfte Regeln für Online-Dienste debattiert – Opposition sieht Lücken

Illegale Inhalte, die schnell gelöscht werden, weniger gefälschte Produkte und: weniger Hassrede auf Internetplattformen - mit dem Digital Service Act (DSA) will die Europäische Union erreichen, dass das Internet ein besserer Ort wird. Zur nationalen Umsetzung hat die Bundesregierung nun ihr Digitale-Dienste-Gesetz (DDG, 20/10031) vorgelegt, über das der Bundestag am Donnerstag erstmals debattierte. Während die DSA-Verordnung Sorgfaltspflichten für Online-Dienste im Kampf gegen Desinformation und Hassrede und die Durchsetzung auf EU-Ebene regelt, konkretisiert der Gesetzentwurf der Regierung die Zuständigkeiten der Behörden in Deutschland. Die federführende Beratung wird im Digitalausschuss erfolgen.

Erstes Verfahren gegen Plattform X In der Debatte verwies die Parlamentarische Staatssekretärin im Digitalministerium, Daniela Kluckert (FDP), auf das seit Dezember 2023 in Brüssel laufende Verfahren gegen die Plattform X (vormals Twitter). In Deutschland sei man hingegen zuständig für kleinere Plattformen mit weniger als 45 Millionen Nutzern pro Monat. In jedem Mitgliedstaat werde es einen unabhängigen Koordinator für digitale Dienste geben, der unter anderem Beschwerden von Nutzerinnen und Nutzern entgegennehme. Dieser werde bei der Bundesnetzagentur angesiedelt sein und im Bereich des Jugendschutzes eng mit den jeweiligen Landesmedienanstalten zusammenarbeiten, sagte sie. Kluckert betonte, man habe sich "an der einen oder anderen Stelle" eine schnellere

Umsetzung gewünscht, wichtig sei aber, dass der Koordinator nun schlagkräftig sei. Die Unionsabgeordnete Catarina dos Santos-Wintz hingegen bezeichnete das Gesetz



Unter den DSA fallen auch soziale Netzwerke.

als zu spät und lückenhaft - auch angesichts der vielen Bilder des Hamas-Terrors in den sozialen Netzwerken. So ziele es etwa bei den Plattform-Meldungen nur auf solche Straftaten ab, die eine Gefahr für das Leben und die Sicherheit einer Person darstellten. Nötig sei eine Konkretisierung der Meldepflichten für die Hosting-Diensteanbieter. "Der Kampf gegen Hass im Netz braucht uns alle", betonte sie.

Für die AfD-Fraktion sprach Beatrix von Storch von einem Gesetzesvorhaben, das eine "Entmachtung der nationalen Parlamente" bedeute. So ermögliche der DSA einen "digitalen Notstand", der Nutzer in der EU mundtot machen könne.

Zuspruch für den Entwurf kam von den Ampel-Koalitionspartnern: Jens Zimmermann (SPD) betonte, der große Schritt sei wichtig: In der Vergangenheit habe sich immer wieder gezeigt, dass sich die großen Plattformen schwer tun, ihren Auflagen nachzukommen. Die Digitalausschuss-Vorsitzende Tabea Rößner (Grüne) sagte, das Gesetzgebungsverfahren könne zwar nicht mehr bis zur Frist am 17. Februar abgeschlossen werden, aber es sei wichtig, den Entwurf sorgfältig zu beraten. Die deutschen Stellen müssten schnell besetzt und gut ausgestattet werden, um die neuen Regeln zu überwachen. Lisa Brüssler

# Ein Kabel für alle Geräte

HANDY, TABLET & CO. Endlich Schluss mit dem Kabelsalat: Mit einer Novelle des Funkanlagengesetzes soll eine EU-Richtlinie umgesetzt werden, die der Industrie vorgibt, den Verbraucherinnen und Verbrauchern künftig einheitliche Ladekabel für Mobiltelefone, Tablets, Notebooks, Digitalkameras, eBook Reader und Kopfhörer anzubieten und die Schnittstellen zu harmonisieren. Ein entsprechender Gesetzentwurf der Bundesregierung (20/9873) wurde am Donnerstag erstmals im Plenum beraten. Das Vorhaben soll laut Gesetzentwurf die Verbraucherfreundlichkeit erhöhen, Ressourcen schonen und Elektronikabfälle verringern. Die neuen Vorschriften soll für die meisten Geräte ab dem 28. Dezember 2024 gelten, für alle Geräte ab dem

28. April 2028. Für die weltweite Industrie ergebe sich aus der Regulierung ein Umsatzrückgang von 139 Millionen Euro (-8,2 Prozent), auf die EU-Industrie werde sich die Maßnahme mit einem Minus 18 Millionen Euro pro Jahr auswirken (-8,5 Prozent). Die Folgen für Groß- und Einzelhändler würden einen Umsatzrückgang von 271 Millionen Euro pro Jahr (-9 Prozent) bedeuten, wie aus dem Gesetzentwurf hervorgeht. Dieser wurde zur weiteren Beratung an den Wirtschaftsausschuss überwiesen.

6 **INNENPOLITIK** Das Parlament - Nr. 4-5 - 20. Januar 2024



Bei einer Abschiebeaktion in Hamburg werden mehrere Ausländer mit Polizeibegleitung zum Flughafen gebracht.

nsgesamt 329.120 Erstanträge auf Asyl sind vergangenes Jahr in der Bundesrepublik gestellt worden und damit 111.346 mehr als im Vorjahr. Das bedeutet einen Anstieg um ganze 51,1 Prozent, wobei 22.603 der im zurückliegenden Jahr gestellten Erstanträge in Deutschland geborene Kinder im Alter unter einem Jahr betrafen.

Gestiegen ist 2023 auch die Zahl der Ab schiebungen aus Deutschland. Allein in den ersten zehn Monaten des vergangenen Jahres waren es laut Bundesregierung 13.512 nach 12.945 im Gesamtjahr 2022. Einen weiteren Anstieg will die Regierungskoalition mit ihrem "Rückführungsverbesserungsgesetz" (20/9463, 20/10090) erreichen, das der Bundestag am Donnerstag gegen die Stimmen der CDU/CSU- und der AfD-Fraktion sowie einer Reihe fraktionsloser Abgeordneten beschloss.

Längerer Ausreisegewahrsam Zum Kern des Maßnahmenpakets zählen unter anderem erweiterte Durchsuchungsmöglichkeiten und eine Ausdehnung des Ausreisegewahrsams von zehn auf 28 Tage. "Grundsätzlich nicht in Abschiebehaft genommen" werden sollen Minderjährige und Familien mit Minderjährigen; Ausnahmen kann es etwa bei minderjährigen Gefährdern geben. Betroffenen in Verfahren zur Abschiebungshaft oder Ausreisegewahrsam muss dem Gesetzesbeschluss zufolge ein Pflichtverteidiger zur Seite gestellt werden. Auch sollen Abschiebungen nicht mehr angekündigt werden müssen, sofern nicht Fa-

milien mit Kindern unter zwölf Jahren betroffen sind. Die Suche nach Daten und Dokumenten zur Identitätsklärung will die Koalition mit der Neuregelung erleichtern, ebenso das Auffinden abzuschiebender Personen. Dazu sollen die Behörden auch andere Räumlichkeiten als das Zimmer des abzuschiebenden Ausländers in einer Gemeinschaftsunterkunft betreten können.

Maßnahmen etwa zur erleichterten Ab-

schiebung von Straftätern und Gefährdern. Für den Bereich der Organisierten Kriminalität soll ein Ausweisungstatbestand geschaffen werden, der an die Angehörigkeit zu Strukturen der Organisierten Kriminalität anknüpft und unabhängig von einer strafrechtlichen Verurteilung ausgestaltet ist. Erleichtert werden soll die Ausweisung von Schleusern. Zur Bekämpfung der Schleuserkriminalität ist eine Verschärfung der bisherigen Strafandrohungen für entsprechende Delikte vorgesehen. Zugleich wird klargestellt, dass die Rettung Schiffbrüchiger auch künftig nicht strafbar ist. Ferner soll die Bezugsdauer der niedrigeren Asylbewerberleistungen von bislang 18 auf

Straftäter und Gefährder Durch die Neuregelung, sagte Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) während der Debatte, werde es gelingen, Straftäter und Gefährder schneller und effektiver abzuschieben. Zu Recht erwarteten die Menschen, dass sich alle an die Regeln halten und der Staat etwas für ihre Sicherheit tue.

künftig auf drei Jahre verlängert werden.

Christoph de Vries (CDU) sprach hingegen von einem Rohrkrepierer. Dieses "Rückführungsverschlechterungsgesetz" löse die Migrationskrise nicht mal ansatzweise. Durch die von den Grünen durchgesetzten Änderungen sei das "ohnehin schon wirkungsschwache Gesetz" zu einem völlig wirkungslosen geworden. Die Beiordnung eines Pflichtverteidigers "auf Kosten des Steuerzahlers" führe dazu, dass Betroffene von ihrer anstehenden Abschiebehaft erfahren und untertauchen könnten, sagte der Unionsabgeordnete.

Helge Limburg (Grüne) empfahl die Zustimmung zu dem Entwurf. "Nicht, weil dieses Gesetz den Vorstellungen meiner

# **KOMPAKT**

Kernpunkte der Neuregelung

- Durchsuchung Behörden können künftig in Gemeinschaftsunterkünften auch andere Räume als das Zimmer des Ausreisepflichtigen durchsuchen.
- Ausreisegewahrsam Die Höchstdauer des Gewahrsams wird von zehn auf 28 Tage angehoben, um ein Untertauchen des Abzuschiebenden zu verhindern.
- Leistungen Die Bezugsdauer der niedrigeren Asylbewerberleistungen wird von bisher 18 Monaten auf künftig drei Jahre verlängert.

Fraktion von einer geordneten und gleichzeitig humanen Migrationspolitik entspricht", betonte er. Es sei aber ein vertretbarer politischer Kompromiss. Aus seiner Sicht begegnet das Gesetz an mehreren Stellen verfassungsrechtliche Bedenken. Nötig seien weiterhin Einzelfallentscheidungen, sagte Limburg. "Grundrechte gelten auch für Geflüchtete", betonte er.

**»Scheitern mit Ansage«** Für Gottfried Curio (AfD) ist die Durchsetzung der Rückführung nicht aufenthaltsberechtigter Ausländer "die Pflicht eines Staates". Die von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) angekündigte Rückführungsinitiative werde es mit dem Gesetz aber nicht geben, sagte Curio. Es sehe lediglich ein Rückführungsplus von 600 Personen jährlich vor. "Das ist Scheitern mit Ansage", befand der AfD-Abgeordnete.

Stephan Thomae (FDP) sieht durch die Neuregelung verbesserte Rückführungsmöglichkeiten für Länder und Kommunen. Kein Verständnis hatte er für die Kritik der Union an der Beiordnung von Pflichtverteidigern. Das Gesetz regle, dass auf eine Anhörung vor der Abschiebehaft verzichtet werden könne, wenn zu erwarten sei, "dass dadurch die Gewahrsamnahme gefährdet würde".

Der Umgang der Union mit dem Thema gießt aus Sicht von Sebastian Hartmann (SPD) "ausschließlich Wasser auf die Mühlen der AfD". Das Gesetz, befand Hartmann, helfe, Rechtsfrieden herzustellen. Götz Hausding/Helmut Stoltenberg ■

# Anlaufstelle für Bürger und Polizisten

**INNERES** Der Bundestag erhält einen »Polizeibeauftragten«

Das Amt des oder der "Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages" gibt es bereits seit 1959. Am Donnerstag beschloss der Bundestag die Schaffung einer neuen Stelle mit zumindest ähnlich klingender Bezeichnung, nämlich das Amt der oder des "Polizeibeauftragten des Bundes beim Deutschen Bundestag", zuständig für die Bundespolizei, das Bundeskriminalamt und die Polizei beim Bundestag. Gegen den von der Ampel-Koalition vorgelegten Gesetzentwurf (20/9148 neu, 20/10092) votierten die CDU/CSU-Fraktion sowie die AfD-Fraktion.

Danach soll eine unabhängige Stelle außerhalb der behördlichen Strukturen dieser Polizeien des Bundes eingerichtet werden, bei der sowohl deren Beschäftigte als auch die Bürger mögliches Fehlverhalten von Angehörigen der genannten Polizeibehörden oder auch mögliche strukturelle Missstände anzeigen und bewerten lassen können - ergänzend zum Disziplinar- und Arbeitsrecht sowie zu Gerichtsverfahren.

Gewählt werden soll der Polizeibeauftragte vom Bundestag auf Vorschlag einer oder mehrerer Fraktionen mit der absoluten Mehrheit der Mitglieder des Parlaments für eine fünfjährige Amtszeit. Dabei soll eine einmalige Wiederwahl zulässig sein. Für eine vorzeitige Abwahl des Polizeibeauftragten wird eine Zweidrittelmehrheit der Abgeordneten vorausgesetzt. Erster Polizeibeauftragter soll nach dem Willen der Koalition der SPD-Abgeordnete und frühere Polizeibeamte Uli Grötsch werden, dessen Wahl voraussichtlich Ende Februar auf der Tagesordnung stehen dürfte.

Wie die Koalitionsfraktionen in der Begründung ausführen, sind die Beschäftigten der Bundespolizei, des Bundeskriminalamtes und der Polizei beim Deutschen Bundestag wichtige Ansprechpartner für die

Bürger bei Problemen, Notlagen und Konflikten verschiedenster Art. Bei der Nutzung ihrer weitgehenden Eingriffsbefugnisse seien sie an Recht und Gesetz gebunden. Es könne aber dazu kommen, dass im Bürgerkontakt rechtliche Grenzen überschrit-

Daher sei es für die Bürger wie für die Beschäftigten der Polizeien des Bundes wichtig, Vorkommnisse von behaupteten oder tatsächlich erwiesenen Fehlverhalten oder strukturelle Fehlentwicklungen und Mängel an eine unabhängige Stelle melden und von dieser untersuchen zu lassen, heißt es in der Vorlage weiter. Damit würden die Handlungsoptionen der Betroffenen erweitert, das Vertrauen der Bevölkerung in die Institution Polizei gestärkt und den Polizei-Beschäftigten eine Möglichkeit gegeben, sich vor möglicherweise ungerechtfertigten Anschuldigungen zu schützen. sto



Uli Grötsch (SPD) soll erster Polizeibeauftragter des Bundes werden

# Leistungskürzungen für Asylbewerber

**SOZIALES** Kritik an Forderungen von Union und AfD

Union und AfD wollen die Sozialleistungen für Asylbewerber senken. CDU und CSU zielen in ihrem am Freitag beratenen Antrag (20/9740) unter anderem auf eine Leistungskürzung bis zum "physischen Existenzminimum" bei Ausreisepflichtigen ab. Der AfD (20/10063) geht es darum, Angesichts solcher Debatten mache sie sich den Zugang zum Bürgergeld für Ausländer einzugrenzen.

Stephan Stracke (CDU) verwies auf die im Jahr 2023 gestellten mehr als 350.000 Asvlanträge, wozu noch 1,1 Millionen ukrainische Flüchtlinge kämen. Das führe zu einer Überlastung des ganzen Landes, konstatierte er. "Wir brauchen eine echte Asylwende", sagte der Unionsabgeordnete. Dafür sei es unabdingbar, das Asylbewerberleistungsrecht neu auszurichten. Nicht zuletzt, da sich die deutschen Sozialleistungen zu einem "Migrationsmagneten" entwickelt

47 Prozent der Bürgergeldbezieher seien Ausländer, sagte Norbert Kleinwächter (AfD) und forderte für den Zugang zum Bürgergeld eine Niederlassungserlaubnis als Bedingung sowie eine fünfjährige existenzsichernde Tätigkeit in Deutschland. Den Migranten, so Kleinwächter, sei es schließlich jederzeit möglich, "nach Hause zurückzukehren und dort eine sinnvolle Erwerbstätigkeit aufzunehmen".

Bei den Koalitionsfraktionen stießen die Vorhaben auf Ablehnung, teils auch auf Empörung. Rasha Nasr (SPD) sagte: "Kein einziger Mensch in diesem Land steht bes-

ser da, wenn wir Geflüchteten noch mehr wegnehmen." Asylsuchende würden rund 18 Prozent weniger Geld als Bürgergeldempfänger erhalten, also weniger als das Existenzminimum vorsehe. "Irgendwann ist es auch mal gut", befand sie.

Sorgen um den gesellschaftlichen Zusam menhalt und die Demokratie, sagte Stephanie Aeffner (Grüne). Das Versprechen auf ein soziales Netz, das Menschen in Krisen auffängt, werde immer öfter angegriffen. Es dürften nicht ständig neue Brandherde gelegt werden, betonte sie. Erst in dieser Woche sei die Verlängerung des Bezuges der niedrigeren Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz beschlossen worden - ebenso wie die Streichung des Bürgergeldes bei Ablehnung von Arbeit. Das alles führe zu einer Stigmatisierung bestimmter Gruppen.

Jens Teutrine (FDP) sieht die Migrationspolitik in Deutschland schon seit längerem auf dem falschen Weg. Es sei absurd, dass Auszubildende abgeschoben würden und dass es Menschen, die nach Deutschland kommen, um zu arbeiten, so schwer gemacht werde. Dies geschehe, "weil wir der Lüge anhängen, Deutschland sei kein Einwanderungsland", sagte er. Richtig sei es dennoch, irreguläre Migration zu bekämpfen, weil sonst die Akzeptanz für die legale Migration fehle. Teutrine forderte mehr Differenzierungen und "weniger alle rein oder alle raus".

# Bei Einbürgerungen schaltet die »Ampel« mehr auf Grün

STAATSANGEHÖRIGKEITSRECHT Der Bundestag streicht den Grundsatz der »Vermeidung der Mehrstaatigkeit« und erleichtert den Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft

Die doppelte Staatsbürgerschaft gilt in Deutschland vielen als Reizthema - man denke nur an die umstrittene "Doppelpass"-Kampagne der Union von 1999 gegen die damaligen rot-grünen Pläne zur Reform des Staatsangehörigkeitsrechts. Mittlerweile leben hierzulande laut Mikrozensus 2022 mehr als 2,7 Millionen deutsche Doppelstaatler, wobei nach Angaben des Statistischen Bundesamtes tendenziell eine Untererfassung möglich ist. In der Europäischen Union ist die doppelte Staatsbürgerschaft in knapp zwei Drittel der Mitgliedsstaaten zulässig, in einigen anderen zumindest eingeschränkt zulässig.

Nun soll sich auch Deutschland nach dem Willen der Regierungskoalition vom hier bislang noch gültigen Grundsatz der Vermeidung der Mehrstaatigkeit verabschieden. Die generelle Akzeptanz der Mehrstaatigkeit ist eines der Kernelemente des Gesetzentwurfes der Bundesregierung "zur Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts" (20/9044), den der Ausschuss für Inneres und Heimat am vergangenen Mittwoch in modifizierter Fassung (20/10093) gegen die Stimmen der CDU/CSU- und der AfD-Fraktion zur Annahme im Bundestagsplenum empfahl. Dort wurde die Vorlage am Freitag in namentlicher Abstimmung mit 382 von 639 abgegebenen Stimmten verabschiedet.

Schnellere Integration Danach will die "Ampel" das Staatsangehörigkeitsrecht "an die Erfordernisse eines Einwanderungslandes" anpassen und dazu den Zugang zur deutschen Staatsangehörigkeit erleichtern sowie einen Anreiz zur schnelleren Integration schaffen, Neben der generellen Hinnahme von Mehrstaatigkeit ist vorgesehen, dass eine Einbürgerung in der Regel bereits nach einem Aufenthalt von fünf statt bisher acht Jahren möglich ist, bei "besonderen Integrationsleistungen" auch schon nach drei Jahren.

Auch die für den automatischen Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit eines Kindes ausländischer Eltern durch Geburt im Inland erforderliche Aufenthaltsdauer von acht auf fünf Jahre verkürzt werden und die bisher für diese Kinder geltende Optionsregelung vollständig entfallen. Voraussetzung für eine Einbürgerung soll zudem ein Bekenntnis zur freiheitlich de-

eines Elternteils in der Bundesrepublik soll

mokratischen Grundordnung des Grundgesetzes sein. Antisemitische, rassistische oder sonstige menschenverachtende Handlungen sollen eine Einbürgerung ausschließen. Mit dem Gesetzentwurf soll auch gewährleistet werden, dass die Staatsangehörigkeitsbehörden durch die Staatsanwaltschaften sicher von strafrechtlichen Verurteilungen erfahren, denen antisemitische, rassistische oder sonstige menschenverachtende Beweggründe zugrunde liegen.

Ausgeschlossen sein soll eine Einbürgerung auch im Fall einer Mehrehe oder wenn jemand durch sein Verhalten zeigt, dass er die im Grundgesetz festgelegte Gleichberechtigung von Mann und Frau missachtet. Bei der Sicherheitsabfrage ist eine Erweiterung des Kreises der zu beteiligenden Sicherheitsbehörden vorgesehen.

Bei der Anspruchseinbürgerung gilt mit Ausnahme bestimmter Fälle, dass der Lebensunterhalt für sich selbst und die unterhaltspflichtigen Angehörigen ohne Inan-

# **STICHWORT**

Einbürgerungen im Jahr 2022

> Zunahme Im Jahr 2022 wurden in Deutschland laut Statistischem Bundesamt rund 168.500 Menschen eingebürgert. Im Vergleich zum Vorjahr erhöhte sich die Zahl der Einbürgerungen um rund 37.000 oder 28 Prozent.

Verteilung Der deutlichste Anstieg wurde bei Einbürgerungen von Syrern (plus 29.200) verzeichnet, gefolgt von Ukrainern (plus 3.700). Insgesamt wurden im Jahr 2022 Menschen mit 171 unterschiedlichen Staatsangehörigkeiten in Deutschland eingebürgert.

spruchnahme von Leistungen der Sozialhilfe (SGB XII) oder Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II) bestritten werden muss. Ausnahmen davon sollen für Personen gelten, die in den vergangenen zwei Jahren mindestens 20 Monate in Vollzeit erwerbstätig waren, für Menschen, die mit einer in Vollzeit tätigen Person sowie einem Kind in familiärer Gemeinschaft leben sowie für die sogenannten Gastarbeiter und Vertragsarbeitnehmer, die bis 1974 in die Bundesrepublik beziehungsweise bis 1990 in die DDR eingereist sind. Gast- und Vertragsarbeiter und ihre nachgezogenen Ehepartner müssen zudem keinen Einbürgerungstest absolvieren und lediglich mündliche deutsche Sprachkenntnisse

nachweisen. In einer mit der Koalitionsmehrheit verabschiedeten Entschließung des Innenausschusses wird die Bundesregierung aufgefordert, eine Ermessenseinbürgerung für bestimmte Personengruppen wie etwa Menschen mit Behinderungen oder Alleinerziehende in Betracht zu ziehen, die "die erforderliche Unterhaltssicherung aufgrund von Umständen nicht erreichen können, die außerhalb ihrer Beeinflussungsmöglichkeiten liegen".

In der Debatte sagte die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Reem Alabali-Radovan (SPD), mit der Reform werde die Lebensrealität von Millionen Menschen mit Einwanderungsgeschichte anerkannt. Zwei Pässe seien "im Jahr 2024 das Normalste der Welt". Alexander Throm (CDU) sprach dagegen von einem "Staatsangehörigkeitsentwertungsgesetz", mit dem die Koalition "zentrale staatliche Interessen wie die Steuerung, die Vorsicht und die Sicherheit" aufgebe. Schahina Gambir (Grüne) entgegnete, die Staatsbürgerschaft werde mit der Reform "weder verramscht noch leichtfertig vergeben". Christian Wirth (AfD) beklagte demgegenüber, die "stolze Staatsbürgerschaft" werde mit einer "Turboeinbürgerung" verramscht. Stephan Thomae (FDP) betonte, schon nach bisherigem Recht führten 70 Prozent der Einbürgerungen zu einer Mehrstaatigkeit. sto ▮

Das Parlament - Nr. 4-5 - 20. Januar 2024



Die Wehrbeauftragte des Bundestages, Eva Högl, während eines Truppenbesuchs beim Objektschutzregiment "Friesland" der Luftwaffe im Juni 2022

© picture-alliance/dpa/Sina Schuldt

# »Eine Angelegenheit aller«

# BUNDESWEHR Die Wehrbeauftragte Eva Högl setzt beim Wehrdienst auf mehr Freiwillige

Frau Högl, als Sie im Mai 2020 das Amt der Wehrbeauftragten übernahmen, mahnten Sie an, über die ausgesetzte Wehrpflicht müsse noch einmal diskutiert werden. Das stieß jedoch auf wenig Gegenliebe. Fühlen Sie sich angesichts der von Verteidigungsminister Boris Pistorius initiierten Diskussion bestätigt?

Ich habe es damals als einen Fehler bezeichnet, dass die Wehrpflicht ausgesetzt wurde. Jetzt kommt Bewegung in die Debatte. Das begrüße ich ausdrücklich. Auch Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier ist sehr hartnäckig und schlägt ein Gesellschaftsjahr vor, das bei der Bundeswehr oder im sozialen, ökologischen oder kulturellen Bereich absolviert werden kann. Ich nehme wahr, dass man sich verstärkt darüber Gedanken macht, wie die Bundeswehr genügend Personal bekommen kann. Dazu gehört auch, dass die Diskussion über die Verteidigung unserer Demokratie vor dem Hintergrund des russischen Krieges gegen die Ukraine in der Mitte unserer Gesellschaft platziert wird.

Im Frühjahr 2011 verzichtete der damalige Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg erstmals auf die Einziehung von Wehrpflichtigen und wenig später setze der Bundestag die Wehrpflicht per Gesetz aus. Wehrpflichtige können nur noch im Verteidigungsfall und im Spannungsfall einberufen werden. Den Spannungsfall müsste der Bundestag laut Grundgesetz aber erst mit Zweidrittelmehrheit beschließen. War es ein Fehler, dass der Gesetzgeber die Hürden für eine Reaktivierung der Wehrpflicht, die ja weiterhin im Grundgesetz verankert ist, so hoch gelegt hat?

Im Jahr 2011 war die Welt eine andere als heute. Wir waren von Freunden umgeben und hatten die berechtigte Hoffnung, gemeinsam auch mit Russland eine dauerhaft friedliche Weltordnung gestalten zu können, die von Verständigung und Abrüstung geprägt ist. Mit der Annexion der Krim 2014 durch Russland änderte sich die Lage. Zu kritisieren ist, dass die Wehrpflicht ausgesetzt wurde, ohne ein tragfähiges Konzept für die Personalgewinnung der Bundeswehr zu haben. Das hat zu sehr großen Schwierigkeiten geführt. Dass es so hohe Hürden für das Einziehen von Wehrpflichtigen gibt, ist prinzipiell richtig und nicht zu kritisieren. Auf die geänderte Sicherheitslage muss aber jetzt reagiert werden. Deshalb halte ich es für richtig, dass der Verteidigungsminister verschiedene Wehrpflichtmodelle prüfen lässt. Er blickt beispielsweise nach Schweden. Dort werden zwar alle jungen Männer und Frauen eines Jahrganges gemustert. Gezogen werden diejenigen, die wollen und geeignet

Schweden hatte die Wehrpflicht im Jahr 2010 ausgesetzt und 2017 nach ähnlichen Personalproblemen wie in Deutschland in dieser neuen Form wieder eingeführt. Konnte die schwedische Armee ihre Probleme damit lösen?

In Schweden wird dieses Modell als sehr positiv bewertet. Es herrscht trotz der Wehrpflicht auf dem Papier ein hohes Maß an Freiwilligkeit. Die Schweden wollen den Anteil der Wehrpflichtigen zukünftig noch steigern und ihr Modell auch auf den zivilen Sektor ausweiten.

In Schweden gilt die Wehrpflicht auch für Frauen. In Deutschland ist dies im Grundgesetz ausdrücklich untersagt. Sollte das Grundgesetz an dieser Stelle geändert werden?

Ich halte es zumindest für veraltet, nur junge Männer in den Blick zu nehmen. Für unsere Verteidigung brauchen wir Männer und Frauen gleichermaßen in der Bundeswehr. Beim Frauenanteil von rund 13 Prozent in der Bundeswehr sehe ich ein deutliches Steigerungspotenzial. Grundsätzlich setze ich zunächst auf Freiwilligkeit. Das gilt auch für den zivilen Bereich. Es sollten gute und attraktive Angebote gemacht werden. Im Bundesfreiwilligendienst müssen die jungen Menschen fast noch eigenes Geld mitbringen, um sich das leisten zu können.

Welches Personal die Bundeswehr braucht, lässt sich auch in ihrem Jahresbericht nachlesen. Der Truppe fehlt es unter anderem an Hubschrauberpiloten, Medizinern oder technischen Spezialisten. Da helfen Wehrpflichtige aber kaum weiter.

Mit einer Wehrpflicht oder einem Gesellschaftsjahr lassen sich die aktuellen massiven Personalprobleme der Bundeswehr nicht lösen. Schon gar nicht kurzfristig. Deshalb gehört zu den anstehenden Problemen nicht nur die schnelle Gewinnung von Personal, sondern auch langfristige Personalbindung und -entwicklung. Die Bundeswehr steht in einem knallharten Wettbewerb der Arbeitgeber um die besten Köpfe. Deshalb müssen die Rahmenbedingungen stimmen. Dazu gehören an erster Stelle die materielle Ausstattung und die Infrastruktur. Nur eine gut aufgestellte Bundeswehr ist ein attraktiver Arbeitgeber

Ist dann aber die Diskussion nicht verfehlt? Politisch scheint die Wehrpflicht nicht mehrheitsfähig, wäre kaum zu bezahlen und es fehlen die Kasernen und die Ausrüstung.

Natürlich soll die Diskussion über die Wehrpflicht nicht zu einer Gespensterdebatte werden. Eine Wehrpflicht muss vor allem militärisch begründet sein. Es muss geklärt werden, wie viel und welches Personal die Bundeswehr für ihre vielfältigen Aufträge braucht. Niemand will zur alten Wehrpflicht zurück. Wir brauchen ein neues und intelligentes Konzept unter der Prämisse "so viel Freiwilligkeit wie möglich und nur so viel Zwang wie nötig". Aber die Debatte dient auch dazu, in der Gesellschaft das Bewusstsein zu stärken, dass die Verteidigung unserer Freiheit eine Angelegenheit aller ist.

Verteidigungsminister Pistorius hat gefordert, die Bundeswehr müsse "kriegstüchtig" werden. Plant er denn eine Erhöhung der Truppenstärke von 203.000 Soldaten, die bis 2031 erreicht werden soll? Bislang wird an diesem Ziel festgehalten. Obwohl sich alle Beteiligten einig sind, dass es unrealistisch ist, dies zu erreichen, wenn die Personalgewinnung und -bindung nicht deutlich verbessert wird. Es ist eine enorme Kraftanstrengung, den aktuellen Bestand von 181.000 Soldatinnen und Soldaten zu halten. Der Minister hat vor Weihnachten die Ergebnisse der Task Force Personal vorgelegt bekommen. Die vorgeschlagenen 60 Maßnahmen sind sehr sinnvoll und richtig. Sie sollten nun zügig umgesetzt werden.

Das Interview führte Alexander Weinlein.

# Keine Lieferung von »Taurus« an die Ukraine

VERTEIDIGUNG Die Bundesrepublik wird vorerst keine Marschflugkörper vom Typ "Taurus" an die Ukraine liefern. Der Bundestag lehnte am Mittwoch einen Entschließungsantrag der CDU/CSU-Fraktion (20/10053) mit der Stimmenmehrheit der Koalitionsfraktionen ab, in dem die Union die Bundesregierung auffordert, der Ukraine "Taurus"-Marschflugkörper aus Beständen der Bundeswehr zur Verfügung zu stellen. In der namentlichen Abstimmung votierten 485 Abgeordnete gegen den Antrag, 178 stimmten mit Ja und drei enthielten sich der Stimme. Die Union hatte den Antrag anlässlich der abschließenden Beratung über den Jahresbericht (20/5700) der Wehrbeauftragten des Bundestages, Eva Högl, auf die Tagesordnung gesetzt.

Die ukrainische Regierung hatte in den vergangenen Monaten mehrfach um die Lieferung von "Taurus"-Marschflugkörpern, die eine Reichweite von bis zu 500 Kilometern haben, gebeten. Doch Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) lehnt dies bislang ab.

Rechtlich bindend wäre ein Antrag des Bundestages für die Lieferung der "Taurus" nicht. Über Waffenlieferungen ins Ausland entscheidet die Bundesregierung.

Abgelehnt wurde der Antrag auch von jenen Abgeordneten der FDP und der Grünen, die sich wiederholt für die Lieferung des Waffensystems ausgesprochen hatten. So etwa die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP), und der Vorsitzende des Europaausschusses, Anton Hofreiter (Grüne). Der FDP-Abgeordnete Nils Gründer beeilte sich denn auch zu versichern, dass die FDP-Fraktion für die Lieferung der "Taurus"-Marschflugkörper sei, da diese von der Ukraine benötigt würden. Der Union warf er vor, sie trage die Diskussion über die Waffenlieferung innerhalb der Debatte über den Wehrbericht "auf dem Rücken" der Soldaten aus. Und die Grünen-Abgeordnete Katrin Göring-Eckardt ließ in einer schriftlichen Erklärung zur Abstimmung wissen, sie halte den Antrag der Union für "parteipolitisch motiviert".

Der Unionsabgeordnete Florian Hahn hielt den Ampelfraktionen entgegen, dass die Union in den vergangenen Monaten bereits zwei Anträge zur militärischen Unterstützung der Ukraine vorgelegt habe. "Die Ampel hat die Beratung dieser Anträge bereits viermal durch Absetzung von der Tagesordnung verhindert", monierte Hahn. SPD, Grüne und FDP wollten in der Frage keine Farbe bekennen.

Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) äußerte sich in der Debatte nicht zur "Taurus"-Frage, dafür aber zur aktuellen Debatte über die Wehrpflicht. Er lasse prüfen, welche unterschiedlichen Modelle einer allgemeinen Dienstpflicht oder Wehrpflicht "machbar" wären. Im Gespräch ist vor allem das schwedische Modell (siehe Interview links). Es sei zwar klar, dass jedes Modell eine politische Mehrheit benötige, aber an der Diskussion "werden wir nicht vorbeikommen". Pistorius spielte damit auf die kritischen Stimmen innerhalb der Regierungskoalition gegenüber einer Reaktivierung der 2011 ausgesetzten Wehrpflicht an. Vor allem FDP und Grüne, aber auch große Teile der SPD lehnen dies ab.

Der AfD-Abgeordnete Hannes Gnauck hielt Pistorius vor, er führe die Wehrpflicht zwar rhetorisch an, doch "statt schneidige junge Männer mit vaterlandstreuer Haltung zu adressieren, setzen Sie lieber auf Ihren Diversitätsfetischismus und ein reines Arbeitgeberprofil".

# **Attraktiver durch Teilzeit**

FREIWILLIGENDIENSTE Bisher gibt es wenig flexible Arbeitszeitmodelle. Das will die Bundesregierung ändern.

Im Sommer vergangenen Jahres sah es nicht gut aus: Der Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2024 stellte den Freiwilligendiensten ein hartes Sparprogramm von rund 80 Millionen Euro in Aussicht. Der Aufschrei in Verbänden, Vereinen und sozialen Einrichtungen, die auf Freiwillige angewiesen sind, war entsprechend groß, denn es hätten wohl tausende Plätze zur Disposition gestanden. Was folgte, war eine Kehrtwende, die Kürzungen sind vom Tisch und die Erleichterung darüber war den Abgeordneten am späten Donnerstagabend anzumerken. Zur Debatte stand ein Gesetzentwurf (20/9874) der Bundesregierung, mit dem Teilzeitmöglichkeiten bei den Freiwilligendiensten erweitert werden sollen. Bisher sind junge Menschen unter 27 Jahren von der Leistung eines Freiwilligendienstes in Teilzeit ausgeschlossen, wenn sie kein berechtigtes persönliches Interesse daran nachweisen können. Das soll sich ändern.

Durch entsprechende Korrekturen des Jugendfreiwilligendienstgesetzes und des Bundesfreiwilligendienstgesetzes sollen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass Menschen unter 27 Jahren Freiwilligendienste auch ohne ein berechtigtes Interesse in Teilzeit absolvieren können. Voraussetzung soll jeweils sein, dass einerseits eine Reduzierung der täglichen oder der

wöchentlichen Dienstzeit vorliegt, wobei die Dienstzeit jedoch wöchentlich mehr als 20 Stunden beträgt. Als weitere Bedingung soll im Bundesfreiwilligendienst das Einverständnis der Einsatzstelle und der Freiwilligen beziehungsweise in einem Jugendfreiwilligendienst das Einverständnis der Einsatzstelle, des Trägers und der Freiwilligen bestehen. Ein Anspruch auf eine Reduzierung der täglichen oder wöchentlichen Dienstzeit soll durch die Neuregelung

# > STICHWORT

# Freiwilligendienste

- > **Bundesfreiwilligendienst** Im Januar 2023 gab es rund 36.500 Teilnehmer. Davon waren rund 8.300 bei privaten Trägern, der Rest bei öffentlich-rechtlichen Trägern oder Institutionen.
- > Freiwilliges Soziales Jahr Ende 2021, zum Zeitpunkt der letzten Erhebung, gab es hier rund 53.000 Teilnehmende.
- > Freiwilliges ökologisches Jahr Hier gab es Ende 2021 zirka 3.200 Teilnehmende.

nicht geschaffen werden. Außerdem soll die Obergrenze für ein angemessenes Taschengeld von 453 Euro auf 604 Euro angehoben werden und die Einsatzstellen sollen "Mobilitätszuschläge" zahlen dürfen, zusätzlich zu Taschengeld und Unterkunft und Verpflegung.

Wichtig für die Demokratie Sven Lehmann (Grüne), Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesfamilienministerium, ging auf die Diskussionen ums Geld noch einmal ein: "In den letzten Monaten ist viel um die Finanzierung gerungen worden, es geht dabei vor allem um Platzzahlen. Aber es geht auch darum, Freiwilligendienste insgesamt attraktiver zu machen und dazu trägt dieser Gesetzentwurf bei." Er setze Dinge um, die sich Freiwillige, Einsatzstellen und Träger ausdrücklich wünschten. "Jede Demokratie lebt von Menschen, die sich für andere engagieren", betonte Lehmann, denn dieses Engagement bringe Menschen zusammen, die sonst nicht zusammenkommen würden. Für die Koalitionsfraktionen fügte Ana-Maria Trasnea (SPD) hinzu, mit dem Teilzeitgesetz allein sei es aber nicht getan und forderte "mehr Mittel im System". Man müsse darüber diskutieren, ob die Freiwilligendienste in das System des Bafög aufgenommen werden können. "Denn die Teilzeit darf nicht dazu führen, dass man nebenbei noch jobben muss, um über die Runden zu kommen."

Die Oppositionsfraktionen hatten an den Vorschlägen zur Teilzeit wenig auszusetzen. Ihre Fraktion unterstütze diese, wenn sie dazu führen, dass komplizierte Zugangsberechtigungen abgebaut und mehr Engagement ermöglicht wird, sagte Ingrid Pahlmann (CDU). Jedoch werde sich die Betreuungs-Belastung für die Träger nicht eklatant zwischen Vollzeit- und Teilzeitstellen unterscheiden. "Wenn die Träger das leisten können, ist das Gesetz ein großer Schritt." Sie forderte ferner, die Finanzierung der Freiwilligendienste so abzusichern, dass die Träger sich das höhere Taschengeld auch leisten können.

Martin Reichardt (AfD) lobte, das Gesetz baue Bürokratie ab und mache das Ehrenamt flexibler. Seine anschließende Kritik an den Grundsätzen des Bundesfreiwilligendienstes war jedoch vernichtend. Die "linke Politik-Krake "Demokratie leben" unterwandere den Freiwilligendienst pädagogisch, sagte er bezogen auf den 25-tägigen Kurs der angehenden Freiwilligen in dafür vorgesehenen Bildungszentren. "Diese linkslastigen Angebote braucht es nicht. Der Staat sollte als Dienstleister der Freiwilligen auftreten und nicht als deren Umerzieher."

Anzeige



Deutscher Bundestag

# Ausschreibung Medienpreis Parlament 2024

Der Deutsche Bundestag lädt ein, sich um den Medienpreis Parlament 2024 des Deutschen Bundestages zu bewerben.

Der Preis ist mit 5.000 Euro dotiert. Ausgezeichnet werden herausragende publizistische Arbeiten, die zur Beschäftigung mit Fragen des Parlamentarismus anregen und zu einem vertieften Verständnis parlamentarischer Abläufe, Arbeitsweisen und Themen beitragen.

Bewerbungsschluss: 4. März 2024 Teilnahmebedingungen unter http://www.bundestag.de/medienpreis

Deutscher Bundestag Fachbereich WD 1 Medienpreis Parlament Platz der Republik 1 11011 Berlin

E-Mail: medienpreis@bundestag.de Telefon: +49 30 227-38629



8 **INNENPOLITIK** Das Parlament - Nr. 4-5 - 20. Januar 2024

it Entsetzen und Empörung haben Abgeordnete der Ampel-Fraktionen und der Opposition auf Berichte reagiert, wonach Rechtsextremisten und AfD-Politiker bei einem Treffen über die massenhafte Vertreibung von Menschen mit Migrationshintergrund aus Deutschland beraten haben. In einer von SPD, Grünen und FDP beantragten Aktuellen Stunde mit dem Thema "Wehrhafte Demokratie in einem vielfältigen Land - Klare Kante gegen Demokratiefeinde und Vertreibungspläne" wandten sich Abgeordnete am Donnerstag entschieden gegen Rechtsextremismus und sicherten Menschen mit Migrationshintergrund den umfassenden Schutz staatlicher Institutionen zu. Die AfD-Fraktion wies die Vorwürfe als völlig unbegründet zurück.

Beschönigende Tarnvokabel Anlass für die Aussprache war eine Zusammenkunft von Rechtsextremisten im November 2023 in einer Potsdamer Villa, an der nach Recherchen des Netzwerks "Correctiv" auch Politiker und Funktionäre der AfD sowie Mitglieder der sogenannten Werteunion teilgenommen haben. Dem Bericht zufolge soll der rechtsextreme österreichische Aktivist Martin Sellner dort einen "Masterplan zur Remigration" umrissen haben. Der Bericht löste bundesweite Großdemonstrationen aus, auf denen sich die Teilnehmer für Demokratie und gegen Rechtsextremismus und die AfD positionierten.

Der Begriff Remigration wurde inzwischen zum "Unwort des Jahres" 2023 erklärt. Das Wort werde als "beschönigende Tarnvokabel" von rechtsextremen Gruppierungen verwendet, um damit die Zwangsausweisung von Menschen mit Migrationsgeschichte zu fordern, hieß es.

Das konspirative Treffen in Potsdam bringt auch neuen Schwung in die Debatte über ein AfD-Verbotsverfahren. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) wollte ein solches Verfahren nicht ausschließen, dies sei aber das "letzte Mittel der Verfassung", sagte sie dem SWR. Auch andere Spitzenpolitiker äußerten sich eher skeptisch.

Die AfD in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen wird von Verfassungsschutzbehörden als "gesichert rechtsextrem" eingestuft. Im Bund gilt die Partei als Verdachtsfall. In Sachsen, Thüringen und Brandenburg werden im September neue Landtage gewählt. Die AfD liegt dort in Umfragen klar vorne.

Völkisches Weltbild In der hitzig geführten Bundestagsdebatte gingen Redner der Regierungsfraktionen die AfD scharf an. Lars Klingbeil (SPD) berichtete von irritierten und verängstigten Menschen, die nicht mehr wüssten, was hier geschehe. Die AfD wolle Millionen Bürger aus der Mitte der Gesellschaft vertreiben, weil sie nicht ihrem völkischen Weltbild entsprächen. "Allen diesen Menschen sagen wir: Wir passen auf Euch auf, Ihr seid ein Teil dieses Landes, und wir stehen an Eurer Seite."

Klingbeil hielt der AfD-Fraktionsvorsitzenden Alice Weidel vor, die bekannt gewordenen "Deportationspläne" herunterspielen zu wollen und fügte hinzu: "Sie sind ein Wolf im Schafspelz, aber ihre Fassade beginnt zu bröckeln." Er hob die wehrhafte Demokratie hervor: "Das Grundgesetz und die Menschen, die es tragen, sind stärker als die Feinde der Demokratie." Er würdigte die Demonstranten, die ein Zeichen setzten gegen Hass und Ausgrenzung und betonte: "Das ist die Mehrheit der Menschen in diesem Land."

Britta Haßelmann (Grüne) erinnerte an das Grauen der Nazizeit und die Terrorherrschaft mit Konzentrations- und Vernichtungslagern. Aus diesen schrecklichen Erfahrungen heraus sei das Grundgesetz

# Fragile Lage

**EXTREMISMUS** Die Regierungsfraktionen sichern Menschen mit ausländischen Wurzeln staatlichen Schutz gegen Angriffe von Rechtsextremisten zu



Das Geheimtreffen der Rechtsextremisten in Potsdam mit Planspielen für eine Vertreibung von Menschen mit Migrationshintergrund hat bundesweit Großdemonstrationen ausgelöst, darunter auch in Potsdam und Berlin. © picture-alliance/EPA/CLEMENSBILAN

entstanden. "Die Würde des Menschen ist unantastbar, das ist der Kern der demokratischen Werteordnung." Die "Gewaltfantasien" der AfD seien schon lange bekannt. Nun würden auch "die barbarischen Pläne einer massenhaften Deportation" für alle klar und offensichtlich. "Dazu kann kein Demokrat mehr schweigen." Abgeordnete der AfD säßen im Parlament und seien de-Demokraten. Die AfD-Politiker bezeichneten sich selbst als Patrioten, jedoch verachteten sie das demokratische, vielfältige Gesicht des Landes.

**Rechte Kampfbegriffe** Auch Konstantin Kuhle (FDP) sieht in den jüngsten Enthüllungen eine neue Qualität. Mit den Vertreibungsplänen würden neurechte Kampfbegriffe aufgegriffen, mit denen Rassismus und völkischer Nationalismus in der Breite der Gesellschaft hoffähig gemacht werden sollen. Mit Blick auf die künftig erleichterten Abschiebungen (siehe Seite 6) fügte Kuhle hinzu, damit solle ein Beitrag geleistet werden, um die überlasteten Kommunen zu entlasten. "Es ist unsere Verantwortung, dieses Problem der irregulären Migration endlich in den Griff zu kriegen."

Die Union schloss sich der Kritik an der AfD und den Warnungen vor Rechtsextremismus grundsätzlich an. Thorsten Frei (CDU) sagte, es gehe in der Debatte um die Wehrhaftigkeit der Demokratie.

Krude Umsturzfantasien Frei sprach mit Blick auf das Treffen in Potsdam von "schlimmen Umtrieben". Es sei richtig, jene zu brandmarken, die krude Umsturzund Ausweisungsphantasien hätten. Die Gefahr sei nicht zu unterschätzen, jedoch mokratisch gewählt, sie seien aber keine seien die staatlichen Institutionen stark genug, um Angriffe abzuwehren.

> Frei forderte aber auch, sich mit den Ursachen zu befassen. Es bestehe die reale Gefahr, dass bei den Wahlen in Ostdeutschland im Herbst "die Grenzen der Funktionsfähigkeit unseres Parlamentarismus" erreicht würden. Es helfe aber nicht, Wähler zu beschimpfen, zumal derzeit 80 Prozent der Bürger glaubten, dass die Bundesregierung keine gute Politik mache. Der Ansehensverlust der Politik führe am Ende zum Ansehensverlust der Institutionen.

> Bernd Baumann (AfD) wies die Anschuldigungen gegen seine Partei als haltlos zurück. Auch er machte die Bundesregierung für den verbreiteten Unmut der Bürger verantwortlich. Nie zuvor habe eine Regierung das Land so vor die Wand gefahren. "Die Industrie flieht aus dem Land hinaus, und Millionen kulturfremde Asylanten strömen ungehindert hinein." Mit Blick auf die guten Umfragewerte der AfD sagte Bau

mann: "So geht Demokratie. Die Wähler strafen Sie ab mit einer Urgewalt, die in der Geschichte der Bundesrepublik einmalig ist." Was die angeblichen Vertreibungspläne betreffe, gehe es aus Sicht der AfD lediglich um 300.000 endgültig abgelehnte Asylbewerber und Ausländer, die vorübergehend als Bürgerkriegsflüchtlinge Schutz genössen. In Syrien sei der Krieg vorbei, also müssten 600.000 Syrer zurück. "Das ist tan bestehende Digitalpakt Schule läuft zum die Remigration, die wir fordern." Das umstrittene Treffen in Potsdam wertete er als "kleinen, privaten Debattierclub", der zu einem "gemeingefährlichen Geheimtreffen aufgeblasen" werde.

**Neue Rechte** Ministerin Faeser versicherte. dass der Rechtsextremismus in allen seinen Ausprägungen und mit allen rechtsstaatlichen Mitteln bekämpft werde. Sie betonte: "Die größte Bedrohung für unsere demokratische Grundordnung ist der Rechtsextremismus." Rechtsextremisten wollten die demokratische Grundordnung überwinden, dagegen müssten alle Demokraten aufstehen und kämpfen. Es sei daher auch richtig, Rechtsextremisten unter Beobachtung zu stellen. Wer von Remigration fantasiere, knüpfe an die menschenverachtenden Rassengesetze der Nazis an. Die Ministerin versicherte: "Diese Demokratie weiß sich zu wehren." Claus Peter Kosfeld ■

# Streit über Höhe der Bedarfssätze

**BILDUNG** Bundesregierung legt BAföG-Bericht vor

Rund 38 Prozent der Studierenden in Deutschland sind nach Angaben des Statistischen Bundesamtes aus dem Jahr 2022 armutsgefährdet. Finanziell unterstützen soll junge Menschen in der Zeit ihres Studiums oder ihrer Ausbildung das BAföG. Um von staatlicher Seite zu kontrollieren, wie erfolgreich diese Leistung greift, legt die Bundesregierung alle zwei Jahre den BAföG-Bericht vor, mit dem unter anderem die Bedarfssätze und Freibeträge sowie Höchstbeträge überprüft werden. Dabei soll der Entwicklung der Einkommensverhältnisse und den Veränderungen der Lebenshaltungskosten Rechnung getragen werden. Der aktuelle 23. Bericht der Bundesregierung umfasst die Jahre 2021 bis 2022 und wurde Donnerstagnacht im Plenum diskutiert.

"Der Zugang zu Studium und Ausbildung darf keine Frage des elterlichen Geldbeutels sein", sagte Jens Brandenburg (FDP), parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung. Laut Brandenburg zeigt der aktuelle BAföG-Bericht beispielsweise, dass die Zahl der geförderten Studierenden in den vergangenen zwei Jahren anstiegen ist.

Götz Frömming (AfD) argumentierte daraufhin, dass nicht auf die Zahl der geförderten Studenten, sondern auf die Ouote der Geförderten geschaut werden müsse. Während diese im Jahr 2020 noch bei 18,5 Prozent gelegen habe, sei sie im Jahr 2022 auf 14,9 Prozent gerutscht

Lina Seitzl (SPD) betonte, dass der BAföG-Bericht positive Trends aufzeige. So seien die Einkommensfreibeträge erhöht und die Altersgrenze angehoben worden. Auch dass die BAföG-Anträge nun online gestellt werden könnten, sei ein Erfolg. Ähnlich argumentierte Ria Schröder (FDP). Da die Regierung die Freibeträge anhebe, erhielten nicht nur mehr junge Menschen BAföG, sondern die Teilgeförderten auch insgesamt mehr Geld. Gitta Connemann (CDU) bezeichnete die BAföG-Politik der Ampel-Regierung hingegen als "Zumutung" und betonte, dass die BAföG-Sätze für die Studierenden nicht ausreichten. Mit der Förderung könnten sich Studierende vielleicht ein Zimmer im Wohnheim leisten, doch auch davon stünden nicht ausreichend zur Verfügung.

Auch Laura Kraft (Bündnis 90/Die Grünen) kritisierte, dass sich die Situation der Studierenden im Land durch anhaltende Krisen nachhaltig verschärft habe. Dass Studierende ihr Studium abbrechen müssten, da sie es nicht länger finanzieren könnten, sei nicht akzeptabel. Sie plädiert dafür, die Bedarfssätze erneut anzuheben. Zudem monierte die Grünen-Politikerin, dass die wichtigen Tagesordnungspunkte aus dem Bereich Bildung häufig "nach hinten geschoben werden" und appellierte für mehr Präsenz der Bildungsthemen im Plenum. Carolin Hasse

#### **STICHWORT**

Die BAföG-Förderung

- Berechtigung Mit dem BAföG fördert der Staat die erste Ausbildung an Berufsschulen oder Hochschulen. Doch auch eine Förderung für Schülerinnen und Schüler ist möglich. Ob gefördert wird und in welcher Höhe hängt unter anderem vom Einkommen und Vermögen der Eltern ab.
- Bericht Der aktuelle BAföG-Bericht zeigt auf, dass im Jahr 2021 und 2022 rund 2,84 Millionen Anträge bewilligt und insgesamt mehr als 568 Millionen Euro ausgezahlt wurden.

# Zukunft des Digitalpakts Schule weiter ungeklärt

**BILDUNG** Union fordert Investitionen in digitale Infrastruktur

Der Bundestag hat Donnerstagnacht über die Ausgestaltung eines Digitalpakts 2.0 diskutiert. Hintergrund war eine Große Anfrage (20/8772) der CDU/CSU-Fraktion, in der sich die Ageordneten nach der Zukunft des Digitalpakts erkundigt hatten. Der momen-16. Mai 2024 aus.

Thomas Jarzombek (CDU) kritisierte im Plenum, es sei bis heute unklar, wie es mit dem Digitalpakt weitergehe. Er betonte, dass hinsichtlich der Digitalisierung von Schulen keine weiteren Mittel gekürzt werden dürften. Zudem seien Konzepte und eine Infrastruktur zur Digitalisierung der Schulen nö-

Carolin Wagner (SPD) betonte, dass es zukünftig eine "gezielte Unterstützung von Schulen nach sozialen Kriterien und unter Berücksichtigung der finanziellen Situation der jeweiligen Kommunen" geben müsse. Außerdem müssten die Kosten eines Digital-

pakts 2.0 jeweils zur Hälfe vom Bund und den Ländern übernommen werden. Nur das sei eine faire Regelung, betonte die Abgeordnete. Beim ersten Digitalpakt habe der Bund noch rund 90 Prozent der Kosten übernommen, sagte Wagner.

Götz Frömming (AfD) verwies in seiner Rede auf den UNESCO-Bericht zur Digitalisierung, der wenig belastbare Belege für den Mehrwert digitaler Medien in der Bildung liefere. Zudem könnten sich Medien sogar nachteilig auswirken, wenn sie unangemessen eingesetzt würden. Die weiteren Reden der Abgeordneten wurden zu Protokoll gegeben, das bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe noch nicht vorlag.

Mit dem Digitalpakt unterstützt der Bund die Länder mit rund 6,5 Millionen Euro bei Investitionen in die digitale Bildungsinfrastruktur. Seit 2019 profitierten rund 28.000 Schulen in ganz Deutschland von dem Digitalpakt.

# Strafrechtsverschärfung wird kritisch gesehen

**RECHT** Union will härter gegen Antisemiten vorgehen

Die von der Union geforderten Strafrechtsverschärfungen zur Bekämpfung des Antisemitismus sind in einer Anhörung im Rechtsausschuss am Montag überwiegend auf Kritik gestoßen. Zwar wurde die Intention des Entwurfes grundsätzlich von allen Sachverständigen begrüßt, Unterstützung für die konkreten Forderungen erhielt die Unionsfraktion aber nur von jenen Experten, die sie selbst benannt hatte.

In Reaktion auf den terroristischen Überfall der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 und antisemitische Vorfälle bei Demonstrationen in Deutschland hatte die Fraktion unter anderem vorgeschlagen, den Volksverhetzungsparagrafen zu verschärfen. Danach soll auch das Leugnen des Existenzrechts des Staates Israel und der Aufruf zur Beseitigung des Staates Israel konkret als volksverhetzende Straftat benannt werden.

Ein Teil der Sachverständigen äußerte daran verfassungsrechtliche Bedenken, da damit die Meinungsfreiheit eingeschränkt werde. Die Meinungsfreiheit dürfe nur aufgrund allgemeiner Gesetze beschränkt werden, führte beispielsweise die Rechtswissenschaftlerin Elisa Maria Hoven aus. Die vorgeschlagene Norm knüpfe aber an einen konkreten Meinungsinhalt an, kritisierte die von der SPD-Fraktion benannte Sachverständige. Hoven schlug eine grundlegende Überarbeitung des Volksverhetzungsparagrafen vor, um Strafbarkeitslücken zu schließen.

Eine andere Auffassung dazu vertrat Oberstaatsanwalt Andreas Franck von der Gene-

ralstaatsanwaltschaft München. Aus Sicht von Franck, der als zentraler Antisemitismusbeauftragter der Bayerischen Justiz fungiert, handelt es sich bei der vorgeschlagenen Norm nicht um Sonderrecht, das eine bestimmte Meinung unter Strafe stellen solle. Eine Verschärfung des Paragrafens wäre zudem eine Gelegenheit, die allenthalben betonte Staatsräson "in ein einfaches Gesetz zu gießen, um jüdisches Leben in Deutschland zu schützen", sagte der von der Unionsfraktion benannte Sachverstän-

Der ebenfalls von der Union benannte Rechtswissenschaftler Michael Kubicel (Universität Augsburg) führte aus, dass es nicht um das Verbot einer bestimmten Meinungsäußerung gehe, "sondern um den Schutz des öffentlichen Friedens in Deutschland". Um das allerdings bestehende verfassungsrechtliche Prozessrisiko zu vermeiden, schlug er eine Erweiterung der Verbotsnorm vor.

Vollzugsdefizit Aus Sicht von Rechtsanwältin Kati Lang geht der Gesetzentwurf allgemein fehl. Es bestehe ein "Vollzugs- und nicht ein Regelungsdefizit" bei der Bekämpfung antisemitischer Straftaten, sagte die von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen benannte Sachverständige. Das liege an der "Mut- und Willenlosigkeit der Justiz". Sie forderte zudem eine Stärkung von Beteiligungsrechten bei antisemitischen Straftaten, beispielsweise eine Nebenklagemöglichkeit bei volksverhetzender Beleidigung.

# Unionsanträge zur IP-Adressenspeicherung abgelehnt

**Die Union** 

sieht nach

dem Urteil des

Europäischen

Gerichtshofs

**Handlungs-**

bedarf.

SPEICHERPFLICHT CDU/CSU-Fraktion fordert, IP-Adressen zur Terrorabwehr und Strafverfolgung zu sichern

Die von der Unionsfraktion schon mehrfach geforderte Speicherung von IP-Adressen hat in der vergangenen Woche erneut keine Mehrheit im Bundestag gefunden. Ihre Anträge zum Thema Terrorismusbekämpfung und zum Schutz von Kindern vor sexuellem Missbrauch mithilfe von IP-Adressen wurden mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen abgelehnt. Die AfD enthielt sich beim ersten Antrag, beim zweiten stimmten die Abgeordneten mit den Ampelfraktionen. Mit Hilfe von IP-Adressen lassen sich Geräte im Internet identifizieren - und gegebenenfalls auch die Eigentümer des Anschlusses.

Den Antrag für ein Maßnahmenpaket zum Schutz der Bevölkerung vor potenziellen Terroristen (20/7351) begründete Alexander Throm (CDU) mit einer hohen Gefährdungslage durch islamistischen Terrorismus. Von Innenministerin Nancy Faeser (SPD) wünsche er sich, dass sie so engagiert wie gegen Rechtsextreme auch gegen islamistischen Terrorismus vorginge.

Union diskussionsbereit Throm verwies auf ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom September 2022, in dem die anlasslose Vorratsdatenspeicherung bei einer Bedrohungslage für zulässig erklärt werde. Über das notwendige zeitliche Minimum könne man diskutieren. Das von der FDP

und den Grünen angebotene Quick-Freeze-Verfahren, bei dem bei einem Anfangsverdacht Daten zu Nutzern für einen bestimmten Zeitraum gespeichert werden, nütze dabei nichts.

Für die SPD betonte Dorothee Martin, die Gefahr islamistischer Anschläge sei hoch,

aber der Sicherheitsapparat sei darauf eingestellt. Dies habe sich bei den vereitelten Anschlägen vor Weihnachten gezeigt. Wichtig sei aber, wenn man über Terrorismus rede, alle damit verbundenen Gefahren zu sehen. Die Bedrohung durch islamistischen Terror sei real, doch die größte akute Bedrohung in Deutschland gehe ganz klar vom Rechtsextremismus

Auch Lamya Kaddor (Grüne) fand die Vernachlässigung von rechtem Terrorismus in dem Antrag auffallend. Die terroristische Bedrohungslage habe sich seit dem Hamas-Angriff auf israelische Zivilisten verschärft, sagte sie, und Deutschland müsse effektiv vor Terrorgefahr geschützt werden. Mit der Ausweitung der Kompetenzen und Befugnisse von Polizei- und Sicherheitsbe-

hörden meine die Union dieser Gefahr be-

gegnen zu können. Dabei stehe hinter der Rechtmäßigkeit der vorgeschlagenen Maßnahmen ein großes Fragezeichen.

Alte Forderung Für Manuel Höferlin (FDP) hält der Antrag nicht, was der Titel verspricht. Er sei keine ernsthafte Grundlage für

> gemeinsame Anstrengungen zur Gefahrenabwehr. Die Forderung der Union stamme aus dem Jahr 2007, seitdem drehe sich die Politik bei der anlasslosen Vorratsdatenspeicherung im Kreis. Und angesichts vieler Urteile, zuletzt vom EuGH, sei klar, dass sie der falsche Weg sei.

Martin Hess (AfD) warf der Union vor, einen unglaubwürdigen und heuchlerischen Antrag vorgelegt zu haben, da die damalige unionsgeführte Bun-

desregierung für die illegale Massenmigration inklusive der Einreise potenzieller islamistischer Terroristen verantwortlich sei. In ihrem Antrag kritisiert die Unionsfraktion, dass die Hälfte aller Terroranschläge in den letzten Jahren nur durch Hinweise ausländischer Nachrichtendienste habe verhin-

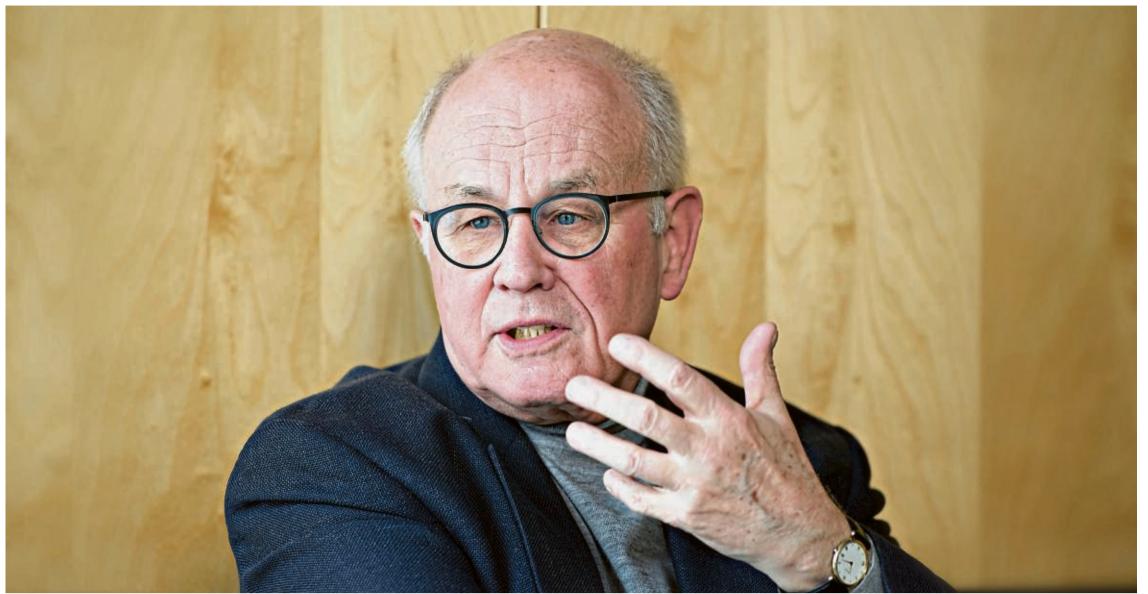
dert werden können, und fordert die Bundes-

regierung auf, einen Gesetzentwurf, der den vom EuGH eingeräumten gesetzgeberischen Spielraum zur Speicherung von IP-Adressen umsetzt, als auch einen Gesetzentwurf für ein "Anti-Terror-Gesetz" vorzulegen und die Präventionsarbeit zur Verhinderung von Radikalisierung zu verstärken.

In ihrem zweiten Antrag (20/3687) mit dem Titel "IP-Adressen rechtssicher speichern und Kinder vor sexuellem Missbrauch schützen" fordert die Unionsfraktion die anlasslose sechsmonatige Speicherung von IP-Adressen "zur Verfolgung der Straftaten des sexuellen Kindesmissbrauchs und der Kinderpornografie". Bei der Verfolgung von Kindesmissbrauch und Kinderpornografie im Internet sei die IP-Adresse häufig die einzige Spur zum Täter, heißt es darin.

Gegen Totalüberwachung In der Debatte warnten Redner und Rednerinnen erneut vor einer rechtswidrigen Totalüberwachung. Allerdings bedauerte Sebastian Fiedler (SPD), dass die Ampel noch keinen eigenen Gesetzentwurf diskutieren könne. Es gebe keine Alternativen zur IP-Adressenspeicherung, die den Strafverfolgungsbehörden helfen würden. Auch Quick-Freeze sei keine. Der Antrag überschreite allerdings den vom EuGH gesetzten zeitlichen Rahmen und sei allein deswegen abzulehnen. Michael Wojtek |

IM BLICKPUNKT Das Parlament - Nr. 4-5 - 20. Januar 2024



# **ZUR PERSON**

Volker Kauder (74) trat 1966 mit 17 Jahren in Baden-Württemberg in die Junge Union ein, bei der er Wolfgang Schäuble kennenlernte. Von 1991 bis 2005 war der promovierte Jurist Generalsekretär der Südwest-CDU, 2005 bekleidete er den Posten in der Gesamtpartei. Dem Bundestag gehörte er von 1990 bis 2021 als stets direkt gewählter Abgeordnete des Wahlkreises Rottweil-Tuttlingen an. Von 2002 bis 2005 war er Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion, danach bis 2018 ihr Vorsitzender und damit der am längsten amtierende Unions-Fraktionschef in deren Geschichte. 2018 folgte ihm nach einer Kampfabstimmung Ralph Brinkhaus (CDU) im Vorsitz.

Volker Kauder am Dienstag dieser Woche im Gespräch mit »Das Parlament« in Berlin.

»Wolfgang

Schäuble war

unabhängig

und er

konnte auch

unbequem

werden.«

# »Es wurde mucksmäuschenstill«

# VOLKER KAUDER Der langjährige Wegbegleiter Wolfgang Schäubles über eine Jahrzehnte währende Zusammenarbeit

Herr Kauder, gibt es Freundschaft in der Politik?

Es gibt in der Politik Freundschaft, wenn die Freundschaft schon vor der Politik bestanden hat, aber ich habe auch während meiner politischen Arbeit im Parlament gute Freunde gefunden.

War Wolfgang Schäuble ein Freund für Sie?

Wolfgang Schäuble war ein Freund, und wir hatten ja viele gemeinsame Jahrzehnte in der Politik.

Was beschreibt ihn in seinem Wirken am besten? Unabhängig, unparteiisch oder unbequem?

Alles drei. Er war unabhängig und konnte auch unbequem werden - vor allem im Gespräch mit Menschen, von denen er mein-

te, dass sie intellektuell nicht auf Augenhöhe mit ihm sind. Das hat er dann auch gezeigt. Er konnte aber auch unbequem sein, wenn es um bestimmte politische Projekte ging. Das habe ich in meiner Zeit als Fraktionsvorsitzender immer wieder erlebt, vor allem als er Finanzminister war. Sein "Nein" zu bestimmten Ausgabenwünschen war meistens nicht zu knacken.

Schäuble war die 1990er Jahre hindurch Vorsitzender der Unionsfraktion, Sie fast in der gesamten Ära Merkel. Hat diese Gemeinsamkeit Ihre Beziehung ver-

Nein. Sicher war es für mich gut, dass Wolfgang Schäuble die Erfahrung als Fraktionsvorsitzender auch hatte und wir beide wussten, dass es nicht immer einfach war, Chef der Bundestagsfraktion zu sein: die Truppe zusammenzuhalten, zur gleichen Zeit aber auch die Regierungsarbeit zu unterstützen. Deswegen konnten wir uns bei großen Herausforderungen schon aufeinander verlassen.

Sie sagten, dass Schäuble nicht zuletzt als Finanzminister unbequem sein konnte. Derweil hatten Sie der Kanzlerin



Schäuble und Kauder (r.) 2005 auf einem Landesparteitag in © picture-alliance/dpa/Norbert Förster

die Mehrheit zu sichern. Wie schwer war das, wenn Schäuble mal anderer Meinung als Merkel war – etwa als er in der Euro-Krise für ein zeitweiliges Ausscheiden Griechenlands aus dem Euro warb?

Da habe ich mit ihm mehrfach gesprochen, und da kam dann der typische Wolfgang Schäuble: "Ich habe meine Meinung, aber als Minister der Kanzlerin Angela

Merkel bin ich loyal". Da wusste man, dass er andeaber nur sehr verhalten zeigt. Dass er seine Meinung zeigt, war selbstverständlich für ihn. Aber er hat sich loyal verhalten, was ihm in dieser Frage sicher nicht leicht fiel.

Auf dem Trauerstaatsakt für Schäuble spricht auch der französische Staatspräsident. Was war

für Schäuble die deutsch-französische Freundschaft – und umgekehrt?

Dass der französische Staatspräsident kommt, ist schon eine außergewöhnliche Würdigung des politischen Lebens von Wolfgang Schäuble. Ich halte es aber auch für angemessen. Schon in frühester politischer Tätigkeit hat er sich für die deutschfranzösische Zusammenarbeit eingesetzt; das war ihm ein Herzensanliegen. Er hat immer gesagt, der Rhein dürfe uns nicht trennen, und sah in der deutsch-französischen Freundschaft den wahren Motor der europäischen Einigung. Das hat er seine ganze politische Arbeit hindurch verfolgt.

Bei einem Empfang zu Schäubles 70. Geburtstag, zu dem Sie als Fraktionschef eingeladen hatten, sagte Christine Lagarde, die heutige EZB-Präsidentin: "Europa hat eine Seele, aber Europa hat auch ein Herz - und das schlägt in Wolfgang Schäuble." Machen Sie sich Sorgen um Europa, nachdem dieses Herz nun aufgehört hat zu schlagen?

Die Europäische Union ist zur Zeit in keinem wirklich guten Zustand. So haben wir etwa zu lange Entscheidungswege in der EU. Diese Schwierigkeiten dürfen uns aber

nicht darüber hinwegtäuschen, dass Wolfgang Schäubles Satz "Europa ist un-Zukunft" stimmt. Ohne dieses Europa sähe alles viel schlimmer aus. Wir durften als erste Nachkriegsgeneration erfahren, dass Europa die wirkliche Friedensversicherung für uns war - schon allein das rechtfertigt es, sich für dieses Europa bedingungslos einzusetzen.

Was war Ihr erster Eindruck von Schäuble, als sie sich Anfang der 1970er Iahre kennenlernten?

Er war damals Bezirksvorsitzender der Jungen Union Südbaden, ich Kreisvorsitzender in Konstanz. Ich erinnere mich noch gut an die ersten Begegnungen, die beeindruckend waren durch seine brillanten Analysten, seine Reformvorschläge auch für die CDU und seinen Willen, Dinge, die er für richtig hielt, auch umzusetzen. Wir haben freundschaftlich, aber nicht immer spanrer Meinung ist als sie, dies nungsfrei zusammengearbeitet.

> Neun Tage nach der Deutschen Einheit wurde Wolfgang Schäuble Opfer des Attentats, das ihn für den Rest seines Lebens an den Rollstuhl fesselte. Welchen Eindruck machte er auf Sie, als Sie ihn danach erstmals wieder trafen?

> Wir waren als die Kandidaten aus Baden-Württemberg für die Bundestagswahl 1990 nach Offenburg eingeladen, als er dort zum ersten Mal nach dem Attentat wieder in die Öffentlichkeit kam. Ich stand auf der Bühne, als Wolfgang Schäuble im Rollstuhl zu uns kam. Da sind mir die Tränen ge-

kommen. Ich habe ihn bewundert - man litik so sein kann und man sie nicht plasah, dass er nicht gesund war, das hat mich sehr mitgenommen. Aber später spürte man, dass er dies überwunden hat. Er wollte auch nie auf die Situation im Rollstuhl angesprochen werden und ich kann mir vorstellen, dass die Leistungen, die er danach erbracht hat, für viele Menschen mit Behinderungen ermutigend sein könnten.

Im Februar 2000 trat er im Zuge der CDU-Spendenaffäre vom Partei- und Fraktionsvorsitz zurück. Wie haben Sie das erlebt, vor allem den Bruch zwischen dem Parteipatriarchen und Einheitskanzler Helmut Kohl und Schäuble?

Das war für mich und für viele alles sehr verstörend. Es machte mich auch sehr betroffen, weil ich gedacht hatte, dass Wolfgang Schäuble die organische Nachfolge von Helmut Kohl sein und uns in die neue Zeit führen könnte. Ich glaube, er hat unter dieser Situation mehr gelitten, als er es zeigte, und dass er - wie wir alle - das Gefühl hatte, dass es da nicht sehr gerecht zugegangen ist. Aber er hat gewusst, dass Ponen kann wie eine Beamtenkarriere.

Sein Wort hatte auch danach ganz

© DBT/Henning Schacht

unabhängig von seinen Ämtern großes Gewicht – oder täuscht der Eindruck? Der Eindruck täuscht nicht, das war so. Ich habe das ja in 13 Jahren als Fraktionsvorsitzender erlebt: Es wurde mucksmäuschenstill, wenn er sich in der Fraktion zu Wort meldete. Jeder wusste dann: Jetzt kommt etwas Besonderes.

Als Schäuble 2017 dienstältester Abgeordneter in einem gesamtdeutschen Parlament wurde und diese Zeitung dies vermelden wollte, verwies er darauf, dass SPD-Übervater August Bebel eine längere Parlamentszugehörigkeit aufweise, wenn man dessen Abgeordnetenzeit im Norddeutschen Bund von 1867 bis 1871 berücksichtigt. Diese Jahre wollte er nicht übergangen wissen, auch wegen Bebels damaligen Warnungen vor der Annexion Elsass-Lothringens und den Folgen für das Verhältnis zu Frankreich.

Was sagt das über den CDU-Politiker und was über den Menschen Wolfgang Schäuble?

Wolfgang Schäuble war trotz seiner Ämter in der Exekutive leidenschaftlicher Parlamentarier. Er hat mit dieser Aussage zu Bebel diese Leidenschaft für das Parlament besonders gezeigt, und er konnte auch Leistungen anerkennen, die aus anderen Fraktionen kamen. Zu einem leidenschaftlichen Parlamentarier gehört, sich zwar im Parlament diskutierend zu streiten, aber auch zu sehen, dass in Situationen, in denen das Land vor besonderen Herausforderungen steht, die Zusammenarbeit nötig ist. Es war ihm auch als Bundestagspräsident wichtig, dass die demokratischen Parteien in wesentlichen Fragen zusammenstehen, um sich so der Angriffe der rechten Seite erwehren zu können. Er wusste, dass das Parlament für die Zustimmung zur Demokratie eine entscheidende Aufgabe

> Das Gespräch führten Helmut Stoltenberg und Christian Zentner.

# Außergewöhnliche Würdigung für Wolfgang Schäuble

GEDENKEN IM BUNDESTAG Mit einem Staatsakt wird ein großer Demokrat und Staatsmann gewürdigt

Schon vor dem Trauerstaatsakt an diesem Montag hat der Bundestag des verstorbenen ehemaligen Bundestagspräsidenten Wolfgang Schäuble gedacht. Zu Beginn seiner Plenarsitzung am vergangenen Mittwoch würdigte Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) ihren Amtsvorgänger als "Ausnahmeparlamentarier", der immer wieder Weitsicht bewiesen habe und vorangegangen sei.

Seinen verwaisten Platz im Plenarsaal im Blick, den ein schwarzes Tuch verhüllte und auf dem ein Trauergesteck für den Verstorbenen platziert war, sprach sie die zahlreichen Verdienste Schäubles an. Neben seinem großen Beitrag bei der Gestaltung der Deutschen Einheit und der deutsch-französischen Freundschaft betonte die Präsidentin sein parlamentarisches Vermächtnis. Die Abgeordneten seien Vertreterinnen und Vertreter des ganzen Volkes, doch "niemand vertritt alleine das Volk", zitierte sie aus dessen Antrittsrede nach seiner Wahl zum Bundestagspräsidenten 2017. "Er widersetzte sich allen Versuchen, das Volk gegen die Volksvertretung auszuspielen. Er schützte die Würde unseres Hauses in einer Zeit zunehmender gesellschaftlicher - und parlamentarischer - Polarisierung", konstatierte Bas. Die Abgeordneten erhoben sich im Anschluss zu einer Schweigeminute und setzten die Plenarsitzung erst nach mehrminütiger Unterbrechung fort.

Zahlreiche Trauergäste An diesem Montag wird das Reichstagsgebäude dann Ort einer besonderen Ehrung, Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat zum Gedenken einen Trauerstaatsakt angeordnet, den der Deutsche Bundestag ausrich-



Wolfgang Schäuble (1942 - 2023)

tet. Mit dem 22. Januar, dem Jahrestag der Unterzeichnung des Élysée-Vertrags im Jahr 1963 als Grundstein für die Freundschaft zwischen Deutschland und Frankreich, ist der Termin des Staatsaktes eng verbunden mit dem Wirken Schäubles. Am Montag werden auf allen Bundesinstitutionen die Flaggen auf Halbmast wehen. Umrahmt wird der Staatsakt durch einen Gedenkgottesdienst im Berliner Dom, der um 13 Uhr angesetzt ist, und einen Trauerempfang im Anschluss an die

Gedenkveranstaltung, zu dem der Bundespräsident auf die Fraktionsebene im Reichstagsgebäude lädt. Der Staatsakt selbst wird im Plenarsaal um 15 Uhr beginnen und etwa eine Stunde dauern. Am Schluss wird die Nationalhymne erklin-

Erwartet werden unter strengen Sicherheitsvorkehrungen neben Schäubles Angehörigen zahlreiche Gäste aus dem Inund Ausland. Mit Christine Lagarde unter anderem die Präsidentin der Europäischen Zentralbank. Auf deutscher Seite werden neben dem Bundespräsidenten zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter der übrigen Verfassungsorgane teilneh-

»Freund Frankreichs« Nach der Begrüßungsansprache der Bundestagspräsidentin wird es beim Staatsakt mit Friedrich Merz als Vorsitzenden der Partei und Fraktion des Verstorbenen und mit Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron zwei Gedenkredner geben. Dass der amtierende französische Präsident mit dieser besonderen Geste die Lebensleistung von Wolfgang Schäuble würdigt, darf als außergewöhnlich bezeichnet werden und unterstreicht die Bedeutung Schäubles politischen Lebenswerks für die deutschfranzösische Freundschaft. Macron hatte den verstorbenen CDU-Politiker bereits kurz nach dem Tod als "Freund Frankreichs" gewürdigt, der "zur deutschen Wiedervereinigung, zum Aufbau des Euro und zur europäischen Einheit beigetragen" und die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich gestärkt ha-

Die persönlichste Würdigung erwarten Beobachter beim Staatsakt von CDU-Chef Merz, der als enger Freund Schäubles gilt. Bereits auf der Trauerfeier zur Beisetzung in Schäubles Heimatstadt Offenburg hielt Merz eine persönliche Rede. Schäuble habe "Generationen von Abgeordneten unserer Fraktion eine Prägung mitgegeben, auch mir ganz persönlich", so Merz: "Ohne ihn stünde ich heute nicht hier." Die Würdigung schloss er sehr persönlich: "Wolfgang, Du hast Großes geleistet und es ist gut geworden."

Auch die öffentlichen Beileidsbekundungen hoben die Größe des Lebenswerkes von Wolfgang Schäuble hervor. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier bezeichnete Schäuble als "Glücksfall für die deutsche Geschichte", der "Historisches für unser Land erreicht hat". Die frühere Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) betonte Schäubles Weitsicht und betrauerte den Verlust einer "überragenden Persönlichkeit". Beide verband seit 1991 ein gemeinsames politisches Wirken in unterschiedlichen Konstellationen. "Als junge Ministerin war Wolfgang Schäuble mir politischer Lehrmeister", schrieb Merkel. Als Bundesinnenminister und später Bundesfinanzminister sei Schäuble dann "einer der Anker meiner ersten drei Kabinette" gewesen.

Live im Parlamentsfernsehen Auch ihr Nachfolger, Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), würdigte die Verdienste des CDU-Politikers: "Mit ihm verliert Deutschland einen scharfen Denker, leidenschaftlichen Politiker und streitbaren Demokraten", schrieb Scholz. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) unterstrich, sein Tod sei "ein schwerer Verlust für Deutschland und Europa. Er dachte stets groß und weit voraus.".

Der Gedenkgottesdienst, der Staatsakt und der Trauerempfang sind nicht öffentlich zugänglich. Den Staatsakt selbst wird unter anderem das Parlamentsfernsehen übertragen, er kann live auf der Internetseite des Bundestages (www.bundestag.de) verfolgt Christian Zentner

und 56.000 von 337 Millionen Amerikanern haben am Montagabend im eisigen Winter Iowas Gegeschrieben - und Donald Trump den historisch eindrucksvollsten Blitzsieg eines republikanischen Präsidentschaftskandidaten zum Auftakt der Vorwahlen beschert. Der Ex-Präsident (2017 bis 2021) bekam mehr Stimmen als seine einzigen noch verbliebenen Konkurrenten Ron De-Santis (23.400 gleich 21 Prozent) und Nikki Haley (21.076 gleich 19 Prozent)

Trumps Überlegenheit war nach konstant guten Umfragewerten erwartet worden. Dass die Dominanz - er gewann 98 von 99 Landkreisen in dem mehrheitlich weißen und evangelikal geprägten Bundesstaat im Mittleren Westen - allerdings so erdrückend sein würde, dass man bereits "unvermeidlichen Kandidaten" spricht, überraschte selbst Insider.

Trump, der 2016 an gleicher Stelle noch gegen Senator Ted Cruz verloren hatte, zog auch dank einer schlagkräftigen Wahlkampf-Organisation Wählerschichten mit College-Abschluss in den Vor- und Universitätsstädten auf seine Seite. Sein Sieg mit 30 Prozentpunkten Vorsprung lässt den bisherigen Rekord-Sieger-Abstand von Bob Dole im Jahr 1988 verblassen; er lag damals "nur" 13 Prozentpunkte vor seinen Mittbewerbern. Schnee von gestern.

Super Tuesday Bleiben bei den kommenden Vorwahlen der Republikaner in New Hampshire am 23. Januar, Nevada am 6. und 8. Februar und South Carolina am 24. Februar deutliche Erfolge von Nikki Haley und Ron DeSantis aus, so der Tenor vieler Leitartikler, könne Donald Trump bereits vor dem "Super Tuesday" die Kandidatur für die Wahl am 5. November unter Dach und Fach bringen; auch wenn sich die Vorwahlen formal bis Juni hinziehen. Am 5. März verteilen 15 Bundesstaaten gleichzeitig den Löwenanteil der rund 2.500 Delegierten-Stimmen für den Nominierungsparteitag im Juli in Milwaukee. Ob Iowa ein Solitär war oder der Auftakt einer langen Reihe von Trump-Siegen, wird sich am kommenden Dienstag im weniger strukturkonservativen und eher säkularen Neuengland-Bundesstaat New Hampshire zeigen. Bei den dortigen "Primaries" können auch parteiunabhängige Bürger teilnehmen. Sie stellen in New Hampshire rund 40 Prozent der Wahlberechtigten. Nikki Haley, die ehemalige Gouverneurin von South Carolina, rangiert hier in Umfragen zwischen sieben bis 13 Prozentpunkte hinter Trump, der im Moment auf 43 Prozent kommt.

Haley hat den politischen Segen des beliebten republikanischen Gouverneurs und Trump-Hassers Chris Sununu. Er ist ley hatte selbst in den besser gebildeten liegt dort in Umfragen weit hinter Haley. nicht für den 77-Jährigen stimmen würeiner der wichtigsten Stichwortgeber innerhalb der republikanischen Partei, die überzeugt sind, mit Trump als Kandidat den Einzug ins Weiße Haus zu verlieren. Sollte der 51-Jährigen im derzeit verschneiten Nordosten des Landes ein Sieg gelingen, könnte sie Trumps Höhenflug vielleicht bremsen. "Der Rückenwind" eines Erfolges könnte sie bis in ihren Heimatbundesstaat an der Ostküste tragen, hoffen ihre Kampagnen-Strategen.

Enttäuschung Allein, rund um die idyllische Küstenstadt Charleston ist der Umfragen-Vorsprung Trumps ebenfalls erheblich. Und Haley, das zeigen Analysen des Wahlausgangs in Iowa, scheint für Wähler eine begrenzte Attraktivität zu haben und nur mäßigen Enthusiasmus auszulösen. Ihr dritter Platz dort, knapp hinter DeSantis, war gemessen an den durch ihre resoluten Auftritte in TV-Debatten gewachsenen Erwartungen eine Enttäuschung. Ha-

# Er ist wieder da

**US-VORWAHLEN** Nach Donald Trumps Turbo-Sieg in Iowa ist ihm die republikanische Präsidentschaftskandidatur nur noch schwer zu nehmen. Es sei denn, in New Hampshire bezwingt ihn eine Frau



Diese drei Republikaner kämpfen um den Einzug ins Weiße Haus (v. li. n. re.): Floridas Gouverneur Ron DeSantis, Ex-Präsident Donald Trump und Ex-UN-Botschafterin Nikki Haley. © picture-alliance/picture alliance/USA TODAY/Lilv Smith/EPA/IIM LO SCALZO/ZUMAPRESS com/Brian Cahn

Landkreisen rund um die Universitäts- Seine Strategie, Trump mit Law-and-Or- den, falls er bis dahin in einem der vielen zu ergänzen. städte Des Moines, Ames und Iowa City der-Politik, Abtreibungsverboten und kulgegen ihn laufenden Strafverfahren verurgegen Trump das Nachsehen. Dennoch attackiert Favorit Trump seine frühere UN-Botschafterin weiter scharf. Mit Haley würden die Steuern erhöht, kriegerische Auseinandersetzungen (Ukraine) gefördert und der geopolitische Gegner China hofiert, behauptet er in Werbeanzeigen. Haleys Hoffnungen liegen nun auf dem Großkapital. Jamie Dimon, der Chef der größten US-Bank JP Morgan, gehört zu ihren Unterstützern. Ebenso der Milliardär Charles Koch, der seine Kampftruppe "Americans for Prosperity (AFP)" in den Dienst der Frau mit indischen Wurzeln gestellt hat. Sie und andere könnten Haley jenes Schmiermittel – Spendengeld in zweistelliger Millionenhöhe - zur Verfügung stellen, das Ron DeSantis langsam

Für den 45-Jährigen verdüstert sich vor New Hampshire das Bild dramatisch. Er turkriegerischen Stichen gegen Demokraten und Liberale rechts überholen zu wollen, ist schon im kulturell-mental für ihn empfänglichen Iowa gescheitert. In moderateren Bundesstaaten dürfte der Gouverneur aus Florida ganz vor die Wand laufen. DeSantis, so urteilen selbst mit ihm sympathisierende Republikaner, könnte bereits nach New Hampshire gezwungen sein, aus dem Rennen um die Kandidatur auszusteigen.

**Strafverfahren** Trump-Gegner suchen unterdessen Trost in der Tatsache, dass bisher erst 20 von rund 2450 Delegierten-Stimmen bei Trump gelandet sind. Dass in Iowa rund die Hälfte der 100.000 zur Wahl gegangenen Republikaner klar gegen Trump gestimmt hat. Und dass Nachwahl-Befragungen ergeben haben, dass knapp 25 Prozent bei der Wahl am 5. November

teilt werden sollte.

Unterhalb einer möglichen Freiheitsstrafe, das hat Iowa gezeigt, genießt Trump bei seiner Kern-Anhängerschaft geradezu Narrenfreiheit. Über 60 Prozent seiner Wähler haben das gerichtlich dutzendfach widerlegte Trump-Lügenmärchen verinnerlicht, wonach ihm die Wahl 2020 "gestohlen" worden sei und Joe Biden somit kein legitimer Präsident sein könne. Fast 65 Prozent können sich sogar vorstellen, dass Trump, sollte er in den kommenden Monaten von einer Geschworenen-Jury eines Verbrechens für schuldig erklärt werden, nichtsdestotrotz im Weißen Haus seinen Pflichten als Präsident nachkommen kön-Dirk Hautkapp ■

Der Autor berichtet als Korrespondent der Funke Mediengruppe aus Washington.

# **Streit um Garantien**

»Putins

Revanchismus

wird genährt

von Hass,

**Eitelkeit und** 

Ulrich Lechte (FDP)

**UKRAINE** AfD scheitert mit »Friedensinitiative«

Die AfD-Fraktion ist mit der Forderung nach einer "Friedensinitiative mit Sicherheitsgarantien für die Ukraine und Russland" gescheitert. In namentlicher Abstimmung wendeten sich am Donnerstag 605 Abgeordnete gegen ihren Antrag (20/5551), 75 stimmten dafür, es gab zwei Enthaltungen. Die AfD hatte unter anderem vorgeschlagen, "die politische, militärische und finanzielle Unterstützung der Ukraine an die Verhandlungsbe-

reitschaft Kiews zu ernsthaften Friedensgesprächen zu knüpfen und auch gegenüber Russland Gesprächsbereitschaft einzufordern".

**»Erpressung«** Dafür gab es unisono heftigen Widerspruch aus den übrigen Fraktionen. Robin Wagener (Grüne) und Roderich Kiesewetter (CDU) sprachen von einer "Täter-Opfer-Umkehr". Die AfD wolle den russischen Angriffskrieg

durch eine Erpressung der Ukraine zur Verhandlungsbereitschaft beenden, so Wagner. Kiesewetter argumentierte, nicht Russland brauche Sicherheitsgarantien, wie die AfD fordere, nötig sei vielmehr die Garantie, dass Russland das Existenzrecht seiner Nachbarn anerkennt. Adis Ahmetovic (SPD) wandte sich gegen die Forderung nach einem Ende der Waffenlieferungen. Das könnte zwar womöglich den Krieg beenden. "Aber zulasten

Matthias Moosdorf (AfD) kritisierte, dass es immer nur um ein "Mehr" gehe. "Mehr Waffen, mehr Geld, mehr Sanktionen". Das Ergebnis: Hundertausende gefallene Ukrainer, Deutschlands Wirtschaft schrumpfe, während die russische wachse. Zudem hätten die USA und Großbritannien im März 2022 einen Waffenstillstand verhindert. Für die Ambitionen der Großmächte bezahlten die Menschen in der Ukraine mit ihrem Blut. Dem hielt Ulrich Lechte (FDP) entgegen, dass es Russlands Präsident sei, der keinen

Frieden wolle. Putin verfolge eine "Revanchismus-Strategie, die von Hass, Eitelkeit, Komplexen gegenüber der freien Welt genährt" werde. Den Antragstellern rief er zu: "Hören Sie auf mit ihren scheinheiligen Friedensanträgen, Sie machen sich wissentlich ge-

mein mit einem gesuchten

Kriegsverbrecher." Komplexen.« Ein weiterer Antrag der AfD-Fraktion zu einer "verhältnismäßigen Nothilfe für die Ukraine" (20/10061) wurde im Anschluss an die Debatte

> zur Beratung an die Ausschüsse überwiesen. Bereits am Vortag setzte die Unionsfraktion in der Debatte über den Wehrbericht die Unterstützung des von Russland überfallenen Landes auf die Tagesordnung: Ihr Entschließungsantrag zur Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern scheiterte in namentlicher Abstimmung (siehe auch Seite 7).Ein weiterer Unions-Antrag (20/10064) zur Unterstützung der Ukraine mit Munition stand am Freitag (nach Redaktionschluss) auf der Tagesordnung und sollte zur weiteren Beratung an die Ausschüsse überwiesen werden.

Alexander Heinrich

# **Gemischte Bilanz**

**EUROPA** Fraktionen würdigen Aachener Vertrag

»Deutschland

und Frankreich

arbeiten an

Lösungen, die

gut sind für

Europa.«

Anna Lührmann (Grüne), Europa-Staatsministerin

Eine noch engere Abstimmung in politischen und wirtschaftlichen Fragen, mehr militärische Zusammenarbeit sowie neue Institutionen und Programme, um die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich weiter zu vertiefen – darum geht es im Vertrag von Aachen. Die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU)

und Frankreichs Präsident Emmanuel Macron haben ihn am 22. Januar 2019 unterzeichnet, mit dem Ziel, Freundschaftsvertrag von 1963 zu erneuern und

Eine erste Bilanz nach fünf Jahren fiel am Donnerstag im Bundestag gemischt aus. Während die einen von großen Fortschritten sprachen, bewerteten andere die deutsch-französischen Beziehungen so schlecht wie lange nicht.

»Bürgerfonds ist Erfolg« Bundestagsvizepräsidentin Aydan Özoguz (SPD) hob besonders die Erfolge im kulturellen Bereich hervor. So sei der neue deutsch-französische Bürgerfonds, der zivilgesellschaftliche und kommunale Partnerschaften fördere, außerordentlich nachgefragt. "Seit April 2020 konnten mehr als 2.000 Projekte gefördert werden, das Budget wurde daher schon aufgestockt", berichtete Özoguz. Auch die ersten deutsch-französischen Kulturinstitute im Ausland seien entstanden.

"Mit dem Aachener-Vertrag haben beide Staaten ihre Beziehungen auf eine neue Stufe gehoben", urteilte die Europa-Staatsministerin im Auswärtigen Amt, Anna Lührmann (Grüne). So hätten die Vorschläge der deutsch-französischen Expertengruppe zu institutionellen Reformen der EU "große Wellen" geschlagen und ver-

deutlicht, dass beide Staaten an Lösungen arbeiteten, "die gut sind für Europa".

Armin Laschet (CDU) vermisste hingegen gemeinsame Positionen zum Ukraine-Krieg, zur Energiewende und zum Klimawandel. Von einer engen Abstimmung zwischen Deutschland und Frankreich in außenpolitischen Fragen könne keine Rede sein. Insbesondere

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) bescheinigte er ein "Desinteresse am

deutsch-französischen Zustand". Norbert Kleinwächter (AfD) nannte das Verhältnis beider Staaten "vergiftet und zerrüttet wie seit vielen Jahren nicht mehr". Weniger Menschen als zuvor würden die Partnersprache lernen, wichtige Projekte, etwa im Verteidigungsbereich, kämen nicht voran. Für die FDP räumte Michael Georg Link ein, dass noch viel zu tun sei. Er sprach aber von einem "über Jahrzehnte gewachsenen Vertrauen", das Einigungen

ermögliche, auch wenn es oft unterschied-

liche Standpunkte gebe.

# Ein Weg ins Ungewisse

UNTERSUCHUNGSAUSSCHUSS Zeugen berichten über die letzten Tage an der Botschaft Kabul vor der Evakuierung

"Es war ein Weg ins Ungewisse." Mit diesen Worten beschrieb am Donnerstag eine Zeugin im Afghanistan-Untersuchungsausschuss ihren Einsatz in Kabul. Die junge Referentin des Auswärtigen Amtes war erst im Juni 2021, sechs Wochen vor dem Einmarsch der Taliban in die afghanische Hauptstadt, nach Afghanistan gekommen, um dort in der deutschen Botschaft zu arbeiten. In diesen Wochen habe die Unsicherheit massiv zugenommen, berichtete sie den Abgeordneten. Diesen Eindruck bestätigte auch ihr Kollege, ein 38-jähriger Beamter und späteres Mitglied des Krisenunterstützungsteams (KUT). Sie hätten sich immer mehr Sorgen um die Lage vor Ort gemacht. Wenige Tage vor seiner Ausreise am 12. August seien mehrere Provinzhauptstädte gefallen. In Kabul sei die Frage aufgekommen, wie lange die afghanischen Sicherheitskräfte in der Lage sein würden, die Stadt zu verteidigen.

In dieser Zeit hätten sie die Lage regelmäßig an die Zentrale in Berlin übermittelt, betonten beide Beamte. Sie hätten begonnen, Listen von schutzbedürftigen afghanischen Menschenrechtlern, Journalisten oder Frauen in exponierter Stelle zusammenzustellen. In Gesprächen mit dem Referat in Berlin sei über verschiedene Optionen gesprochen worden, wie diese Menschen ausgeflogen werden könnten - unter anderem auch über

Charterflüge und der Erteilung von Visa bei Einreise nach Deutschland ("Visa-On-Arrival"). Doch es habe immer das Argument im Raum gestanden, die Maßnahmen könnten der afghanischen Bevölkerung ein falsches Signal geben und eine Massenflucht auslösen. Außerdem habe die Gefahr bestanden. dass dadurch die Widerstandskraft der afghanischen Sicherheitskräfte geschwächt worden wäre. Der Referent berichtete aber auch, dass die USA und Großbritannien ihre Ortskräfte bereits zu diesem Zeitpunkt in großen Zahlen ausgeflogen hatten - und die afghanische Seite dies nicht besonders kritisiert habe.

Den Aussagen beider Zeugen zufolge wurde auch die Schließung und Evakuierung der Deutschen Botschaft in Kabul immer mehr zu einer realen Option. Als der Sicherheitsbeauftragte der benachbarten britischen Botschaft seine deutschen Kollegen über die Evakuierung der eigenen Botschaft informiert habe, sei es ernst geworden. Denn der Checkpoint der Briten habe auch den Zugang zur deutschen Botschaft kontrolliert, erklärte die Zeugin.

Sie betonte, die Evakuierung sei planmäßig abgelaufen und sie habe sich immer sicher gefühlt. "Was wir in den letzten Tagen gemacht haben, haben wir im Rahmen einer Richtlinie gemacht", sagte sie. So hätten sie innerhalb von 48 Stunden sensible Unterlagen vernichtet. Am 15. August hätten sie gegen 13:30 Uhr die Botschaft verlassen und seien zu der nahegelegenen US-Botschaft gefahren. Die Amerikaner hätten sie dann mit Hubschraubern zum militärischen Teil des Kabuler Flughafens gebracht. Vier Entsandte seien dortgeblieben, um die Evakuierung anderer Menschen zu koordinieren. Wegen Schüssen im Flughafen habe sich der Abflug des Personals zwar etwas verzögert, aber schließlich seien sie um 23 Uhr mit einer



Evakuierung von Schutzsuchenden auf dem Flughafen in Kabul.

US-Maschine nach Doha ausgeflogen wor-

Ihr Kollege ist hingegen nach eigener Aussage am 20. August mit dem Krisenunterstützungsteam zurückgeflogen, um im Kabuler Flughafen die Evakuierung deutscher Staatsbürger und gefährdeter Afghanen zu unterstützen. Dort habe es keine geordnete Prüfung an den Gates gegeben. Deshalb habe das KUT ohne Listenabgleich, dafür aber mit Hilfe von Kriterien bei der Prüfung der Unterlagen gearbeitet. Wenn jemand auf einer Liste gestanden habe, sei die Entscheidung über eine Ausreise einfacher gewesen.

Die Amerikaner, die das Flugfeld kontrolliert hätten, hätten großen Wert daraufgelegt, dass die Flugzeuge nur ganz kurz auf dem Flugfeld stehen durften. Daher sei die erste Bundeswehrmaschine nur mit einer Handvoll Menschen am Bord abgeflogen. "Zu diesem Zeitpunkt waren ganz wenige Personen im Flughafen", sagte der Zeuge. Da man nicht vorher wissen könne, wann eine Evakuierung stattfinde, müsse die Bundeswehr geografisch in der Nähe sein, um nicht Stunden später einzutreffen, befand er.

Nach den beiden Zeugen hat der Ausschuss in einer nicht-öffentlichen Sitzung auch den damaligen Stellvertreter der BND-Residentin in der deutschen Botschaft in Kabul befragt.

# F-Gase vor dem Aus

**EU-PARLAMENT** Ausstoß soll bis 2050 auf Null sinken

Das Europaparlament hat in seiner Sitzung am Dienstag grünes Licht für die Eindämmung der besonders klimaschädlichen fluorierten Gase ("F-Gase") gegeben, die als Kältemittel unter anderem in Kühlschränken, Klimaanlagen und Wärmepumpen Verwendung finden. Ab 2050 sollen sie nicht mehr verbraucht werden, entschieden die Abgeordneten in Straßburg. Außerdem soll der Verkauf von Produkten verboten werden, die F-Gase enthalten.

Fluorierte Gase sind vom Menschen erzeugte Treibhausgase, die als Treibmittel auch in Schäumen und Dämmstoffen verwendet werden und als Feuerlöschmittel dienen. Ihre Treibhausgaswirkung ist laut Umweltbundesamt bis zu 23.500-mal höher als bei Kohlendioxid, weshalb ihre Reglementierung Teil des Kyoto-Protokolls von 1997 und seiner Nachfolgeregelungen

Reaktionen Mit der Entscheidung werde verhindert, dass gerade die für die Energiewende entscheidenden Wärmepumpen auf Dauer schädliche Chemikalien ausstoßen, erklärte der parlamentarische Berichterstatter für das neue Gesetz, Bas Eickhout (Grüne). Die EU schaffe zudem klare Bedingungen für Hersteller, die F-Gase in ihren Geräten künftig ersetzen müssen. Er betonte, europäische Unternehmen seien bereits Vorreiter in der Entwicklung sauberer Alternativen für F-Gase.

Der umweltpolitische Sprecher der EVP-Fraktion, Peter Liese (CDU), sagte, mit den neuen Regelungen würden "bis 2030 jetzt 40 Millionen Tonnen CO2-Äquivalent eingespart". Das entspreche den Emissionen von Irland, Schweden oder Portugal oder etwa 20 Millionen Autos.

Ausnahmen Neue Haushaltskühlschränke dürfen der Einigung zufolge bereits ab 2026 keine F-Gase mehr verwenden. Klimaanlagen und einige Wärmepumpen mit F-Gasen dürfen ab 2027 nicht mehr verkauft werden. Für Wärmepumpen sind jedoch Ausnahmen möglich, um die europäische Energiewende sicherzustellen.

Unterhändler des Europaparlaments und der EU-Länder hatten sich im Oktober 2023 auf diesen Schritt geeinigt. Darüber hinaus wurden auch neue Vorschriften für ozonabbauende Substanzen verabschiedet, die zum Beispiel in Isolierschäumen vorkommen. Sie sollen zum Beispiel besser recycelt werden. Die Mitgliedstaaten müssen dem Beschluss noch zustimmen, was aber als Formsache gilt.

### **KURZ REZENSIERT**





Deutsche Künstler in Churchills Lagern.

Simon Parkin:

Die Insel der außergewöhnlichen Gefangenen.

Aufbau, Berlin 2023; 576 S., 30,00 €

Was für eine irre Geschichte. So irre, dass vielleicht nur das wahre Leben sie schreiben konnte. Simon Parkins "Die Insel der außergewöhnlichen Gefangenen" wirft einen Blick auf eine unvertraute, eine andere Geschichte über den Zweiten Weltkrieg, in der die angeblichen Bösen die Opfer waren und die angeblichen Helden die Täter.

Worum geht es in dem akribisch recherchierten, spannend erzählten historischen Sachbuch? Um das Schicksal von rund 73.000 vor den Nazis geflüchteten Deutschen und Österreichern in Großbritannien. Als vor Kriegsbeginn das Gerücht sich verbreitete, unter den Flüchtlingen habe sich eine "Fünfte Kolonne" von Nazi-Sympathisanten gebildet, die in England Anschläge planten, war es der neu ins Amt gekommene Premierminister Winston Churchill persönlich, der anordnete, alle männlichen "feindlichen Ausländer" (enemy aliens) im Alter von 16 bis 60 Jahren zu internieren. Ohne Anklage, ohne Prozess wurden sie in Gefangenenlager eingesperrt, viele fühlten sich an Umstände erinnert, denen sie zu entfliehen gehofft hatten. So im Hutchinson Camp auf der Isle of Man, auf das sich Parkins' Buch fokussiert. Zwischen den Geflüchteten und Nazi-Sympathisanten wurde dabei kein Unterschied gemacht. Zu den Internierten gehörten Natur- und Geisteswissenschaftler, Schriftsteller, Journalisten, Regisseure und Schauspieler, Bildhauer und Künstler wie Kurt Schwitters. Schnell bekam Hutchinson den Namen "The Artist Camp". Es gab auch Privilegien. Eine Fußballmannschaft wurde aufgestellt, ein Chor gegründet, Schach-, Bridge- und Boxturniere wurden organisiert, es gab Konzerte und Lesungen. Schnell entstand, was Parkin, ein "Mikrokosmos der Zivilisation"nennt. Bis zum März 1941 kamen in England die meisten Internierten wieder frei. Sie blickten teils mit Zorn, teils mit Erleichterung – teils aber auch mit Nostalgie auf die Zeit in der "Universität hinter Stacheldraht" zurück.



Thomas Sparr:

»Ich will fortleben auch nach meinem Tod.« Die Biographie des Tagebuchs der Anne Frank. S. Fischer. Frankfurt/M. 2023;

Das Interesse am Tagebuch von Anne Frank ist nach wie vor ungebrochen. Noch immer bewegen die zwischen 1942 und 1944 entstandenen Aufzeichnungen des damals 13-jährigen jüdischen Mädchens Leser in aller Welt. Wie kein zweites Buch zeigt es, mit welchen Ängsten und Hoffnungen Anne Frank, die schließlich im Konzentrationslager Bergen-Belsen starb, die Verfolgung durch die Nationalsozialisten in ihrem Versteck in Amsterdam wahrgenommen und verarbeitet hat.

Der Autor und Lektor Thomas Sparr zeichnet in seiner "Biographie des Tagebuchs" ebenso spannend wie kenntnisreich nach, wie ihr Vater Otto Frank diese Erinnerungen für die Nachwelt bewahrt, bearbeitet und verbreitet hat. Sparrs besonderes Interesse gilt dabei nicht nur den verschiedenen Variationen der Bearbeitungen und Übersetzungen der Tagebücher, sondern vor allem der Rezeption, Deutung und den medialen Inszenierungen des Tagebuchs weltweit. Anhand der Reaktionen von Verlagen, Publikum, Künstlern und Intellektuellen zeigt er, welche Vorbehalte es in der Nachkriegszeit gegenüber der Veröffentlichung der Tagebücher gab, aber auch welche Botschaften bis heute damit vermittelt werden. Die "Faszination" und Bedeutung des Tagebuchs beruht denn auch nicht allein auf seiner kunstvollen, reflektierten und lebensnahen Form, sondern darin, dass es keiner Gattung zugeordnet werden und auf viele Arten gelesen und interpretiert werden kann. Sparr kann und möchte keine Antwort darauf geben, ob es sich um ein historisches Dokument oder ein literarisches Werk handelt. Er zeigt mit seiner Rekonstruktion des Lebens und Nachlebens des Tagebuchs, dass die Geschichte(n) von Anne Frank ein einzigartiges Zeug-

nis der Verfolgung der Vernichtung der

europäischen Juden sind. Vor allem aber,

dass es eine eindrückliche Mahnung für

die Zukunft und ein Plädoyer für die Hu-

manität darstellt. Jörg von Bilavsky ■



Lesen, streiten, Kaffee trinken: Das Café Griensteidl, hier verewigt von Reinhold Völkel, war Treffpunkt aufstrebender Wiener Schriftsteller.

# Wohnzimmer der Boheme

# KULTURGESCHICHTE Dirk Liesemer taucht in die Welt der Kaffeehäuser ein

Feder. Der 1874 geborene Schriftsteller, Journalist und Publizist schrieb gerne scharfe Kritiken, die als "Erledi-Das gefiel nicht jedem, wie Kraus auch körperlich zu spüren bekam. Kaum zwei Mona- Das Aufeinandertreffen von te, nachdem der 25-Jährige Anfang April Kraus und Friedmann ist ei-1899 seine Zeitschrift "Die Fackel" gegrün- ne der zahlreichen Anekdo-

det hatte, wurde er zusammengeschlagen. Der Täter war der Dramatiker Oskar Friedmann. Kraus hatte eines seiner Stücke als "drastischen Beleg für die Erbärmlichkeit" des Theaterbetriebes kritisiert. Er beließ es nicht bei der Stückkritik, sondern wurde persönlich: Friedmann werde "der einzige Wiener Schriftsteller bleiben, bei dem der Schwachsinn gerichtlich erhoben ist".

Drohbriefe und ein Überfall Der so Gescholtene stürmte tags darauf mit einigen Freunden das Café Imperial in der Wiener Innenstadt und prügelte den Kritiker blutig, wie er später dem Komponisten Arnold Schönberg auf der Straße zurief. Die Sache landete vor Gericht. Friedmann bekam wegen leichter Körperverletzung zehn Tage Arrest aufgebrummt, und Kraus vermerkte den "Überfall" neben 236 anonymen Schmähbriefen und 83 Drohbriefen im ersten "Re-

arl Kraus hatte eine spitze chenschaftsbericht" seiner Zeitschrift. Einschüchtern ließ sich der 1936 verstorbene Publizist dadurch nicht. Mehr als 20.000 Seiten in über 900 "Nummern" der Fackel veröffentlichte der Herausgeber bis zu seigungen" bekannt wurden. nem Lebensende, die meisten Texte schrieb er selbst.

ten, von denen Dirk Liesemer in seinem "Buch "Café Größenwahn" zu berichten weiß. Er taucht ein in die Zeit um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert, das Buch endet im Jahr 1915, und nimmt insbesondere in drei Kaffeehäusern Platz. Das "Café Griensteidl" in Wien, das "Café Stefanie" in München und das "Café des

Westens" in Berlin, eigentlich im damaligen Charlottenburg, verbindet, dass sie spöttisch bis anerkennenden jeweils als "Café Größenwahn" bezeichnet wurden. Das liegt an ihrer Klientel: aufstrebende Schriftsteller, Dramatiker, Künstler, überwiegend Männer, gelegentlich auch Frauen.

Wer damals etwas als Bohemien beziehungsweise Bohemienne auf sich hielt, der

ren Informationsbörsen, lagen doch etliche Zeitungen und Zeitschriften aus, hier knüpfte man Kontakte, stritt, diskutierte bis spät in die Nacht, stellte Werke vor, wärmte sich eventuell auch mal von einem Ober aushal-

»Wer erfahren wollte, wohin sich die Welt bewegt, musste ins Kaffeehaus.« Dirk Liesemer

> und Empfinden statt". Und nirgends "ging es tollkühner, inspirierender, bissiger und gnadenloser zu" als den drei Cafés Größenwahn, die im Fokus seines Buches stehen.

bensorte ihrer Zeit. "Wer an

der Wende zum zwanzigs-

ten Jahrhundert erfahren

wollte, wohin sich die Welt

bewegt, musste ins Kaffee-

haus", schreibt Liesemer

gleich zu Beginn. Mehr

noch: In den Kaffeehäusern

finden "permanente Revolu-

tionen im Denken, Fühlen

Illustre Stammgäste Das ist ob der Vielzahl an Kaffeehäusern allein in Wien sicherlich eine gewagte These, aber Liesemer kann mit einer erstaunlichen Stammgästeliste aufwarten, die in seinen

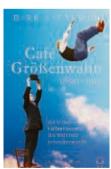
kam an Kaffeehäusern nicht vorbei. Es wa- Lokalitäten die Runde machte. Das "Café Griensteindl" etwa ist Treffpunkt der Gruppe Jung-Wien um Hermann Bahr. Zu der Gruppe gehören unter anderem die Autoren der Wiener Moderne wie Hugo von Hofauf, wenn das Zuhause zu kalt war, ließ sich mannsthal, Felix Salten und Arthur Schnitzler. Den Jungliteraten gelingt es, die österrei-

chische Literaturszene zu prägen. Kaffeehäuser waren die Im "Café Stefanie" in München konnte man Denk-, Diskurs- und Le- seinerzeit etwa auf Frank Wedekind treffen. nach 1915 mit den Kaffeehäusern passierte Auch ihm war eine spitze Feder in die Wiege gelegt, auch er hatte deswegen Probleme. 1896 veröffentlichte er unter dem Pseudonym "Hieronymus" das Spottgedicht "Im heiligen Land" im "Simplicissimus" über die Palästinareise von Kaiser Wilhelm II. Das Kaiserreich hatte allerdings noch keinen Sinn für Humor und so musste Wedekind einige Monate in der Festung Königstein einsitzen. Der Auflage der Zeitschrift schadete es hingegen überhaupt nicht, wie Liesemer feststellt.

> **Lebendig erzählt** Das Buch ist lebendig erzählt, man reist mit den Charakteren, man erlebt ihre Familiengeschichten. Immer wieder streut der Autor, sachte dossierte, politische Zusammenhänge ein: das Erstarken des Antisemitismus in Wien etwa, den politischen Größenwahn des deutschen Kaiserreiches und natürlich den aufziehenden Ersten

Weltkrieg. Ästhetische Diskussionen werden aufgegriffen, aber es menschelt auch. Das prekäre Leben manches Künstlers wird ausführlich beschrieben.

Diese Nähe führt indes dazu, dass der ganz große Blick auf das "System Kaffeehaus" etwas kurz kommt, ohne dass das als Vorwurf an den Autor begriffen werden sollte. Gern hätte man auch erfahren, was eigentlich und wo der geneigte Größenwahnsinnige denn heute Kaffee trinken und streiten würde. Sind es virtuelle Foren, wie Liesemer kurz im Vorwort andeutet, oder vielleicht WG-Küchen und Eckkneipen? Das sind Fragen, mit denen man sich nach der Lektüre des Buches bei einer Tasse Kaffee gut beschäftigen kann. Sören Christian Reimer



Dirk Liesemer:

Café Größenwahn 1890-1915. Als in den Kaffeehäusern die Welt neu erfunden wurde.

Hoffmann und Campe, Hamburg 2023; 384 S., 25,00 €

Anzeige

# Verteidigung der Schönheit

**KULTUR** Claire Dederer ergründet die Schwierigkeit, Künstler und Werk zu trennen

Sag, wie hältst Du es mit Gérard Depardieu? Nach Vorwürfen sexuellen Missbrauchs und Anzeigen wegen Vergewaltigung ist in Frankreich ein Kulturkampf entbrannt. Soll der Schauspieler und gewissermaßen auch Säulenheilige der Nation angesichts solch schwerer Vorwürfe von Bildschirmen und Leinwänden verbannt werden? Oder soll er gegen eine prüde "Wokeness", ein rigides "Canceln" verteidigt werden und mit ihm eine Errungenschaft der Republik, das Prinzip der Unschuldsvermutung?

**Flecken** Wer sich in dieser Frage und in vergleichbaren Fällen nicht immer in der Lage sieht, zu einem entschiedenen Urteil zu kommen, für den könnte Claire Dederers Buch "Genie oder Monster" eine lohnende Lektüre sein: Ob Ernest Hemingway, Pablo Picasso, Woody Allen, Miles Davis oder Roman Polanski - all diese Männer haben große Kunst geschaffen, die noch immer Menschen berührt. Sie alle aber sind mit Monströsem konfrontiert, nämlich mit Vorwürfen der Gewalt gegenüber Frauen beziehungsweise des sexuellen Missbrauchs, teils von Minderjährigen. Lassen sich Künstler und Werk, Biographie und das Geschaffene trennen? Das hält die US-Publizistin für eine Illusion. Das Schreckliche stört das großartige Werk, "befleckt" es, lässt es in einem anderen

Licht erscheinen. Verdrängen sei keine Option: "Niemand von uns will über Michael Jackson wissen, was wir wissen." Und auch der Versuch, die "Größe des Werks gegen die Schwere der Tat" aufrechnen, führt für Dede-

Ihr Buch ist ein tastender Essay, der die Rolle des Kritikers oder der Kritikerin, ihre Prägungen und Befangenheiten, stets mitbedenkt. Ein Kunstwerk zu genießen ist für Dederer schlicht "eine Begegnung zweier Biografien: Die Biografie des Künstlers, die den Werkgenuss stören kann, und der Biografie des Betrachters, die vielleicht beeinflusst, wie er die Kunst in sich aufnimmt".

Es würde zu kurz greifen, ihr Buch als Kommentar zur MeToo-Debatte zu lesen. Das ist es auch, inklusive Seitenblicke auf Simone

**GENIE ODER** MONSTER

**Claire Dederer:** 

Genie oder Monster. Von der Schwierigkeit, Künstler und Werk zu trennen.

München 2023; 320 S., 24,00 €

de Beauvoir und die Radikalfeministin (und Andy Warhol-Attentäterin) Valeria Solanas. Aber Dederer führt die Leser eben auch zu den Abgründen großer Künstlerinnen wie Doris Lessing oder Joni Mitchell, denen man vorwerfen kann, ihre Kinder für die Kunst im Stich gelassen zu haben - was männlichen Künstlerkollegen selten zum Vorwurf gemacht wird, wie die Autorin festhält. Hier wie dort schreckt Dederer vor kategorischen Verurteilungen zurück, plädiert für ein reflektierendes Aushalten von Ambivalenzen und Ambiguitäten. Ja, wir lieben zuweilen die Werke gefallener Genies und Monster: "Das ist vielleicht nicht ideal, vielleicht sogar deprimierend, aber das ist wahr".

Dederer gelingt es, zwei gegensätzliche Dinge in einen Zusammenhang zu stellen: Den emanzipatorischen Kern des MeToo-Aufschreis auf der einen, die Verteidigung der Kunst und ihrer Schönheit auf der anderen Seite. Die Schönheit der Kunst sei zerbrechlich, sie lasse sich auch nicht gegen Nutzen

oder Moral aufrechnen, so die Autorin. Denkmalstürze, so lässt sich ihr Plädover wohl auch zusammenfassen, haben nie die Eindeutigkeit, die die Bilderstürmer mit ihnen herausstellen wollen. Man muss vom Denkmal etwas stehen lassen, damit die Nachwelt begreift, weshalb es eines Sturzes Alexander Heinrich wert gewesen ist.

# Alles, was man über Europa wissen muss



#### Europa Das Lexikon

Von Dr. Hans Jörg Schrötter 4., überarbeitete und aktualisierte Auflage 2023, 481 S., brosch., 29,– € ISBN 978-3-7560-0810-0 E-Book 978-3-7489-1564-5

>> Mit einer 15seitigen Einführung in die Geschichte der europäischen Einigung anhand von 250 Stichworten und einem dichten Netz von Querverweisen verspricht das Lexikon leichte Orientierung. <<

Prof. Dr. Wolfgang Berg, München in Forum Politikunterricht, zur Vorauflage

**E** e Library nomos-elibrary.de

Portofreie Buch-Bestellungen unter nomos-shop.de



12 KEHRSEITE Das Parlament - Nr. 4-5 - 20. Januar 2024

#### **AUFGEKEHRT**

# Von den Bauern lernen

ich wütenden Landwirten entgegenzustellen, ist kein Spaß. Und wenn die Arbeitswoche so beginnt, nein, das muss wirklich nicht sein. Aber offenbar brauchte unser Bundesfinanzminister nach einem Wochenende auf der Jagd und/oder im Reitstall am Montag einen Adrenalin-Kick, um in eine Woche zu starten, in der es ja nicht nur um Bauernprotest ging. Immerhin sollte endlich auch der Bundeshaushalt für 2024 durch den Bundestag auf den Weg gebracht werden - und wurde es schließlich auch.

Warum sich mehrere tausend Landwirte aus ganz Deutschland zum Abschluss ihrer Protestwoche in Berlin versammelt hatten, wurde schnell klar: Sie wollten keine Begründung dafür hören, warum es nötig sei, die Subventionen für Agrardiesel abzuschaffen. Sie wollten einen kompletten Verzicht der Kürzungen. Doch den hatte Lindner dummerweise nicht dabei. "Hau ab, hau ab", schallte es ihm deshalb recht massiv entgegen. Gut, das ist auch kontraproduktiv. Und es ist auch nicht sehr nett.

Die Versuchung, ihm seinen Auftritt als Heldentat anzurechnen, währte indes nur kurz. Denn auch Lindner schrie etwas ins Mikrofon, das nicht sehr nett war und zu deutlich ein simpler Trick. Zu viele Menschen bekämen Geld "fürs Nichtstun" beklagte er und leitete direkt zum Bürgergeld über. Aber die Landwirte wollten gar nicht auf die Schwächsten draufhauen. Sie wollten auch nicht hören, dass der Minister "total fertig" ist, wenn er den Reitstall ausgemistet hat. Und dass er "zwischen Wiesen und Feldern" aufgewachsen ist. Wer bitte hat ihm das in sein Manuskript geschrieben? Doch wohl nicht "irgendwelche Städter"?! Bis zur nächsten Wahlschlappe für die Liberalen dauert es ja noch etwas, aber: "Von den Bauern lernen, heißt, mobilisieren lernen" könnte eine Idee für sie sein. Claudia Heine 🏽

### **VOR 10 JAHREN...**

# Neue Rolle für **Deutschland**

31.1.2014: Gauck schlägt neue Sicherheitspolitik vor. Bundespräsident Joachim Gauck eröffnete die 50. Münchener Sicherheitskonferenz am 31. Januar 2014 mit einem historischen Vorschlag. Es ging um nichts weniger als um einen Paradigmenwechsel der deutschen Außen- und Si-

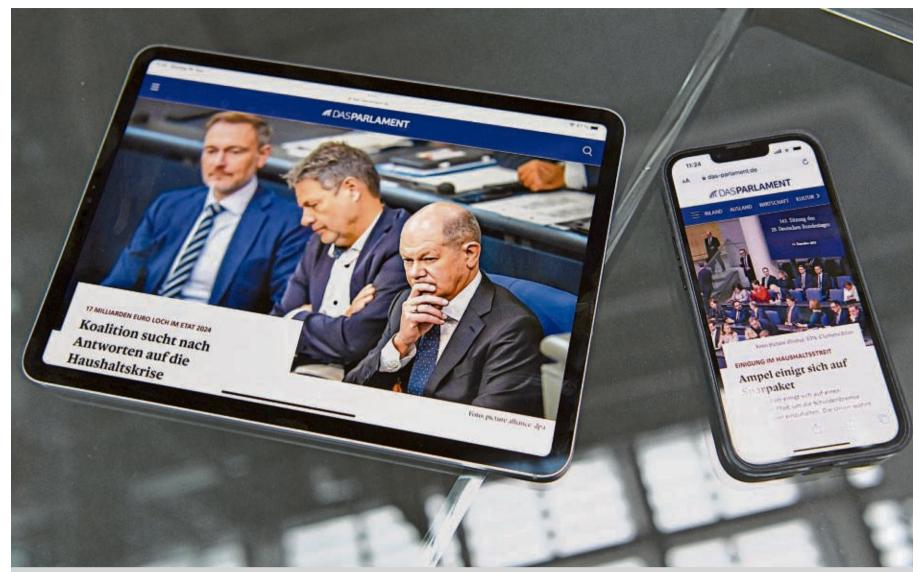


Joachim Gauck forderte einen "entschiedenen" Einsatz Deutschlands in der Welt.

cherheitspolitik. "Das ist ein gutes Deutschland, das beste, das wir jemals hatten", begann er. Daher dürfe, 70 Jahre nach dem Ende des Nazi-Regimes, aus der historischen Schuld nicht länger ein "Recht auf Wegsehen" abgeleitet werden, wenn es darum gehe, auf Menschenrechtsverletzungen oder Kriegsverbrechen zu reagieren. Gaucks Forderung: "Die Bundesrepublik sollte sich als guter Partner früher, entschiedener und substanzieller einbringen" - auch durch militärische Einsätze. Der Eindruck, Deutschland sei der "Drückeberger der Weltgemeinschaft", sei falsch, das Land müsse sich jedoch schneller zu einer tragenden Säule internationaler Sicherheit entwickeln.

Während das Plädoyer des Bundespräsidenten für eine stärkere Rolle Deutschlands in EU und Nato unter den Konferenzteilnehmern viel Beifall bekam, war die Stimmung im Land skeptisch. In einer Umfrage hatten 58 Prozent angegeben, Deutschland solle Konflikte lieber mit Diplomatie oder Geld lösen, anstatt mit der Bundeswehr. Wohl auch deshalb betonte Gauck, die Bundesrepublik werde "nie rein militärische Lösungen unterstützen", sondern "besonnen vorgehen" sowie "alle diplomatischen Lösungen ausschöpfen". Denn "mehr Verantwortung" bedeute nicht automatisch "mehr Kraftmeierei". Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) ging auf Gaucks Forderung ein. "Gleichgültigkeit ist für ein Land wie Deutschland keine Option", erklärte sie, "weder aus sicherheitspolitischer noch aus humanitärer Sicht." Benjamin Stahl 🛮

# IN EIGENER SACHE: RELAUNCH VON WWW.DAS-PARLAMENT.DE



Für mobile Endgeräte optimiert: Der neue Internetauftritt versorgt Sie mit Nachrichten und Hintergründen rund um das Bundestagsplenum und die Ausschüsse. © DBT/Stella von Salder

# Willkommen beim neuen "Parlament"

Wer in diesen Tagen auf unsere Homepage schaut, erlebt vermutlich eine Überraschung: Nach 15 Jahren Internetpräsenz mit einer leichten Staubschicht ist die Wochenzeitung "Das Parlament" mit einem modernen, nutzerfreundlichen Layout und leichter auffindbaren Inhalten in das Jahr 2024 gestartet. Der Bundestag feiert in diesem Jahr seinen 75. Geburtstag - ein guter Anlass also, die Staubschicht loszuwerden.

Aber nicht nur das: Das "neue Parlament" steht Ihnen ab sofort freitags am Ende einer Sitzungswoche zur Verfügung: Die wichtigsten Themen der Woche finden Sie nun bereits am Freitagabend online und im gewohnten E-Paper. Und auch zwischen den Sitzungswochen wollen wir Sie künftig mit einigen Artikeln zu Themen aus dem parlamentarischen Raum auf dem Laufenden hal-

Neben dem neuen Design und Logo haben wir hier und da die Farbgebung und die Schriften angepasst und Bildern mehr Platz eingeräumt. Damit Sie auch mit dem Smartphone oder Tablet besser navigieren können, haben wir die Navigation verändert.

Das Design ist das eine – aber auch inhaltlich gibt es einige Neuerungen: Die Startseite bietet Ihnen nun einen übersichtlichen Einstieg in die wichtigsten Themen der Sitzungswoche aus den Ressorts Innenpolitik, Außenpolitik, Wirtschaft, Kultur und Panorama. Große Themen können wir ab sofort in Schwerpunkten bündeln. Auf den Ressortseiten können Sie Artikel zudem nach Themen filtern, die Sie interessieren. Unsere in sitzungsfreien Zeiten erscheinenden Themenausgaben zu aktuellen Debatten in Politik, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft haben wir als digitale Dossiers aufbereitet.

In Artikeln empfehlen wir Ihnen weitere zum Thema passende Texte, Quellen und zusätzliche Informationen. Inhalte, die Sie spannend finden, können Sie jetzt ganz einfach teilen - in sozialen Netzwerken, per Messenger und

Die neue Seite ist für mobile Endgeräte und Bildschirmgrößen optimiert und auch als Progressive Web App (PWA) verfügbar: diese können Sie auf dem Startbildschirm von mobilen Geräten oder auf dem Computer installieren. Das

im Browser über "Installieren" als PWA hinzugefügt werden, auf iOS-Geräten ist die PWA über "zum Home-Bildschirm" zu installieren. Über das "Glocken"-Symbol am rechten unteren Rand können Sie auch Benachrichtigungen (Push-Notifications) aktivieren, um keine wichtige Nachricht zu verpassen.

Was sich nicht ändert, sind unsere Haltung und natürlich Sie, unsere Zielgruppe: Unsere Berichterstattung ist – Print wie Online – gekennzeichnet von parteipolitischer Neutralität, Ausgewogenheit und der Darstellung der Positionen aller im Bundestag vertretenen Fraktionen. Wie in der gedruckten Zeitung auch sind die wenigen Meinungsbeiträge stets als solche gekennzeichnet. Ob gedruckt oder im Netz: Unser Ziel ist, einen Beitrag zur politischen Bildung zu leisten und die Auseinandersetzung mit vertrauenswürdigen Informationen (Stichwort Medien- und Nachrichtenkompetenz) zu fördern.

Wir sind gespannt, wie Ihnen die Änderungen gefallen und freuen uns, wenn Sie uns nicht nur samstags aus dem Briefkasten nehmen, sondern wir Sie künftig regelmäßig auf un-Lisa Brüßler ■ funktioniert wie folgt: Auf Android-Geräten kann die Seite serer digitalen Präsenz begrüßen dürfen!

#### **PERSONALIA**

#### >Helmut Sauer † Bundestagsabgeordneter 1972-1994,

Am 10. Januar starb Helmut Sauer im Alter von 78 Jahren. Der Immobilienkaufmann aus Salzgitter trat 1965 der CDU bei, war von 1971 bis 1993 dortiger Kreisvorsitzender und gehörte von 1990 bis 2017 dem CDU-Bundesvorstand an. Sauer amtierte von 1989 bis 2017 als Bundesvorsitzender der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU. Von 1984 bis 1992 und von 2000 bis 2014 war er Vizepräsident des Bundes der Vertriebenen. Im Bundestag gehörte Sauer von 1976 bis 1990 dem Ausschuss für innerdeutsche Beziehungen an.

#### >Ursula Kugler †

Bundestagsabgeordnete 1990, SPD

Am 7. Dezember starb Ursula Kugler im Alter von 84 Jahren. Die Sonderschullehrerin aus Namborn/Kreis St. Wendel, SPD-Mitglied seit 1977, rückte im Juni 1990 für Margit Conrad in den Bundestag nach und gehörte dem Rechtsausschuss an.

#### >Frederick Schulze

# Bundestagsabgeordneter 1994-1998,

Frederick Schulze wird am 20. Januar 75 Jahre alt. Der Oberstleutnant aus Sangerhausen trat 1974 der CDU bei, engagierte sich in den jeweiligen Ortsverbänden seiner Standorte und war Vorstandsmitglied der Mittelstandsvereinigung in Sachsen-Anhalt. Schulze wirkte im Bundestag im Verteidigungsausschuss mit.

#### >Norbert Kertscher

**Bundestagsabgeordneter 1990, PDS** Am 21. Januar wird Norbert Kertscher 70 Jahre alt. Der Lehrer aus Hohenstein-Ernstthal schloss sich 1974 der SED an. Im Dezember 1989 wurde er in den SED/PDS-Parteivorstand gewählt. 1990 gehörte er der ersten frei gewählten Volkskammer an.

#### >Thomas de Maizière Bundestagsabgeordneter 2009-2021,

Am 21. Januar wird Thomas de Maizière 70 Jahre alt. Der Jurist aus Bonn trat 1971 der CDU bei, gehörte von 2003 bis 2018 dem sächsischen Landesvorstand, von 2012 bis 2018 dem Bundesvorstand sowie von 2016 bis 2018 dem CDU-Präsidium an. Von 1994 bis 1998 war er Leiter der Staatskanzlei in Mecklenburg-Vorpommern, von 1999 bis 2001 Staatsminister und Chef der sächsischen Staatskanzlei und von 2001 bis 2005 sächsischer Staatsminister. Als Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramts amtierte er von 2005 bis 2009, danach bis 2011 als Bundesinnenminister, weiterhin von 2011 bis 2013 als Verteidigungsminister sowie von 2013 bis 2018 abermals als Innenminister.

# >Bernd Heynemann

Bundestagsabgeordneter 2002-2009,

Am 22. Januar wird Bernd Heynemann 70 Jahre alt. Der Diplom-Betriebswirt aus Magdeburg trat 1997 der CDU bei, wurde zwei Jahre später Mitglied des Bundessportausschusses seiner Partei und war von 2004 bis 2008 Mitglied des CDU-Landesvorstands von Sachsen-Anhalt. 2015/16 saß er im dortigen Landtag. Seit 1999 ist er Stadtrat in Magdeburg. Im Bundestag wirkte Hevnemann im Sportausschuss mit. Von 2005 bis 2009 gehörte er dem Europarat an. National und international wurde Heynemann als Fußball-Schiedsrichter bekannt, unter anderem bei der Europameisterschaft 1996 in England und bei der Weltmeisterschaft 1998 in Frankreich.

# >Valerie Wilms

Bundestagsabgeordnete 2009-2017, Bündnis 90/Die Grünen

Am 22. Januar wird Valerie Wilms 70 Jahre alt. Die Maschinenbauingenieurin aus Wedel trat 2005 den "Grünen" bei, war 2007/ 08 Sprecherin des Kreisvorstands Pinneberg und gehörte von 2008 bis 2010 dem Stadtrat in Wedel an. Im Bundestag engagierte sich Wilms im Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung sowie im Verkehrsausschuss. Wilms ist nach wie vor kommunalpolitisch aktiv.

#### >Tom Koenigs Bundestagsabgeordneter 2009-2017, Bündnis 90/Die Grünen

Tom Koenigs wird am 25. Januar 80 Jahre alt. Der Betriebswirt aus Frankfurt am Main war von 1989 bis 1999 dortiger Umweltdezernent sowie von 1993 bis 1997 gleichzeitig Kämmerer. Von 1999 bis 2002 amtierte er als stellvertretender UN-Sondergesandter im Kosovo. Koenigs engagierte sich im Bundestag im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, war von 2009 bis 2013 dessen Vorsitzender und danach menschenrechtspolitischer Sprecher seiner Frak-

# >Jürgen Kleditzsch

Bundestagsabgeordneter 1990, CDU Am 26. Januar vollendet Jürgen Kleditzsch sein 80. Lebensjahr. Der Mediziner aus Dresden schloss sich 1977 der CDU in der DDR an und war 1990 Mitglied der ersten frei gewählten Volkskammer der DDR sowie Minister für Gesundheitswesen. 2004 verließ er die CDU.

# **LESERPOST**

Zur Ausgabe 1-3 vom 30.12.2023, "Ein Modell unter Druck" auf Seite 1: Schon die Überschrift über den Artikel for-

dert zum Widerspruch heraus. Das System ist nach meiner Auffassung nicht nur unter Druck, es ist letztlich gescheitert. Natürlich haben wir alle unter der herrschenden Wirtschaftsform Verbesserungen erfahren, die einen mehr, die anderen weniger. Aber liegen aus heutiger Sicht überhaupt noch Verbesserungen vor? Wenn wir den Preis für den Fortschritt bedenken, der bis heute von niemandem auch nur annähernd bezahlt wurde, liegt gar kein Erfolg vor, sondern eine Niederlage auf der ganzen Linie. Es wurde versäumt, den "Erfolg" unter Einpreisung der Umweltschäden zu bestimmen. Es wurde versäumt, den Preis so zu bestimmen, wie die schwindenden Ressourcen es vorausgesetzt hätten, nämlich

unter Beachtung der Verknappung. Jetzt stehen wir an einem Punkt, an dem wir immer noch von Wachstum reden, aber die Berge an Umweltschäden nicht länger zu leugnen sind. Meere voller Plastikabfälle, verdichtete Wohngebiete in den Städten, marode Infrastrukturen, klimatische Veränderungen die in die Milliarden gehen. Es kann kein weiteres Wachstum geben, ohne dass die Versäumnisse der Vergangenheit aufgearbeitet werden und das unter einem enormen Zeitdruck. Es muss und wird künftig ohne ein nennenswertes Wachstum gehen müssen und das vor dem Hintergrund einer weiter steigenden Bevölkerung. Auch darauf hat der Club of Rome erst jüngst wieder hingewiesen. Nicht nur die Ressourcen sind bedrohlich knapp, es werden auch viel mehr Menschen sein, auf die sie verteilt werden müs-

sen. Ein Wirtschaftssystem aber, das diese Folgeerscheinungen seit Jahrzehnten nicht bedacht hat, taugt schwerlich für die Zukunft.

Friedrich-Wilhelm Heumann,

# **LIVE UND ZUM NACHSEHEN**

Topthemen vom 30.01. – 02.02.2024

Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus (Mi), Haushaltssitzungen (Di - Fr)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr www.bundestag.de/mediathek: Alle Debatten zum Nachsehen und Nachlesen.



# **SEITENBLICKE**



# **PERSONALIA**

# -Wieland Sorge

Bundestagsabgeordneter 1990-2002,

Am 27. Januar begeht Wieland Sorge seinen 85. Geburtstag. Der Lehrer aus Meiningen trat Anfang 1990 der Sozialdemokratischen Partei in der DDR bei und gehörte dem thüringischen Landesvorstand an. Sorge, 1990 Mitglied der ersten frei gewählten Volkskammer, arbeitete im Sport- sowie im Verkehrsausschuss mit.

#### >Joachim Schmiele Bundestagsabgeordneter 1990, DSU/

Gast der CDU/CSU-Fraktion Am 27. Januar wird Joachim Schmiele 75 Jahre alt. Der Ingenieur aus Berlin trat Anfang 1990

der Deutschen Sozialen Union (DSU) in der DDR bei und gehörte der ersten frei gewählten Volkskammer der DDR an.

#### Stephan Reimers Bundestagsabgeordneter 1976-1980,

Am 30. Januar wird Stephan Reimers 80 Jahre

alt. Der evangelische Theologe aus Hamburg wurde 1974 dort stellv. CDU-Landesvorsitzender. Von 1970 bis 1978 war er Mitglied der Hamburger Bürgerschaft. Reimers gehörte dem Petitions- sowie dem Familienausschuss an. 1993 trat er aus der CDU aus.

#### Lilo Friedrich Bundestagsabgeordnete 1998-2005,

Am 2. Februar begeht Lilo Friedrich ihren 75. Geburtstag. Die Hausfrau aus Monheim/ Kreis Mettmann schloss sich 1984 der SPD an. Von 1984 bis 1999 war sie Mitglied des Kreistags Mettmann. Friedrich wirkte im Bundestag im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe sowie im Innenausschuss mit. 2009 erließ sie die SPD.

#### >Roman Johannes Reusch Bundestagsabgeordneter 2017-2021,

Am 3. Februar wird Roman Johannes Reusch 70 Jahre alt. Der Oberstaatsanwalt aus Berlin trat 2013 der AfD bei, gehörte von 2015 bis 2023 dem brandenburgischen Landesvorstand an und ist seit 2022 Beisitzer im AfD-Bundesvorstand. Reusch betätigte sich im Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz . Von 2018 bis 2021 gehörte er dem Parlamentarischen Kontrollgremium an.



# Wehr-Pflicht

Was wird gerade dazu besprochen?





In den letzten Wochen wird wieder häufiger über die Bundes-Wehr gesprochen.

Vor allem über das Thema: Wehr-Pflicht.

Im folgenden Text gibt es mehr Infos dazu.

Folgende Fragen werden zum Beispiel beantwortet:

- Was ist die Bundes-Wehr?
- Was ist eine Wehr-Pflicht?
- Welche Meinungen gibt es zur Wehr-Pflicht?



### Was ist die Bundes-Wehr?

Die Bundes-Wehr ist die Armee von Deutschland.

Also alle deutschen Soldaten.

Es gibt sie seit dem Jahr 1955.

### **Die Wehr-Pflicht**

Im Jahr 1956 hat man eine Wehr-Pflicht eingeführt.

#### Das bedeutet:

Deutsche Männer ab 18 Jahren mussten für eine bestimmte Zeit in der Bundes-Wehr dienen.

Sie hatten also die Pflicht, das zu tun. Daher der Name: Wehr-Pflicht.

Von der Wehr-Pflicht gab es auch Ausnahmen.

#### Zum Beispiel:

- Ab einem bestimmten Alter war man von der Wehr-Pflicht befreit.
- Oder wenn man zu krank war.
- Auch für verheiratete Männer galt die Wehr-Pflicht nicht.

Man konnte sich auch weigern, zur Bundes-Wehr zu gehen.

Dafür brauchte man einen guten Grund.

Und man musste dann einen anderen Dienst machen.

Besonders häufig war das ein Dienst mit den Namen: Zivil-Dienst.

Den konnte man zum Beispiel an folgenden Orten erledigen:





- im Kranken-Haus
- in einer Einrichtung für Menschen mit Behinderung
- in einer Einrichtung für alte Menschen

### Pause für die Wehr-Pflicht



Im Jahr 2011 hat der Bundestag eine Pause für die Wehr-Pflicht beschlossen.

Das heißt:

Es gibt die Wehr-Pflicht noch immer. Sie steht in einem Gesetz.

Aber: Seit dem Jahr 2011 wird sie nicht mehr genutzt.

Es muss niemand mehr einen Pflicht-Dienst in der Bundes-Wehr machen.

# Warum gibt es die Pause?

Für die Pause bei der Wehr-Pflicht gab es verschiedene Gründe.

Besonders wichtig war folgender:

Für viele Jahre hatte die Bundes-Wehr vor allem folgende Aufgaben:

 Sie sollte die Bundes-Republik Deutschland verteidigen.

Und zwar, falls das Land von anderen Ländern angegriffen wird.

Sie sollte andere Länder verteidigen.

Zum Beispiel Länder, die Partner von Deutschland sind.

Die Bundes-Wehr ist also vor allem eine Verteidigungs-Armee.

In den letzten Jahr-Zehnten sind aber noch neue Aufgaben für die Bundes-Wehr dazugekommen.

Inzwischen erledigt sie zum Beispiel auch Aufgaben in anderen Ländern.

Und dabei kann es auch zum Einsatz von Waffen kommen. Darum hat man schon vor einigen Jahren beschlossen: Die Bundes-Wehr muss sich verändern.

Es soll weniger Soldaten geben.

Und die Soldaten sollen eine andere Ausbildung bekommen.

Sie sollen besser auf ihre neuen Aufgaben vorbereitet sein.

Dafür waren Wehr-Pflichtige nicht mehr nötig.



Mit jedem Jahr wurden weniger zur Bundes-Wehr geholt.

Darum hat der Bundestag im Jahr 2011 beschlossen:

Die Wehr-Pflicht macht eine Pause.

Seitdem ist die Bundes-Wehr eine Berufs-Armee.

Die Soldaten haben sich also für diesen Beruf entschieden.

Und sie arbeiten meist längere Zeit für die Bundes-Wehr.

### Zu wenige Soldaten

Immer wieder wird in Deutschland über die Frage gesprochen: Soll man die Pause für die Wehr-Pflicht beenden?

Auch im Moment wird wieder darüber diskutiert.





Der Grund dafür ist vor allem: Die Bundes-Wehr hat zu wenige Mitarbeiter.

Im Moment gibt es dort ungefähr 180-Tausend Soldaten.

Bis zum Jahr 2031 sollen es aber etwas mehr als 200-Tausend sein.

Es bewerben sich aber nicht genug Menschen bei der Bundes-Wehr.

Für die Bundes-Wehr ist das ein großes Problem.

Denn gerade im Moment werden Soldaten gebraucht.

Zum einen wegen der vielen neuen Aufgaben.







Zum anderen gibt es nun wieder einen Krieg mitten in Europa.

Und zwar, seit Russland die Ukraine angegriffen hat.

Viele Menschen finden es deswegen wichtig, die Bundes-Wehr zu stärken.

Damit sie ihren wichtigsten Auftrag erfüllen kann:

Nämlich Deutschland und seine Partner im Fall eines Kriegs zu beschützen.

Deswegen überlegen viele Leute, woher man mehr Personal für die Bundes-Wehr bekommen kann.



#### Rückkehr zur Wehr-Pflicht

Eine Überlegung ist dabei: Man könnte die Pause der Wehr-Pflicht beenden.

Im Moment wird über diese Idee vor allem wegen eines Manns mit Namen Boris Pistorius gesprochen.

Er ist der Verteidigungs-Minister von Deutschland.

Ein Verteidigungs-Minister ist ein hoher Politiker der Bundes-Regierung.

Er ist für alles zuständig, was mit Verteidigung, Krieg und der Bundes-Wehr zu tun hat.

Im Dezember hat Boris Pistorius ein Interview gegeben.

Dort hat er gesagt, wie er mehr Personal für die Bundes-Wehr bekommen möchte.

Dabei hat er unter anderem gesagt: Seine Mitarbeiter überlegen gerade, ob man die Wehr-Pflicht in irgendeiner Form wieder einführen kann.



Eine Idee ist dabei, dass man es so wie in Schweden machen könnte.

Dort wurde im Jahr 2010 auch eine Pause für die Wehr-Pflicht beschlossen.

Seit 2018 gibt es sie aber wieder.



Dort werden alle jungen Menschen geprüft, ob sie für den Dienst als Soldat geeignet sind.

Und dann muss ein ausgewählter Teil der jungen Menschen einen Pflicht-Dienst in der Armee leisten.

# Verschiedene Überlegungen

Auf die Vorschläge von Boris Pistorius haben viele Leute reagiert.

Sie haben ihre eigenen Überlegungen zur Wehr-Pflicht gesagt.

Hier einige Beispiele:



#### **Bundes-Wehr nicht bereit**

Eine Meinung lautet: Die Bundes-Wehr wäre für eine Wehr-Pflicht gar nicht bereit.

Denn dann kämen ja sehr viele junge Menschen zur Bundes-Wehr.

Dafür bräuchte man Ausrüstung, Gebäude und Ausbilder.

Und die gibt es im Moment nicht.





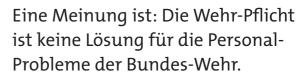
Eine Meinung ist auch: Die Bundes-Wehr ist ja jetzt eine Berufs-Armee.

Und sie hat vor allem Aufgaben, für die man Fach-Leute braucht.

Wer durch die Wehr-Pflicht zur Bundes-Wehr kommt, ist keine Fach-Person.

Die Bundes-Wehr braucht solche Leute also nicht.

#### Besserer Arbeit-Geber





Stattdessen muss man die Bundes-Wehr zu einem besseren Arbeit-Geber machen.

Dann bewerben sich auch mehr junge Menschen bei der Bundes-Wehr.





Auch Boris Pistorius hat in seinem Interview gesagt:

In seinem Büro gibt es eine Arbeits-Gruppe.

Sie schaut, wie man die Mitarbeiter-Werbung verbessern kann.

Schon in diesem Jahr sollen die ersten Vorschläge der Arbeits-Gruppe umgesetzt werden.

#### Pflicht-Dienst für alle



Von verschiedenen Gruppen gibt es auch die Idee, einen Pflicht-Dienst für alle einzuführen.

Dabei soll jeder Bürger in Deutschland für eine gewisse Zeit einen Dienst für die Gesellschaft erledigen.

Zum Beispiel:

- in der Pflege
- im medizinischen Bereich
- bei der Feuer-Wehr

Diesen Pflicht-Dienst könnte man dann auch bei der Bundes-Wehr erledigen.

Dadurch könnte sie also mehr Personal bekommen.

### Pflicht ist nicht in Ordnung



Es gibt aber auch die Meinung, dass ein Pflicht-Dienst nicht in Ordnung ist.

Die Kritiker finden: So ein Pflicht-Dienst ist ein Zwang. Menschen dürfen dann nicht frei entscheiden, was sie mit ihrer Zeit machen.

Das ist in einem Land wie Deutschland nicht in Ordnung.

Deswegen darf es auch keine Wehr-Pflicht mehr geben.

# Kurz zusammengefasst



Die Bundes-Wehr ist die Armee von Deutschland.

Im Moment hat sie verschiedene Probleme.

Eines davon ist: Die Bundes-Wehr hat nicht genug Mitarbeiter.

Darum gibt es verschiedene Überlegungen, was man dagegen tun kann.

Eine Überlegung ist: Man könnte die Wehr-Pflicht wieder einführen.

Dann müssten also viele junge Menschen für eine gewisse Zeit als Soldaten arbeiten.

Zu dieser Idee gibt es ganz unterschiedliche Meinungen.

Darüber diskutieren Politiker und Fach-Leute im Moment.

Weitere Informationen in Leichter Sprache gibt es unter: www.bundestag.de/leichte\_sprache

#### **Impressum**

Dieser Text wurde geschrieben vom

NachrichtenWerk

der Bürgerstiftung antonius : gemeinsam Mensch An St. Kathrin 4, 36041 Fulda, www.antonius.de Kontakt: Bastian Ludwig, info@nachrichtenwerk.de



Redaktion: Annika Klüh, Bastian Ludwig, Victoria Tucker Titelbild: © picture alliance / dpa / Bernd Wüstneck. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org), © Ich und Ko (www.ukpukvve.nl). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative-Commons-Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament", Nr. 4-5/2024 Die nächste Ausgabe erscheint am 3. Februar 2024.